

**Frauenfragen / Questions au féminin / Problemi al femminile**

**3/82**

	Seite
Christoph Reichenau: Ein Bericht mit Folgen	1- 2
Werner Moser: Gleichberechtigung der Geschlechter und Sicherheits- politik L'égalité des droits entre les sexes et la politique de sécurité	3- 8
Eguaglianza e politica di sicurezza	9-11
Alexandre Berenstein: Die Verfassungsbestimmung zur Lohngleichheit La disposition constitutionnelle sur l'égalité des salaires	14-19
Il disposto costituzionale concernente la parità salariale	20-22
Christiane Brunner: Lohngleichheit - ein täglicher, ein politischer Kampf L'égalité des salaires: un combat quotidien et un combat politique	23-27
Parità salariale: Lotta quotidiana e lotta politica	28-30
Ursula Streckeisen: Internationaler Kongress über frauenbezogene Forschung und Lehre, 26.7.-4.8.82 in Montreal Résumé, Sommario	31-36
Elisabeth Kästli: Chronik der laufenden Ereignisse, März bis August 1982	37-40
Uebersicht über frauenrelevante Vorstösse in den kantonalen Parlamenten Liste d'intervention parlementaires cantonales sur les questions féminines	41-43
Uebersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung Résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale	44-51
Passagen: Flattersätze von Anna Stüssi	30, 40, 43

Frauenfragen  
 Questions au féminin  
 Problemi al femminile



5. Jahrgang, Nr. 3  
 November 1982

herausgegeben von der Eidgenössischen  
 Kommission für Frauenfragen. Bundesamt  
 für Kulturpflege, Thunstrasse 20,  
 3006 Bern, Tel. 031/61.92.75

Redaktion: Käthi Belser, Verena  
 Laedrach-Feller, Elisabeth Veya

Abdruck der Beiträge unter Quellenangabe  
 erwünscht

### Ein Bericht mit Folgen

Vor zehn Monaten hat die Eidg. Kommission für Frauenfragen den Bericht "Biographien und Rollennorm" veröffentlicht. Er hat Parteigremien beschäftigt, Wissenschaftler zur Ueberprüfung gewisser Darstellungen geführt, in Zeitschriften allgemeiner und spezifisch frauenbezogener Ausrichtung breiten Platz eingenommen, Widerspruch herausgefordert und Zustimmung generiert. Kühl liess er Wenige; auch die Ablehnung war heftig - wir werden in einer nächsten Nummer dieses Bulletin detailliert darauf eingehen. Dies soll Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, Gelegenheit geben, sich über die Art der geführten Diskussion ein Bild zu machen. Was Sie dabei vernehmen, mag Ihren Eindruck von unserem Bericht verändern, im Guten wie im Schlechten. Wenn wir die uns bekannten Stellungnahmen zum Bericht veröffentlichen, werten wir nicht. Wir freuen uns aber an der Fülle geäusselter Meinungen, auch wenn manche eher skeptisch bis ablehnend lauten. Indem er eine Kontroverse weckte, zur Meinungsbildung herausforderte, Diskussionen belebte, hat der Bericht seinen Zweck erfüllt: mitzuhelfen, dass über eine wichtige Frage nachgedacht, geredet und geschrieben wird. Was einem ausgewogenen und farblosen Text nicht gelungen wäre, hier ist es ge-

glückt: der Bericht liegt auf dem Schreib- oder Nachttisch oder ist im Papierkorb gelandet; aber in der Schublade liegt er nicht, Staub setzt sich (noch) nicht an. Was wollen wir mehr - für die Frauenfragen und für den Bericht?

\*

Aehnlich wie unserem Bericht ist es einem Vortrag ergangen, den der emeritierte Staatsrechtslehrer Professor Hans Huber im Dezember letzten Jahres gehalten hat und der vor kurzem in der Zeitschrift des bernischen Juristenvereins veröffentlicht wurde. Auf seine Ausführungen zum Verfassungssatz "Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" antwortet die Anwältin Christiane Brunner, neue Präsidentin des VPOD und seit langem in der gewerkschaftlichen Frauenbewegung aktiv. Alt Bundesrichter Professor Alexandre Berenstein geht allgemein auf Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem Lohnleichheitsgebot ein. Wir werden die Auseinandersetzung über diese Frage, die mit im Zentrum der Gleichberechtigungsbemühungen steht, fortführen.

Eröffnet wird in diesem Heft die Diskussion über ein Thema, das zunehmend an Aktualität gewinnt: Sollen Frauen im Rahmen der Gesamtverteidigung Dienst leisten können oder müssen? In welchen Zweigen? Und - dies vor allem - in welcher Art Gesamtverteidigung? Wir beginnen mit einem Beitrag von Dr. Werner Moser zu den rechtlichen Voraussetzungen seit dem 14. Juni 1981.

Das Recht, eine soziale Ordnungsmacht unter anderen, garantiert für sich allein aber keine Besserung. Wichtiger sind all jene kleinen Aenderungen, die kumuliert das Bewusstsein breiter Kreise der Bevölkerung neu bestimmen. Dazu leisten Frauenstudien, auf die wir in früheren Heften bereits hingewiesen haben, einen massgebenden Beitrag. Die Soziologin Ursula Streckeisen berichtet über ein einschlägiges Seminar in Kanada. Was in der Schweiz in dieser Hinsicht gehofft, getan, gefördert werden kann, soll an einer Tagung erörtert werden, die am 27./28. November dieses Jahres in Bern stattfindet, und von der wir Impulse und Initiativen erwarten.

Im gleichen Sinne, doch in anderer Form als die Wissenschaft ist die Kunst Ausdruck individuellen Bewusstseins und Einwirkung auf das allgemeine Wissen und Fühlen. Die "Flattersätze" der Berner Autorin Anna Stüssi, geschrieben für eine Ausstellung in Burgdorf zum Thema "Frauenphantasien und das Urteil des Paris", sind ein Beispiel dafür, nicht weniger radikal als ein politischer Text. Den ersten Teil der Sätze unter dem Passagen-Signet: zum Durchlesen und Verweilen.

Christoph Reichenau



## Gleichberechtigung der Geschlechter und Sicherheitspolitik

Referat von Dr. Werner Moser, Bundesamt für Justiz, gehalten anlässlich der Plenarsitzung der Eidg. Kommission für Frauenfragen vom 22./23. September 1982

\*

Das Thema Gleichberechtigung und Sicherheitspolitik, zu dem ich im folgenden aus verfassungsrechtlicher Optik einige Gedanken beisteuern möchte, gehört (zusammen mit dem AHV-Rentenalter und der Lohn-gleichheit) zu jenen Problemen, welche die Bürger im Vorfeld der Abstimmung über den Gleichberechtigungsartikel und unmittelbar darnach am meisten beschäftigt haben. Im Zentrum der zahlreichen Publikumsreaktionen standen die Fragen: "Rufen gleiche Rechte nicht gleichen Pflichten?" und "bedeuten gleiche Rechte nicht insbesondere auch gleiche Wehrpflicht für Mann und Frau?"

Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen ist, wie auch die Reaktionen auf die Weitzel-Studie zeigten, emotional und ideologisch stark befrachtet; eine leidenschaftslose, differenzierte und unvoreingenommene Untersuchung ist daher besonders notwendig und wertvoll.

\* \* \*

Um die verfassungsrechtliche Problematik nach allen Seiten auszuleuchten, muss man sich vor einseitiger Betrachtung und Würdigung der tatsächlichen Situation hüten. Das gilt in besonderem Masse für den im Brennpunkt des Interesses stehenden Militärdienst: Er trägt ein Janusgesicht, ist einerseits Vorrecht der Männer "auf militärische Landesverteidigung", das heisst auf Ausübung bestimmter Aktivitäten und Berufe und auf bestimmte Karrieren (Instruktionspersonal, Personal von Grenzwachtkorps, Festungswachtkorps, Ueberwachungsschwader und auch gewisse Aemter im EMD).

## L'égalité des droits entre les sexes et la politique de sécurité

Exposé de M. Werner Moser, de l'Office fédéral de la justice, présenté à l'assemblée plénière de la Commission fédérale pour les questions féminines, les 22 et 23 septembre 1982

\*

La question des rapports entre l'égalité des droits et la politique de sécurité, sur laquelle j'aimerais faire part de quelques réflexions du point de vue du droit constitutionnel, est (avec l'âge d'entrée en jouissance des rentes AVS et l'égalité des salaires) l'un des problèmes qui ont le plus intéressé les citoyens avant et immédiatement après la votation sur l'égalité des droits entre hommes et femmes. Leurs nombreuses réactions tournaient principalement autour de deux questions: "Des droits égaux n'impliquent-ils pas des obligations égales?" et "L'égalité des droits n'appelle-t-elle pas notamment des devoirs égaux sur le plan de la défense nationale?"

Les réactions à l'étude de Madame Weitzel, par exemple, montrent que les passions et les idéologies jouent un grand rôle dans le débat sur ces questions. C'est pourquoi il est indispensable de les examiner calmement, sans idées préconçues.

\* \* \*

Un examen exhaustif des problèmes constitutionnels n'est possible que si l'on s'efforce d'éviter le piège d'une appréciation unilatérale de la situation de fait. Cela vaut avant tout pour le service militaire, qui est au centre de la discussion. La raison en est que ce service présente deux aspects: D'une part, il est un joug sous lequel seuls les hommes doivent passer et, d'autre part, un privilège de ces mêmes hommes, c'est-à-dire le droit d'exercer certaines activités et professions (carrières militaires: instructeur, garde-frontière, garde-

Je nach der Optik und dem Beurteilungsstandort ist das Fehlen einer Militärdienstpflicht für Frauen also bald Privileg, bald Benachteiligung der Frau. Demzufolge stellen sich auch zwei Probleme: einerseits das Problem des "gleichen Zugangs" zu Landesverteidigungsaktivitäten und -berufen, also das Problem der Öffnung bisheriger Männerbastionen für die Frauen, und andererseits das Problem der gleichmässigen oder gleichwertigen Belastung von Männern und Frauen mit Aufgaben, bzw. Pflichten im nationalen Interesse.

\* \* \*

Diese doppelte Problematik habe ich einigen Fragen zugrunde gelegt, mit denen ich mich im folgenden befassen möchte. Es sind dies folgende:

1. Kann bei den heutigen verfassungsrechtlichen Grundlagen ein fakultativer oder obligatorischer Nationaldienst für Frauen eingeführt werden?

Hier ist zu sagen, dass es einen freiwilligen Militärdienst in der Gestalt des Frauenhilfsdienstes und einen freiwilligen Zivilschutzdienst für Frauen heute schon gibt. Erweiterungen des freiwilligen Zugangs von Frauen zu militärischen und andern sicherheitspolitischen Aufgaben und Berufen wären denkbar und liessen sich durch Rechtsänderungen auf unterverfassungsrechtlicher Stufe realisieren. Die Schaffung eines neuen Zivil- oder Nationaldienstes (z.B. eines Sozialdienstes), der den Frauen eine zusätzliche (neben FHD und Zivilschutzdienst tretende) Möglichkeit zu freiwilliger Dienstleistung gäbe, bedürfte hingegen einer Verfassungsrevision, da der Bund heute hierfür keine Zuständigkeit besitzt. A fortiori könnte eine Wehr- oder andere Dienstpflicht für Frauen nur auf dem Wege einer Verfassungsrevision eingeführt werden.

2. Ergibt sich aus der Bundesverfassung, insbesondere aus dem Geschlechtergleichheitsgebot von Art. 4 Abs 2, eine verfassungsrechtliche Pflicht zur Einführung eines fakultativen oder obligatorischen Nationaldienstes für Frauen?

fortifications, pilote de l'escadre de surveillance, certaines fonctions du DMF). Suivant le point de vue, la femme est donc ou avantagée ou désavantagée par l'absence d'obligations militaires. Dès lors, il se pose deux problèmes: celui des possibilités égales d'accès aux activités et professions militaires, c'est-à-dire de l'ouverture aux femmes de bastions masculins, et celui de l'égalité ou de l'équivalence des tâches ou obligations d'intérêt national imposées aux hommes et aux femmes.

\* \* \*

A partir de ce double aspect du service militaire, je me suis posé quelques questions.

1. Notre constitution permet-elle d'introduire un service national, facultatif ou obligatoire, pour les femmes?

Il existe déjà un service militaire facultatif (SCF) et un service civil facultatif pour les femmes. De nouvelles possibilités pourraient être envisagées et créées sans passer par une révision constitutionnelle. La mise sur pied d'un nouveau service civil ou national (un service social, par exemple), qui offrirait aux femmes une possibilité supplémentaire de service facultatif (outre le SCF et le service civil) exigerait cependant une révision constitutionnelle, la Confédération n'ayant pas de compétence en la matière. Cela vaut à plus forte raison pour introduire un service militaire ou autre obligatoire pour les femmes.

2. Résulte-t-il de la constitution, notamment du principe de l'égalité des droits inscrit à l'article 4 alinéa 2, une obligation constitutionnelle d'introduire un service national facultatif ou obligatoire pour les femmes?

La réponse est non. En voici les raisons:

En premier lieu: L'adoption du principe de l'égalité des droits entre hommes et femmes (art. 4 al. 2) n'a pas conduit à une situation inconstitutionnelle à laquelle il faudrait remédier en introduisant un nouveau service facultatif ou une obligation de servir pour les femmes. L'article sur l'égalité des

Verschiedene Ueberlegungen führen hier zu einer negativen Antwort.

Zunächst: wir haben heute, nach der Aufnahme des Geschlechtergleichheitsgrundsatzes von Art. 4 Abs. 2 in die Bundesverfassung, keine verfassungswidrigen Zustände, die durch Einführung eines neuen fakultativen Dienstes oder einer Dienstpflicht für Frauen zu beseitigen wären. Art. 4 Abs. 2 BV hat - etwa aus Art. 18 Abs. 1 (Wehrpflicht) - nicht "verfassungswidriges" oder (nach der Grundsatz der Lex posterior) "ungültiges" Verfassungsrecht entstehen lassen.

Sodann: die Einführung eines obligatorischen oder freiwilligen Nationaldienstes für Frauen bedürfte einer Verfassungsrevision (Änderung von Art. 18 oder von Art. 22bis oder Aufnahme einer neuen Bestimmung in die Bundesverfassung). Nun halte ich es unter rechtslogischen Gesichtspunkten nach wie vor mit Walther Burckhardt, laut dem der Verfassungsgeber positivrechtlich nicht durch bestehende Verfassungsnormen gelenkt werden kann. Insbesondere vermag der Verfassungsauftrag von Art. 4 Abs. 2 Satz 2 BV "Das Gesetz sorgt für ihre Gleichstellung, ..." weder Notwendigkeit eines fakultativen Dienstes oder einer Dienstpflicht für Frauen rechtsverbindlich und durchsetzbar zu bestimmen.

Schliesslich kann, was allenfalls noch eine Pflicht zur Einführung eines freiwilligen oder obligatorischen Frauendienstes hätte begründen können, auch nicht gesagt werden, die Verfassung leide heute, nach der Verankerung des Geschlechtergleichheitsgrundsatzes, angesichts der Beschränkung der Wehrpflicht auf die Männer unter einem unerträglichen Widerspruch, der nur durch eine harmonisierende "Anschluss"-Revision, sei es eine Änderung von Art. 18 Abs. 1 (Wehrpflicht) oder von Art. 22bis Absätze 4 und 5 (Zivilschutzdienst) oder durch Aufnahme einer neuen Bestimmung in die Verfassung, aufgelöst werden kann. Wäre der Bundesverfassung durch Verankerung des Gleichberechtigungsgrundsatzes ein derart gravierender Normwiderspruch eingepflanzt worden, so hätte das Revisionsthema erweitert, Art. 4 beispielsweise mit Art. 18 oder Art. 22bis zusammen geändert werden müssen. Der Bundesrat (Bundesblatt 1980 I 126) und ihm folgend auch die eidgenössischen Räte haben davon aber bewusst abgesehen.

sexes n'a pas rendu l'article 18 al. 1 (obligation de servir) "anticonstitutionnel"; il n'entraîne pas davantage sa caducité en vertu du principe de la lex posterior.

Ensuite, l'introduction d'un service national facultatif ou obligatoire pour les femmes exigerait une révision de la constitution (modification de l'art. 18 ou de l'art 22bis ou adoption d'une nouvelle disposition). En me référant à Walther Burckhardt, selon lequel, lors de l'adoption de nouvelles normes, le pouvoir constituant ne peut être guidé par des normes constituant au législateur (art. 4 al. 2: "La loi pourvoit à l'égalité") ne saurait ni fonder la nécessité ni déterminer le contenu d'une révision constitutionnelle introduisant un service militaire facultatif ou une obligation de servir pour les femmes.

Enfin, on ne peut pas non plus affirmer que la constitution souffre d'une contradiction insupportable, ce qui aurait pu fonder à la rigueur la nécessité d'introduire un service féminin volontaire ou obligatoire. Le principe de l'égalité des sexes et le fait que l'obligation de service militaire ne touche que les hommes ne se trouvent pas dans une contradiction telle qu'elle ne pourrait être supprimée que par une révision des articles 18, premier alinéa (obligation de servir) ou 22bis, alinéas 4 et 5 (service de protection civile) ou par l'adoption d'une nouvelle disposition. Si l'adoption du principe de l'égalité des sexes avait créé une contradiction aussi grave, il aurait fallu réviser simultanément les articles 18 ou 22bis. Mais le Conseil fédéral (FF 1980 I 130) et le Parlement y ont renoncé.

Il s'ensuit que la constitution n'oblige pas la Confédération à introduire de nouveaux services volontaires ou un service obligatoire pour les femmes et à créer les bases constitutionnelles et légales nécessaires à cet effet.

Il en va différemment de l'accès aux tâches et professions réservées jusqu'ici aux hommes. A mon avis, le principe de l'égalité des sexes exige que celles-

Aus diesen Ueberlegungen darf der Schluss gezogen werden, dass dem Bund aus der Verfassung keine Pflicht erwächst, zwecks Ermöglichung zusätzlicher Volontariate neue Dienste oder eine eigentliche Dienstpflicht für Frauen einzuführen und die hierfür nötigen Verfassungs- und Gesetzesgrundlagen zu schaffen.

Anders verhält es sich bei der Frage des gleichen Zugangs zu bestehenden, bisher den Männern vorbehaltenen sicherheitspolitischen Aufgaben und Berufen. Diese sind meines Erachtens auf Grund des Gleichstellungsauftrags von Art. 4 Abs. 2 Satz 2 BV den Frauen soweit zugänglich zu machen als es sich mit den biologischen Unterschieden zwischen Mann und Frau vereinbaren lässt. Nur jene Funktionen und Berufe innerhalb des Rahmens der schweizerischen Sicherheitspolitik sollten ihnen weiterhin verschlossen bleiben können, zu welchen sie sich angesichts ihrer Konstitution offensichtlich nicht eignen. So scheint mir beispielsweise ein gänzlicher Ausschluss weiblichen Personals vom Grenzwachtkorps, wie ihn der Bundesrat kürzlich in Beantwortung einer Einfachen Anfrage Christinat zu begründen versuchte, nicht zwingend geboten zu sein.

3. Gibt es, wenn nicht eine verfassungsrechtliche Pflicht, so doch Maximen, Bauprinzipien oder Gestaltungsgebote, die der Verfassungsgeber beachten muss, wenn er die staatliche Grundordnung folgerichtig, logisch sowie strukturell und inhaltlich zureichend aufbauen will, und was lässt sich ihnen in unserem Fall entnehmen?

Von der Gesetzgebungslehre sind tatsächlich solche Bauprinzipien richtigen Rechts entwickelt worden. In unserem Zusammenhang interessiert vor allem eines, nämlich das der praktischen Konkordanz oder Harmonisierung der Verfassungsnormen. Was damit gemeint ist, sei an zwei Beispielen gezeigt: Professor Werner Kägi hat seinerzeit in seinem berühmten Gutachten über den "Anspruch der Schweizerfrau auf politische Gleichberechtigung" von 1956 darauf hingewiesen, zwischen der Gleichberechtigung der Frau nach Art. 4 BV und dem Ausschluss ihrer politischen Gleichberechtigung durch den damaligen

ci soient ouvertes aux femmes dans la mesure où elles sont compatibles avec leurs particularités biologiques. Les femmes ne devraient demeurer exclues que des fonctions pour lesquelles elles ne sont manifestement pas faites, en raison de leur constitution. Je me demande si la profession de garde-frontière, par exemple, est vraiment l'une de ces fonctions, comme l'affirme le Conseil fédéral dans sa récente réponse à une question de Mme Christinat.

3. Existe-t-il des maximes, principes ou impératifs que le pouvoir constituant doit respecter, s'il veut que la loi fondamentale soit une construction logique? Le cas échéant, que faut-il en déduire dans le cas particulier?

La doctrine a effectivement développé des principes de cette nature. Dans le cas particulier, nous nous intéresserons avant tout à celui de la concordance pratique ou de l'harmonisation des normes constitutionnelles. Deux exemples pour illustrer ce qu'il faut entendre par là: Dans un avis de droit demeuré célèbre, le professeur Werner Kägi a affirmé en 1956 qu'il y avait entre l'article 4 de la constitution et l'art. 74 d'alors une discordance manifeste, que seule l'introduction du vote des femmes par une révision de l'article 74 pouvait supprimer. Et il ajoutait qu'il s'agissait là d'une exigence résultant d'une application conséquente de notre système. L'autre exemple: Le Conseil fédéral a déclaré dans son message sur l'initiative "pour l'égalité des droits entre hommes et femmes" (FF 1980 I 133) qu'il est très difficile de concilier l'automatisme de l'article 54, 4e alinéa (acquisition du droit de cité du mari par le mariage), avec le principe de l'égalité entre les sexes.

Dans le cas présent, je pense qu'il faut en tout cas revoir la situation, qui est caractérisée par le fait que seuls les hommes sont soumis à l'obligation de servir. Il serait faux de laisser les choses en demeurer là; la même remarque vaut d'ailleurs pour le droit aux rentes AVS. Il s'agit dans les deux cas de se demander si la différence de traitement est encore objectivement justifiée ou si elle n'est pas discrimina-

Art. 74 bestehe eine unübersehbare Disharmonie, die durch Revision von Art. 74 zwecks Einführung des Frauenstimmrechts zu beseitigen sei. Er fügte bei, dies sei eine Forderung, die sich aus der folgerichtigen Durchführung unserer Grundordnung ergebe. Das andere Beispiel führte der Bundesrat in seiner Botschaft zum Gleichberechtigungsartikel an, wo er (Bundesblatt 1980 I 128) erklärte, es bereite "grosse Mühe, den Bürgerrechtsautomatismus von Art. 54 Abs. 4 BV mit dem Geschlechtergleichheitsgebot in Einklang zu bringen". Was legt die Harmonisierungsmaxime nun in unserem Fall nahe? Meines Erachtens auf jeden Fall eine Ueberprüfung der heutigen Sach- und Rechtslage, die dadurch gekennzeichnet ist, dass persönliche Dienstpflichten im Rahmen der Gesamtverteidigung nur den Männern auferlegt werden. Es wäre hier ebenso unrichtig, die Dinge einfach auf sich beruhen zu lassen, wie etwa beim AHV-Rentenalter. Dort wie hier ist unvoreingenommen an die Frage heranzutreten, ob sich die bestehende Differenzierung noch als sachlich gerechtfertigt oder als diskriminatorisch erweist. Dagegen legt die Harmonisierungsmaxime nicht a priori, sondern nur im Falle eines dahingehenden Prüfungsbefundes nahe, die heutige Situation und Rechtslage in einem über das Postulat der möglichst weitgehenden Öffnung des Zugangs zu bestehenden sicherheitspolitischen Aufgaben und Berufen hinausgehenden Masse und nach einer bestimmten Richtung hin zu ändern. Ob solche weitergehende Änderungen dann auch tatsächlich eingeleitet werden und das angestrebte Ziel erreichen, das sind Fragen des politischen Prozesses und weitgehend offener Rechtsgestaltung.

\* \* \*

Ich fasse zusammen:

- Erweiterungen des Zugangs von Frauen zu bestehenden sicherheitspolitischen Aufgaben und Berufen sind denkbar und durch Rechtsänderungen auf unterverfassungsrechtlicher Stufe möglich.

Die Schaffung eines neuen Zivil- oder Nationaldienstes, der den Frauen eine zusätzliche Möglichkeit zur freiwilligen Dienstleistung gäbe, bedürfte hingegen ei-

toire. En revanche, le principe de la concordance n'exige pas a priori, mais seulement si l'examen de la situation conduit à cette conclusion, que soient décidées des modifications allant plus loin que la seule ouverture aux femmes des domaines réservés jusqu'ici aux hommes.

\* \* \*

#### Résumé

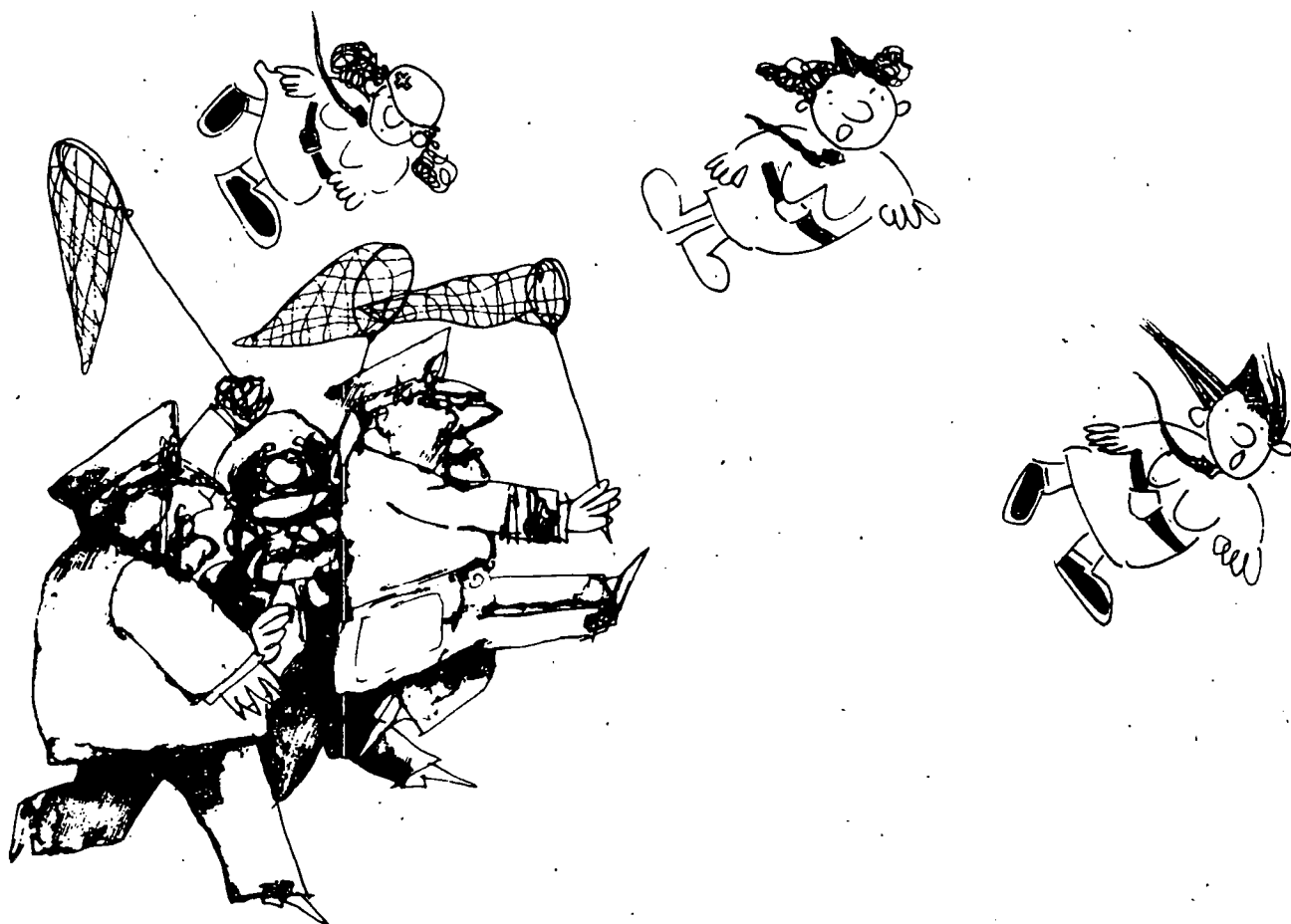
- 1 Il est pensable d'ouvrir plus largement aux femmes le champ d'activité et de professions en matière de politique de sécurité. Cela peut se faire à un niveau infraconstitutionnel.

En revanche, la création d'un nouveau service civil ou national volontaire exigerait une révision de la constitution. Il en est de même de l'obligation de service militaire ou autre.

- 2 Ni le principe de l'égalité des droits, ni aucune autre disposition constitutionnelle n'exigent l'introduction d'un service militaire obligatoire ou la création d'un nouveau service facultatif pour les femmes.
- 3 Le principe de l'harmonisation du régime constitutionnel recommande, dans le sens d'une règle de sagesse politique, de soumettre la politique de sécurité dans son ensemble à un examen général du point de vue de l'égalité des droits. Le résultat de cet examen dira s'il y a lieu de procéder à des modifications. La décision finale appartient au souverain.

ner Verfassungsrevision. Desgleichen könnte eine Wehr- oder andere Dienstpflicht für Frauen nur auf dem Weg über eine Verfassungsrevision eingeführt werden.

- Weder aus dem Gleichberechtigungsgrundsatz noch aus einer andern Norm der Bundesverfassung ergibt sich eine Pflicht oder ein verbindlicher Auftrag zur Einführung einer Dienstpflicht oder zur Schaffung eines neuen freiwilligen Dienstes für Frauen.
- Das Prinzip der Harmonisierung der verfassungsrechtlichen Ordnung legt es im Sinne einer "Règle de sagesse politique" nahe, den Gesamtkomplex "Sicherheitspolitik" als gleichstellungsrelevant einer umfassenden Prüfung zu unterziehen. Ob und allenfalls welche Änderungen der heutigen Sach- und Rechtslage vorzunehmen sind, hängt vom Ergebnis dieser Prüfung ab und wird von den politisch wirksamen Kräften in freier Rechtsschöpfung zu entscheiden sein.



Quelle: So kann es nicht weitergehen. Nachdenken über den Unfrieden - Mutmachen zum Aufbruch, S. 66

### Eguaglianza e politica di sicurezza

Relazione tenuta dal dott. Werner Moser, dell'Ufficio federale di giustizia, in occasione della seduta plenaria della Commissione federale per i problemi della donna il 22/23 settembre 1982

\*

L'argomento dell'eguaglianza in rapporto alla politica di sicurezza - che qui svolgerò dal punto di vista costituzionalistico - rientra (con quelli dell'età che dà diritto all'AVS e della parità salariale) nel novero dei problemi che hanno maggiormente interessato i cittadini al momento della votazione per l'articolo costituzionale sull'eguaglianza dei diritti tra uomo e donna. Al pubblico premeva allora soprattutto una risposta alle questioni: "la parità dei diritti non implica anche uguali doveri?" e "dalla parità dei diritti non deriva in particolare, per l'uomo e la donna, lo stesso dovere di prestare servizio militare?".

La discussione di tali argomenti è emozionale e ideologizzata: lo si è potuto constatare seguendo le reazioni al rapporto Weitzel. Tanto più necessaria e importante diventa così un'analisi differenziata fatta senza preconcetti né passioni.

Per accedere ai vari aspetti costituzionali della problematica occorre innanzitutto astenersi da un approccio unilaterale. Questo vale in modo particolare per il tema che solleva gli animi: il servizio militare. Esso presenta due aspetti contrastanti: da un lato, è il giogo che pesa solo sugli uomini e, dall'altro lato, rappresenta una prerogativa degli uomini "alla difesa militare della patria", cioè all'esercizio di determinate attività e professioni e a determinate carriere (personale istruttorio, corpo delle guardie di confine, squadriglia di sorveglianza aerea e talune cariche in seno

al DMF). A seconda dei punti di vista, l'assenza dell'obbligo per le donne di prestare servizio militare è considerata ora privilegio e ora discriminazione. In tal modo sorgono due tipi di problemi: da una parte, il problema dell'uguale accesso alle attività e professioni legate alla difesa nazionale, con la necessità di un'apertura alle donne di quelli che finora erano bastioni maschili; dall'altra parte, il problema dell'equa ripartizione dei compiti e doveri di interesse nazionale tra gli uomini e le donne. Nell'ottica di questa doppia problematica vorrei sollevare e discutere alcuni aspetti. Si tratta delle domande seguenti:

- 1 E' possibile introdurre un servizio nazionale facoltativo o obbligatorio per le donne in base agli odierni principi costituzionali?

Qui va subito detto che con il Servizio complementare femminile abbiamo già un servizio militare facoltativo per le donne; inoltre c'è il servizio facoltativo in seno alla protezione civile. Un ulteriore allargamento della partecipazione volontaria delle donne ai compiti e alle professioni militari e di sicurezza è immaginabile e potrebbe essere realizzato adeguando le leggi. Per la creazione di un nuovo servizio civile o nazionale in grado di aprire alle donne un'ulteriore possibilità di fornire prestazioni volontarie (p.es. un servizio sociale da affiancare al SCF e alla protezione civile) occorrerebbe invece una revisione costituzionale, poiché attualmente la Confederazione è priva di competenze in questo campo. A maggior ragione, l'obbligo di prestare il servizio militare o un'altro tipo di servizio non può essere esteso alle donne se non passando per una revisione costituzionale.

2 E' possibile desumere dalla Costituzione federale, in particolare dall'art. 4 cpv. 2 concernente l'eguaglianza dei diritti tra uomo e donna, il dettame costituzionale di introdurre un servizio nazionale facoltativo o obbligatorio per le donne?

Diverse considerazioni conducono a una risposta negativa:

Innanzitutto, oggi, dopo aver introdotto nella Costituzione l'art. 4 cpv. 2 sull'eguaglianza, non viviamo in una situazione acostituzionale da eliminare instaurando un nuovo servizio facoltativo o obbligatorio per le donne. Con l'art. 4 cpv. 2 Cost. - p.es. rispetto all'art. 18 cpv. 1 sull'obbligo di prestare servizio militare - non è entrato nella Costituzione un disposto che ne rendesse acostituzionali o invalidasse altri.

In secondo luogo, l'introduzione di un servizio nazionale obbligatorio o facoltativo per le donne implicherebbe dunque una revisione della Costituzione (modificazione dell'art. 18 o dell'art. 22bis, o introduzione di un nuovo disposto).

E qui, sul filo della logica interna del diritto, condivido tuttora il parere di Walther Burckhardt, secondo cui, nel legiferare a livello costituzionale, il costituente non deve lasciarsi limitare dal diritto positivo. In particolare, il mandato legislativo dell'art. 4 cpv. 2 secondo periodo Cost. "La legge ne assicura l'uguaglianza..." non determina né la necessità né il contenuto di una revisione della Costituzione allo scopo di introdurre un servizio facoltativo o obbligatorio per le donne.

E da ultimo (argomento che al limite avrebbe potuto motivare il mandato di introdurre un servizio femminile facoltativo o obbligatorio), non si può neppure sostenere che, dopo l'accettazione del principio della parità dei diritti e a causa della restrizione agli uomini dell'obbligo di prestare servizio militare, la Costituzione sia presa in un' inammissibile contraddizione, risolvibile solo con una revisione tendente a armonizzare le varie disposizioni, sia modificando l'art. 18 cpv. 1 (obbligo

di prestare servizio militare) o l'art. 2bis cpv. 4 e 5 (protezione civile), sia introducendo un nuovo disposto costituzionale.

Qualora con l'accettazione del principio della parità dei diritti si fosse introdotta nella Costituzione una contraddizione normativa tanto grave, si sarebbe pure dovuto allargare il tema della revisione: la modificazione poteva p.es. toccare l'art. 4 congiuntamente all'art. 18 o all'art. 22bis. Il Consiglio federale (Foglio federale 1980 I 126, nella versione tedesca), e di seguito anche le Camere, vi hanno però espressamente rinunciato.

Queste considerazioni ci portano a concludere che la Costituzione non conferisce alla Confederazione alcun mandato di rendere possibili ulteriori volontariati, introducendo nuovi servizi o un'obbligo di prestare servizio per le donne, creando le indispensabili premesse costituzionali e legali.

Diverso è invece il problema dell'uguale accesso a compiti e professioni nell'ambito della difesa riservati finora agli uomini. A mio modo di vedere, in base al mandato di assicurare l'eguaglianza stabilito dall'art. 4 cpv. 2 secondo periodo, questi posti devono essere aperti alle donne nella misura in cui sono compatibili con le differenze biologiche tra uomo e donna. Nell'ambito della politica svizzera di sicurezza, alle donne devono rimanere precluso solo quelle funzioni e attività alle quali non sono manifestamente idonee a causa della loro costituzione. Direi p.es. che l'esclusione totale del personale femminile dal corpo delle guardie di confine non sia imperativa, come invece sostenne il Consiglio federale rispondendo a un'interrogazione semplice di Christinat.



3 Se non un mandato ancorato nella Costituzione, esistono almeno massime, principi orientativi, precetti che il costituente deve seguire volendo ampliare l'ordinamento fondamentale dello Stato in modo che risulti permeato dello stesso rigore logico, strutturale e di contenuti, e cosa ne possiamo desumere nel nostro caso specifico?

La scienza del diritto, ha effettivamente sviluppato simili principi costitutivi di ciò che è il giusto diritto. Nel nostro contesto ci interessa specialmente il principio della concordanza o armonizzazione delle norme costituzionali. Chiarirò cosa si intende con due esempi. A suo tempo, il prof. Werner Kägi, nella famosa perizia "Anspruch der Schweizerfrau auf politische Gleichberechtigung" (Il diritto della donna svizzera all'eguaglianza politica) del 1956, aveva evidenziato un disaccordo manifesto tra la parità dei diritti secondo l'art. 4 Cost. e l'esclusione della donna dalla parità a livello politico in base all'art. 74 allora vigente; disaccordo che andava soppresso con la revisione dell'art. 74 al fine di introdurre il diritto di voto per le donne. Egli aggiungeva che quest'esigenza era la conseguenza logica della messa in pratica del nostro ordinamento fondamentale. L'altro esempio è presentato dal Consiglio federale nel suo messaggio riguardante l'articolo sulla parità dei diritti (Foglio federale 1980 I 128, nella versione tedesca) quando spiega che è molto difficile conciliare l'automatismo dei diritti civili secondo l'art. 54 cpv. 4 con l'esigenza di realizzare l'eguaglianza tra i sessi. Che conclusione ci suggerisce dunque la massima dell'armonizzazione nel nostro caso? Ritengo che emerga chiara la necessità di rivedere l'attuale stato di cose e la situazione legale, caratterizzata dal fatto che il dovere personale di prestare servizio nel quadro della difesa nazionale grava solo sugli uomini. Lasciare tutto come prima sarebbe qui altrettanto sbagliato come nel caso dei limiti di età per accedere alla rendita dell'AVS. Per am-

i problemi occorre affrontare

senza preconcetti la questione se la differenziazione tuttora vigente sia oggettivamente giustificata o se non si riveli piuttosto discriminante. La massima dell'armonizzazione esorta invece - non a priori ma solo se l'analisi induce a simili conclusioni - a modificare l'odierno stato di cose e la situazione legale vigente in un determinato senso e in una misura che va oltre il postulato della massima apertura possibile dell'accesso a compiti e professioni legati alla politica di sicurezza. Se tali ampie modificazioni vengono poi anche avviate e si concretano dipende dal processo politico e da uno sviluppo aperto del diritto.

Per concludere riassumo i punti discussi:

1 Una maggiore estensione dell'accesso per le donne ai compiti e alle professioni esistenti nell'ambito della difesa nazionale è immaginabile e può essere realizzata adeguando le leggi.

La creazione di un nuovo servizio civile o nazionale che inquadrerebbe le donne in un'ulteriore attività volontaria richiede invece una revisione costituzionale. Parimenti, l'obbligo per le donne di prestare il servizio militare o un'altro servizio non può essere introdotto che mediante una revisione costituzionale.

2 Né dal principio dell'eguaglianza né da altre norme costituzionali si può desumere un dovere o un compito a carattere imperativo di introdurre l'obbligo del servizio o di creare un nuovo servizio facoltativo per le donne.

3 Sulla scorta del principio dell'armonizzazione dell'ordinamento costituzionale, e nel rispetto di una "règle de sagesse politique", sarebbe opportuno sottoporre l'intero complesso della "politica di sicurezza" a un'analisi particolareggiata nell'ottica dell'eguaglianza. Da quest'analisi dipenderà se vi saranno, e quali saranno, le modificazioni da apporre all'odierno stato di cose e all'attuale situazione legale: un libero processo legislativo che sarà determinato dalle forze politiche in campo.

### Die Lohngleichheit und ihre Tücken

Vy. Seit dem 14. Juni 1981 ist nicht nur der Grundsatz der Gleichberechtigung von Frau und Mann in der Verfassung verankert, sondern auch der Anspruch jeder Frau, für gleichwertige Arbeit gleich wie ihre männlichen Kollegen entlohnt zu werden.

Diese Bestimmung ist seit ihrer Entstehung Gegenstand ausgiebiger Diskussionen, hat sie doch im Wirtschaftsleben - dort wo's ans Lebendige geht - unmittelbare Auswirkungen, im Gegensatz zu den übrigen Teilen von Art. 4 Abs. 2, wo der Gesetzgeber angesprochen wird.

So tauchten bereits in der Abstimmungskampagne einige Fragen zur Justiziabilität und ganz allgemein zur praktischen Handhabung des Lohngleichheitsanspruches auf. Die einen fürchteten eine Flut von Klagen, die aufgrund von Art. 4 Abs. 2 eingereicht und entsprechende Folgen für die Wirtschaft zeitigen würden; andere zweifelten, ob die Richter formell und materiell in der Lage sein würden, die richtigen Entscheide zu treffen. Bundesrat und Parlamentarier jedoch setzten sich ausgiebig mit diesen Fragen auseinander und konnten die Skepsis zerstreuen - wie dann das Abstimmungsergebnis bewies.

Die Praxis seit Einführung des Verfassungsartikels hat gezeigt, dass die Furcht vor einer Unzahl von gerichtlich eingeforderten Lohnanpassungen unbegründet war: zum einen scheinen die meisten Unstimmigkeiten bereits betriebsintern geregelt zu werden. Zum andern ist es angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt für eine einzelne Frau nicht einfach, gegen ihren Arbeitgeber vorzugehen und dazu ist es schwer, den Beweis der Lohndiskriminierung zu erbringen, weil oft die Unterlagen nicht zugänglich sind.

Aus diesem Grund richtet sich jetzt ein grosses Interesse auf das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, wo sechs Kranken-

schwwestern eine Klage gegen die Stadt Zürich angehoben haben, worin gerügt wird dass sie mit wesentlich besserer beruflicher Qualifikation gleich oder schlechter entlohnt werden als Männer, die - ebenfalls im Dienste der Stadt Zürich - unqualifizierte Arbeit leisten, die jedoch ausschliesslich von Männern ausgeübt wird (z.B. Dolenwärter, Wagenschmierer VBZ usw.). Es wird interessant sein zu erfahren, wie das angesprochene Gericht (sofern es entgegen dem Antrag des Stadtrates auf die Klage eintritt) die "Gleichwertigkeit" der Arbeit definieren wird - der Verfassungssatz spricht ja ausdrücklich nicht von "gleicher" Arbeit.

Die Befriedigung über das nun Erreichte und die Zuversicht, dass mit dem neuen Verfassungsartikel nun doch auch für den Bereich der Arbeitswelt ein Zeichen gesetzt sei, wurde diesen Frühling jäh gestört durch einen im April publizierten, doch bereits Ende 1981 vor dem Bernischen Juristenverein gehaltenen Vortrag von Prof. Hans Huber, weiland Bundesrichter und ordentlicher Professor für Staatsrecht an der Universität Bern (ZbJV 4/82, S. 161 ff.). Prof. Huber stellt nicht das Prinzip der Gleichberechtigung in Frage, setzt aber doch einige Fragezeichen zu dessen Reichweite; so glaubt er, dass selbst nach Art. 4 Abs. 2 BV nicht "von Proportionalität (...) abgegangen und auf Differenzierungen (...) verzichtet werden kann" (S. 172 f.). Der Schematismus "könnte geradezu die Gesellschaftsordnung umschichten, was sicher nicht die Absicht der Verfassungsänderung war" (S. 173). Unterschiedliche Differenzierungen können sich - so Prof. Huber - aus gegenläufigen Grundsätzen ergeben (z.B. im Sozialversicherungsrecht in bezug auf das unterschiedliche Rentenalter), aus "imperativen tatsächlichen Gegebenheiten, dass man mit Gleichheitsdenken überhaupt nicht an eine gesetzgeberische Aufgabe herankommt" (S. 175), sowie aus Schätzungen und Vermutungen, Durchschnitten und Modellen, die - so

muss dies wohl verstanden werden - pro Geschlechtergruppen ermittelt werden und also wiederum Signifikantes für "die Frauen" und "die Männer" (wie man(n) sie sich vorstellt) aussagen wird. Dies dürfte mit der Idee von Art. 4 Abs. 2, jeden Menschen unabhängig von seinem Geschlecht als Träger individueller Neigungen und Eignungen zu betrachten, nur schwer in Einklang zu bringen sein.

Konkreter wird die Kritik beim Lohngleichheitsprinzip. Prof. Huber führt aus, diese Bestimmung sei - wenn überhaupt - neben dem Dienstverhältnis der Bundesbeamten lediglich für die Gesamtarbeitsverträge von Bedeutung. Nur am Rande sei hier vermerkt, dass die öffentliche Hand als Arbeitgeber bereits aufgrund des ursprünglichen Art. 4 BV sowie der IAO-Abkommen Nr. 100 und 111 an das Gleichbehandlungsprinzip gebunden ist (vgl. BGE 103 Ia 517 ff.).

Auf dieser Basis gesteht der Bundesrat diskriminierenden Gesamtarbeitsverträgen keine Allgemeinverbindlichkeit mehr zu.

Falls aber der Anspruch beim Einzelarbeitsvertrag trotzdem bestände - so Huber weiter - bezöge er sich ohnehin bloss auf Männer und Frauen am selben Arbeitsplatz mit gleichartiger, ja identischer Arbeit. Fragen nach der Gleichwertigkeit sind ausserdem für den Autor nicht Tat-, sondern Rechtsfragen, die nicht im konkreten Beweisverfahren beantwortet werden.

Als Gründe, weshalb der Lohngleichheitsanspruch in Privatwirtschaft und beim Einzelarbeitsvertrag keine Geltung hat, führt Huber solche im Zusammenhang mit der Privatautonomie, der allgemeinen Rechtsgleichheit, des Verfassungsrechtes und des Zivilprozessrechtes an, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Seine Schlussfolgerung lautet: "Auf Lohngleichheitsklagen sollte der Zivilrichter nicht eintreten. Jedenfalls solange Lohngleichheit mitsamt dem Begriff der Gleichwertigkeit nicht durch gesetzliche Regelung aus der Bundesverfassung, die noch keine bereit hält, in zivilrechtliche Ansprüche umgewandelt wäre" (S. 196).

Diese Ausführungen des bekannten und gewiegten ehemaligen Hochschullehrers und Bundesrichters haben uns beunruhigt, laufen sie doch allen Erklärungen, Absichten, Interpretationen anderer Fachleute und Politiker entgegen. Wir haben deshalb Prof. Alexandre Berenstein, ebenfalls Hochschullehrer und Bundesrichter im Ruhestand, gebeten, sich seinerseits zur Tragweite von Art. 4 Abs. 2 BV zu äussern.

Direkt auf die Ausführungen von Prof. Huber wird Rechtsanwältin Christiane Brunner, Präsidentin des VPOD, eingehen. Gerne hätten wir auch eine Stellungnahme der Arbeitgeber aufgenommen. Auf telephonische Anfrage beim Arbeitgeberverband erhielten wir die Auskunft, für sie sei das Prinzip des gleichen Lohnes für Mann und Frau seit dem 14. Juni eine Realität, worüber es nichts mehr zu theoretisieren gebe, sondern wonach man sich nun richten müsse. Eigentlich eine vertrauenserweckende Antwort. Wir wünschen uns deshalb mit der Gewerkschafterin, dass die Realisierung nicht mehr fern sei. Die vorliegenden Ausführungen erscheinen uns jedoch auch für die praktische Arbeit wertvoll.

## Die Verfassungsbestimmung zur Lohngleichheit

von Alexandre Berenstein

Am 14. Juni 1982 hat das Schweizer Volk einem neuen Verfassungsartikel 4 Absatz 2 zugestimmt, wie er von der Bundesversammlung als Gegenvorschlag zur Initiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau" vorgeschlagen worden war. Dieser Artikel ist dreigeteilt. Zum ersten wird das allgemeine Prinzip der Gleichberechtigung von Mann und Frau festgehalten. Zum zweiten wird der Gesetzgeber aufgefordert, in gewissen Bereichen - in Familie, Ausbildung und Arbeit - für die Gleichstellung von Mann und Frau zu sorgen. Gemäss drittem Satz schliesslich haben Mann und Frau Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Die Expertenkommission für die Vorbereitung einer Totalrevision der Bundesverfassung - eigentliche Autorin des Textes von Art. 4 Abs. 2 BV - hatte sich vom Beispiel der Europäischen Gemeinschaften leiten lassen, wo der Grundsatz des gleichen Entgeltes für Mann und Frau seit dem Urteil des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften von 1976 in Sachen Defrenne c. SABENA für das gesamte Gebiet der EG direkt verbindlich und klagbar ist (1).

Nachdem der Grundsatz des gleichen Entgeltes in der Verfassung verankert ist, gilt es, seine juristische Tragweite zu umreissen. Die eigentliche Frage ist die, ob eine Arbeiterin aufgrund von Art. 4 Abs. 2 dritter Satz BV die Abänderung ihres vertraglich vereinbarten Lohnes beim Richter einklagen kann. Oder: kann diese Bestimmung direkt durch den Richter angewendet werden, ohne dass sie durch den Gesetzgeber weiter konkretisiert werden muss?

## La disposition constitutionnelle sur l'égalité des salaires

par Alexandre Berenstein

Le 14 juin 1981, le peuple suisse a adopté le nouvel article 4 alinéa 2 de la constitution fédérale (Cst.), tel qu'il lui était proposé par le contre-projet de l'Assemblée fédérale à l'initiative populaire pour l'égalité des droits entre hommes et femmes. Cette disposition constitutionnelle comprend trois phrases. La première proclame le principe général de l'égalité de droits entre l'homme et la femme. La deuxième assigne certaines tâches au législateur, à qui il appartient de pourvoir à cette égalité, en particulier dans les domaines de la famille, de l'instruction et du travail. La troisième phrase, enfin, contient un principe plus concret: le droit pour les hommes et les femmes à un salaire égal pour un travail de valeur égale. La Commission d'experts pour la préparation d'une révision totale de la Constitution fédérale, qui est à l'origine de ce texte, s'était référée essentiellement, en ce qui concerne cette dernière phrase, au principe de l'égalité de la rétribution reconnu dans les Communautés européennes par l'arrêt Defrenne C. SABENA, rendu en 1976 par la Cour de justice des Communautés et en vertu duquel, rappelait la commission, "le principe de l'égalité de la rétribution pour l'homme et la femme est désormais obligatoire sur tout le territoire des Communautés européennes et peut donner lieu à une action en justice" (1).

Le principe de l'égalité de rémunération ayant été inscrit dans la constitution, il convient actuellement de chercher à définir sa portée juridique.

La question essentielle que l'on peut se poser à cet égard est celle de savoir si la 3e phrase de l'article 4 alinéa 2 Cst. est susceptible d'être invoquée par une

Der Wortlaut der Bestimmung ist klar: der Verfassungsgeber hat eindeutig zwischen der Anwendung des allgemeinen Prinzips der Gleichberechtigung von Mann und Frau auf der einen Seite und dem speziellen Prinzip des gleichen Entgeltes auf der anderen Seite unterschieden. Während der zweite Satz des neuen Verfassungsartikels den Gesetzgeber zum Tätigwerden auffordert, gewährt der dritte Satz direkt und vorbehaltlos ein neues Verfassungsrecht, ähnlich dem Art. 56 (Vereinsrecht), Art. 54 (Recht zur Ehe) oder Art. 57 (Petitionsrecht). Trotz der inhaltlichen Unterschiede dieser Bestimmungen wurde die selbe Formel benutzt.

Schon die Vorarbeiten zum Art. 4 Abs. 2 BV drücken klar die Absicht aus, mit dieser Bestimmung dem Einzelnen ein subjektives Recht auf gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit unabhängig vom Geschlecht einzuräumen. In seiner Botschaft vom 14. November 1979 hat der Bundesrat festgehalten, dieser Satz garantiere, "im Gegensatz zum zweiten Satz, einen individualrechtlich durchsetzbaren Anspruch auf gleichen Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit und (sei) im öffentlichen Recht wie im Privatrecht zu beachten" (2). Diese Auffassung wurde sowohl vom Vertreter des Bundesrates, Bundesrat Furgler, in seinen Voten vor den Räten vertreten (3), als auch von den Sprechern der Kommissionen in beiden Kammern und den meisten Rednern, die in der parlamentarischen Debatte das Wort ergriffen (4). So hat der Nationalrat mit 114 zu 45 Stimmen den Antrag Linder abgelehnt, der den Gesetzgeber auch für das Prinzip des gleichen Entgeltes einschalten wollte. Im Ständerat wurde ein ähnlich gerichteter Antrag Steiner mit 22 zu 10 Stimmen zurückgewiesen. Schliesslich hat der Bundesrat auch noch im allen Stimmbürgern vor der Abstimmung zugestellten "Bundesbüchlein" wiederholt, die Bestimmung sei so klar, dass der Richter sie im Einzelfall direkt anwenden könne (5). Im übrigen war diese Auffassung während der Abstimmungskampagne von keiner Seite bestritten.

travailleuse devant les tribunaux aux fins d'obtenir par voie judiciaire la modification de son salaire tel qu'il a été prévu par le contrat de travail. Autrement dit, il s'agit d'examiner si cette disposition emporte un effet direct et peut à elle seule, et sans qu'elle ait été suivie de l'adoption d'une loi d'exécution, être appliquée par le pouvoir judiciaire.

D'après sa teneur, la disposition est claire. Le constituant a distingué nettement entre l'application du principe général de l'égalité entre l'homme et la femme d'une part et celle du principe spécial de l'égalité des salaires d'autre part. Tandis que dans la deuxième phrase de la nouvelle disposition constitutionnelle, le législateur est appelé à la rescousse, la troisième phrase proclame directement et sans réserve aucune un droit constitutionnel nouveau, tout comme la constitution proclame à l'article 56 le droit d'association, à l'article 54 le droit au mariage ou à l'article 57 le droit de pétition. Si, naturellement, la portée de ces dispositions est différente, formellement, cependant, la même formule est utilisée.

Les travaux préparatoires de l'article 4 al. 2 Cst. démontrent clairement que l'intention des auteurs de cette disposition était bien de conférer à l'individu un droit subjectif à l'égalité de salaire entre l'homme et la femme. Dans son message du 14 novembre 1979, le Conseil fédéral a précisé que la dernière phrase de cet alinéa "garantit, contrairement à la deuxième phrase, un droit individuel à un salaire égal pour un travail de valeur égale, que l'on peut invoquer devant un tribunal. Il y a lieu de le respecter tant en droit public qu'en droit privé" (2). Cette même opinion a été soutenue avec vigueur devant les Chambres fédérales par le porte-parole du gouvernement, M. Furgler, conseiller fédéral (3). Elle a été celle des rapporteurs des commissions du Conseil national et du Conseil des Etats (4) et de la grande majorité des parlementaires qui sont intervenus dans le débat. Le Conseil national a rejeté, par 114 voix contre 45, une proposition Linder, tendant à prévoir l'intervention du législateur pour la concrétisation de l'égalité des salaires, et le Conseil des

Sicher, der Wille des Verfassungsgebers - soweit man ihn den Vorarbeiten entnehmen kann - genügte dann nicht, wenn die vom Stimmvolk angenommene Bestimmung ihrer Natur nach nicht geeignet wäre, die gewünschte Wirkung zu erzielen. Dieses Problem ist einfach zu lösen. Die Verfassung definiert nämlich in keiner ihrer Bestimmungen die Beschaffenheit der darin enthaltenen Regeln. Nichts hindert deshalb den Verfassungsgeber, in diese Texte Bestimmungen mit Auswirkungen auf das Zivilrecht aufzunehmen. Wie der Bundesrat in seiner Botschaft ausgeführt hat, geht es einzig darum, zu entscheiden, ob eine Bestimmung wichtig genug ist, in die Verfassung aufgenommen zu werden - dieser Entscheid obliegt dem Verfassungsgeber, also dem Volk und den Ständen (6). Dieser Entscheid ist in der Abstimmung vom 14. Juni 1981 gefallen. Niemand wagte im übrigen zu behaupten, das Verbot geschlechtsbedingter Diskriminierung bei den Löhnen sei nicht wichtig genug, in der Verfassung verankert zu werden. Das Recht auf gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit und auf Beseitigung jeglicher Diskrimination steht in Art. 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, welche die Schweiz unterzeichnen möchte und demnächst zur Ratifizierung vorschlagen will (7), nimmt dieses Prinzip ebenfalls auf und präzisiert in Art. 7: "... insbesondere wird gewährleistet, dass Frauen keine weniger günstigen Arbeitsbedingungen als Männer haben und dass sie für gleiche Arbeit gleiches Entgelt erhalten".

Gleiches Entgelt für beide Geschlechter verlangt auch die von der Schweiz zwar unterzeichnete, jedoch noch nicht ratifizierte Europäische Sozialcharta (Art. 4 Abs. 3). Dazu ist die Schweiz an die Abkommen Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit sowie Nr. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf der Internationalen Arbeitsorganisation gebunden, in deren Verfassung der Grundsatz "Gleiche Arbeit, gleicher Lohn" verankert ist.

Etats a, quant à lui, rejeté par 22 voix contre 10, une proposition Steiner conçue dans le même sens. Enfin, dans ses explications distribuées aux électeurs avant la votation, le Conseil fédéral écrivait que la disposition en cause "est si claire que le juge peut l'appliquer directement au cas particulier" (5). Ce point de vue ne semble d'ailleurs pas avoir été contesté au cours de la campagne électorale.

Sans doute, la volonté exprimée par le constituant, telle qu'on peut la déduire des travaux préparatoires, ne suffirait-elle pas si, en raison de la nature spéciale de la constitution, la disposition adoptée par le peuple n'était pas susceptible d'emporter l'effet juridique souhaité. Mais la solution de ce problème est simple. En effet, la constitution ne définit dans aucune de ses dispositions la nature des règles qui peuvent y figurer. Rien n'empêche donc le constituant d'introduire dans son texte des dispositions ayant des effets de droit civil. Il s'agit seulement, comme le Conseil fédéral l'a rappelé dans son message, de déterminer si une règle est assez importante pour mériter de figurer dans la constitution, ce qui est du ressort du constituant, soit du peuple et des cantons (6). Ce problème a été résolu par le vote du 14 juin 1981. On ne saurait d'ailleurs manifestement pas dire que le droit à l'égalité des salaires, soit l'interdiction de la discrimination entre les sexes en matière de rémunération, n'est pas assez important pour pouvoir être inscrit dans la constitution. Le droit à un salaire égal pour un travail égal sans aucune discrimination figure à l'art. 23 de la Déclaration universelle des droits de l'homme. Le Pacte international relatif aux droits économiques, sociaux et culturels, que le gouvernement suisse entend signer et dont il proposera prochainement la ratification (7), reprend le même principe en précisant que les femmes doivent avoir la garantie que les conditions de travail qui leur sont accordées ne sont pas inférieures à celles dont bénéficient les hommes et recevoir la même rémunération qu'eux pour un même travail (art. 7). Le droit à l'égalité des salaires est aussi affirmé par la Charte sociale européenne (art. 4, paragr. 3) déjà signée (mais non ratifiée) par la Suisse. Enfin, la Suisse

Es besteht kein Grund, sich im Rahmen der Prüfung der rechtlichen Auswirkungen von Art. 4 Abs. 2 Satz 3 zur Frage der Drittwirkung von Verfassungsrechten festzulegen - zu einem Prinzip, das, wie wohl es von verschiedenen Autoren anerkannt wird, nie 'tel quel' in der bundesgerichtlichen Praxis Aufnahme gefunden hat. Die Frage ist, ob eine Verfassungsbestimmung, die ja in erster Linie das Verhältnis zwischen dem Staat und dem Individuum regeln soll, auch auf das Verhältnis der Individuen unter sich Auswirkungen hat. Satz 3 von Art. 4 Abs. 2 BV darf nicht nur indirekt, sondern muss direkt auf die Beziehung zwischen den Einzelnen (Horizontalwirkung) angewendet werden. In Bezug auf die Lohnfrage heisst dies, dass diese Bestimmung direkt die Arbeitsbedingungen - die individuellen wie die kollektiven - beeinflusst, ohne dass es sich dabei um eine Reflexwirkung einer Bestimmung handelt, die die Regelung öffentlich-rechtlicher Verhältnisse zum Gegenstand hat.

Letzte Frage, die man sich stellen kann: ist der angerufene Richter in der Lage, aufgrund von Art. 4 Abs. 2 Satz 3 BV den zwischen der beschwerdeführenden Arbeiterin und ihrem Arbeitgeber vereinbarten Vertrag abzuändern?

Jeder Richter, auf welcher Stufe der Rechtsanwendung er sich auch befindet, muss nicht nur die Gesetze, Verordnungen und Verfügungen und auch die internationalen Verträge anwenden, sondern selbstverständlich auch die Verfassungsbestimmungen (8). Er ist insbesondere zur Achtung der in der Verfassung verankerten und auch der ungeschriebenen Verfassungsrechte verpflichtet. Einzige Schranke für den Richter ist dabei die von der Bundesversammlung in Form eines Gesetzes oder eines allgemeinverbindlichen Beschlusses gekleidete Interpretation der Verfassung (Art. 113 BV). Zu der uns interessierenden Verfassungsnorm jedoch hat die Bundesversammlung nicht legiferiert.

Last but not least: Art. 4 Abs. 2 Satz 3 BV ist nicht die einzige Bestimmung im Bundesrecht, die etwas über die Lohngleichheit aussagt. So

est liée par les conventions No 100 sur l'égalité de rémunération et 111 concernant la discrimination (emploi et profession) de l'Organisation internationale du travail, dont la constitution affirme le principe "à travail égal, salaire égal".

Relevons en passant qu'en examinant les effets juridiques de l'article 4, al. 2 3e phrase Cst., il n'y a pas lieu de prendre parti sur la question de l'effet des dispositions constitutionnelles vis-à-vis des tiers (Drittwirkung), effet dont le principe, bien qu'ayant reçu l'approbation de plusieurs auteurs, n'a jamais été accepté tel quel par la jurisprudence fédérale. Le débat relatif à la Drittwirkung est celui de savoir si une disposition constitutionnelle qui tend principalement à régler les relations entre l'Etat et l'individu est susceptible d'avoir aussi des effets sur les tierces personnes dans leurs rapports entre elles. Mais la troisième phrase de l'art. 4 al. 2 Cst. est destinée à régir directement, et non seulement indirectement, les rapports entre individus (ou "rapports horizontaux"). S'appliquant au salaire, cette disposition intervient ainsi directement dans les conditions de travail, aussi bien sur le plan individuel que sur le plan collectif, sans qu'il s'agisse d'un effet réflexe d'une règle destinée à régir des rapports de droit public.

Dernière question que l'on peut se poser: le juge civil est-il à même, s'il est saisi d'une action tendant à l'augmentation du salaire d'une travailleuse sur la base de l'art. 4 al. 2, de statuer sur cette demande et de modifier ainsi le contrat de travail passé entre cette travailleuse et son employeur?

Le juge, à tous les degrés de juridiction, est tenu d'appliquer non seulement les lois, les arrêtés ou ordonnances, ou encore les traités internationaux, mais aussi, bien naturellement, les règles constitutionnelles fédérales (8). Il doit notamment respecter les droits individuels reconnus par la constitution ou même par les principes constitutionnels non écrits. Son pouvoir à cet égard est limité seulement par l'interprétation que les Chambres fédérales ont donnée à la constitution en adoptant une loi ou un arrêté fédéral de portée générale (art. 113 Cst.). Or dans le domaine qui nous intéresse, précisément, aucun texte législatif n'a été adopté par les Chambres fédérales.

hat der Gesetzgeber im noch nicht in Kraft getretenen Heimarbeitsgesetz vom 20. März 1981 bestimmt, die Entschädigung für Heimarbeit müsse gleich hoch sein wie die Entschädigung für gleichwertige Arbeit, die im Betrieb geleistet werde. Fehlt ein vergleichbarer Betriebslohn, so ist der im betreffenden Wirtschaftszweig übliche regionale Lohnsatz für ähnliche Arbeiten anzuwenden, in Berücksichtigung der unterschiedlichen Arbeitsbedingungen zwischen Heimarbeit und Betriebsarbeit (Art. 4 HARG). Die Anwendung dieser Regel des öffentlichen Rechts kann Gegenstand einer zivilrechtlichen Klage gegen den Arbeitgeber sein (Art. 342 Abs. 2 OR). Sicher werden in gewissen Fällen der Anwendung von Art. 4 Abs. 2 Satz 3 BV Schwierigkeiten bei der Beurteilung der "Gleichwertigkeit" der Arbeit auftauchen, doch wird sich eine ähnliche Situation bei der Bestimmung der "Ähnlichkeit" der Arbeit gemäss Art. 4 HARG stellen. Dies kann aber nicht bedeuten, dass der Richter - oder im Falle der Heimarbeit die Verwaltung - nicht zur Beantwortung dieser Frage angerufen werden kann oder dass er sich mit dem Argument, dies sei zu schwierig, dieser Aufgabe entziehen könnte. Sobald die Voraussetzungen zur Anwendung der einen oder der andern Bestimmung gegeben sind, ist er verpflichtet, die vertraglichen Vereinbarungen abzuändern, wie in zahlreichen anderen Fällen, wo der Gesetzgeber eine zwingende Norm vorgesehen hat (Art. 361 und 362 OR) oder wo die Parteien an einen gesamtarbeitsvertraglich vereinbarten Tarif gebunden sind (Art. 357 OR).

Die Beurteilung der "Gleichwertigkeit" der Arbeit wird nicht immer einfach sein, doch betritt die Schweiz dabei keineswegs Neuland. Das Prinzip des gleichen Entgeltes gilt in nahezu allen industrialisierten Staaten; durch die Verfassungsänderung hat unser Land lediglich einen Rückstand aufgeholt. Aufgrund von Art. 119 des Römer Vertrages und ständiger Praxis des EG-Gerichtshofes sind die Richter in den EG-Staaten zur direkten Anwendung des Lohngleichheitsprinzipes verpflichtet; die Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 10. Februar 1975 (75/117) weisen in

Il sied encore de rappeler que la disposition constitutionnelle qui fait l'objet des présentes considérations n'est, dans le droit fédéral, pas la seule disposition concernant l'égalité des salaires. Par la loi sur le travail à domicile (LTD), du 20 mars 1981 (non encore entrée en vigueur), le législateur fédéral a prévu que le salaire versé pour le travail à domicile doit être conforme aux taux appliqués quant à la rétribution d'activités équivalentes, exercées dans l'entreprise; à défaut de salaire comparable dans l'entreprise, il y a lieu d'appliquer le taux de salaire usuel accordé pour des travaux analogues dans la branche économique en question et dans la région - cela tout en tenant compte des différences dans les conditions du travail (art. 4 LTD). Cette disposition est une règle de droit public, mais son application peut faire l'objet d'une action contre l'employeur ouverte devant le juge civil (art. 342 al. 2, du Code des obligations - CO). S'il est exact que dans certains cas des difficultés peuvent se présenter dans l'application de l'art. 4 al. 2 Cst. en ce qui concerne la détermination d'un travail "de valeur égale", les mêmes difficultés peuvent se présenter, dans l'application de l'art. 4 LTD, en ce qui concerne la détermination des "activités équivalentes". Cela n'empêche pas que le juge si ce n'est dans le cadre du travail à domicile, l'administration, peut être appelé à régler ces difficultés et qu'il ne saurait se dérober à sa tâche en arguant qu'elle serait trop difficile. Lorsque les conditions d'application de l'une ou l'autre de ces dispositions sont réalisées, il lui appartient de modifier les règles convenues contractuellement, comme il peut être appelé à le faire dans bien d'autres cas où le législateur a prévu des dispositions de caractère impératif (art. 361 et 362 CO) ou encore lorsque les parties sont liées par une convention collective, qui prévoit un tarif de salaire (art. 357 CO).

Si la détermination de la valeur égale de différents travaux n'est, nous l'admettons volontiers, pas toujours simple, il n'en demeure pas moins que, dans ce domaine, la Suisse ne s'aventure pas sur une terre inexplorée. Le principe de l'égalité des salaires entre l'homme et la femme est appliqué dans tous les Etats développés et la modification constitutionnelle ne fait que permettre à notre pays de rattraper le retard qu'il a pris à cet égard. Dans les



dieselbe Richtung. In den USA wurde der Grundsatz 1963 im Gesetz über die gleiche Entlohnung eingeführt und hat zu einer reichhaltigen Rechtsprechung des Obersten Gerichtes (Supreme Court) geführt. Der Richter in der Schweiz wird sich mit Vorteil mit der Judikatur dieser Staaten zur Frage der Lohngleichheit vertraut machen, und - gemäss dem in Art. 1 ZGB formulierten Auftrag - bei Fehlen einer besonderen Vorschrift nach der Regel entscheiden, die er selbst als Gesetzgeber aufstellen würde.

Also folgern wir, dass die Bestimmung in Satz 3 von Art. 4 Abs. 2 der BV direkt vom zuständigen Richter angewendet werden muss und kann, sobald die Voraussetzungen erfüllt sind. Dieser Schluss ergibt sich nicht nur aus den Vorarbeiten und Materialien, sondern auch aus der Analyse des Verfassungstextes und aus der nahezu einmütigen Doktrin (9).

#### Anmerkungen

- 1) Expertenkommission für die Vorbereitung einer Totalrevision der Bundesverfassung, Bericht S. 37
- 2) Botschaft über die Volksinitiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau" vom 14. November 1979, (BB1 1980 I 69), S. 127, 143
- 3) StenBull Nationalrat, 1980, S. 686, 708; Ständerat S. 566
- 4) Ibid. Nationalrat S. 650, 652, 684, 706; Ständerat S. 548
- 5) Erläuterungen des Bundesrates (Bundesbüchlein), S. 7
- 6) Botschaft, S. 117
- 7) BB1 1982 II 780
- 8) Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichtes. Amtliche Sammlung 104 (1978) Ia 82
- 9) So insbesondere Tschudi H.P., Neue Probleme im schweizerischen Arbeitsrecht, Revue suisse de jurisprudence, 1982, S. 91; Aubert J.-F., Traité de droit constitutionnel suisse, Supplément, No. 1747, S. 203, und No. 1783, S. 222; andere Auffassung: Huber H., Gleiche Rechte für Mann und Frau, Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins, 1982, S. 188.

pays membres des Communautés européennes, l'art. 119 du traité de Rome, selon l'interprétation qui lui a été donnée à diverses reprises par la Cour de justice de ces Communautés, oblige les tribunaux à appliquer directement ledit principe; la directive du 10 février 1975 (No 75/117) du Conseil des Communautés va dans le même sens. Aux Etats-Unis, le même principe a été introduit dès 1963 par la loi sur l'égalité de rémunération, qui est à l'origine d'une abondante jurisprudence de la Cour suprême. Les tribunaux suisses pourraient s'inspirer utilement, à cet égard, de la législation et de la jurisprudence des autres pays, ce dans le cadre de l'art. 1er du code civil, qui confie au juge, à défaut d'une règle légale applicable, le soin de prononcer selon les règles qu'il établirait s'il avait à faire acte de législateur.

Ainsi, la règle de la troisième phrase de l'art. 4 al. 2 Cst. peut et doit être appliquée directement, lorsque les conditions en sont réalisées, par le juge du contrat de travail. Telle est la conclusion qui s'impose au vu non seulement des travaux préparatoires de disposition constitutionnelle nouvelle, mais aussi de l'analyse du texte adopté, tout aussi bien que de l'opinion de la doctrine quasi-unanime (9).

#### Remarques

- 1) Commission d'experts pour la préparation d'une revision totale de la Constitution fédérale; rapport, p. 36
- 2) Message, p. 76; voir aussi p. 59
- 3) Bulletin officiel, Conseil national, 1980, p. 686 et 708; Conseil des Etats, p. 566
- 4) Ibid., Conseil national, p. 650, 652, 684, 706; Conseil des Etats, p. 548
- 5) Explications du Conseil fédéral, p. 7
- 6) Message, p. 50
- 7) Feuille fédérale, 1982 II 780
- 8) Arrêts du Tribunal fédéral, Recueil officiel, 104 (1978) Ia 82
- 9) Voir notamment H.P. Tschudi, Neue Probleme im schweizerischen Arbeitsrecht, Revue suisse de jurisprudence, 1982, p. 91; J.-F. Aubert, Traité de droit constitutionnel suisse, supplément, No 1747, p. 203, et No 1783, p. 222. Contra: H. Huber, Gleiche Rechte für Mann und Frau, Revue de la Société des juristes bernois, 1982, p. 188.

Il disposto costituzionale concernente  
la parità salariale

di Alexandre Berenstein

Il 14 giugno 1981 il popolo svizzero accettava il nuovo articolo 4 capoverso 2 della Costituzione federale (CF) nella versione proposta dall'Assemblea federale con il controprogetto all'iniziativa popolare per l'eguaglianza dei diritti tra uomo e donna. Questo disposto costituzionale consta di tre frasi. La prima enuncia il principio generale dell'eguaglianza dei diritti tra uomo e donna; la seconda assegna al legislatore l'incarico di provvedere alla realizzazione di tale eguaglianza in particolare nell'ambito della famiglia, dell'istruzione e del lavoro; la terza, infine, contiene un principio più concreto: il diritto, per gli uomini e le donne, a un salario uguale per un lavoro di pari valore. Per quanto riguarda quest'ultimo periodo, la Commissione peritale per la preparazione d'una revisione totale della Costituzione federale, che è all'origine di questo testo, si era basata essenzialmente sul principio dell'eguaglianza della retribuzione invalso nelle Comunità Europee dopo la sentenza Dufrenne contro SABENA, pronunciata nel 1976 dalla Corte di giustizia comunitaria, e in virtù della quale, la Commissione ricordava, "il principio dell'eguaglianza della retribuzione per l'uomo e la donna è ormai imperativo su tutto il territorio delle Comunità Europee e può dar luogo a un'azione giudiziaria" (1).

Ora che il principio della parità salariale è inserito nella Costituzione, occorre definirne la portata giuridica. Il nocciolo della questione è se il terzo periodo dell'art. 4 cpv. 2 CF può essere invocato in tribunale da una lavoratrice che desidera ottenere l'adeguamento del suo salario contrattuale per via giudiziaria. In altri

termini, si tratta di vedere se questo disposto ha un effetto diretto e può, da solo, senza che sia stata licenziata una legge esecutiva, esser applicato dal potere giudiziario.

Il tenore del disposto è chiaro. Il costituente fa una distinzione netta tra l'applicazione del principio generale dell'eguaglianza tra uomo e donna, e l'applicazione del principio generale della parità salariale. Mentre nel secondo del nuovo disposto costituzionale il legislatore è stimolato all'azione, il terzo periodo enuncia, direttamente e senza alcuna riserva, un nuovo diritto costituzionale, proprio come avviene all'art. 56 con il diritto d'associazione, all'art. 54 con il diritto al matrimonio o all'art. 57 con il diritto di petizione. Benché, ovviamente, la portata di questi disposti sia differente, dal punto di vista formale, la formula è la stessa.

I lavori preparatori per l'art. 4 cpv. 2 CF dimostrano chiaramente che l'intento degli autori di questo disposto era di conferire all'individuo un diritto soggettivo alla parità salariale tra uomo e donna. Nel suo messaggio del 14 novembre 1979, il Consiglio federale precisa che l'ultimo periodo di questo capoverso "garantisce, contrariamente al secondo periodo, un diritto individuale allo stesso salario per un lavoro di pari valore, diritto che può essere invocato davanti a un tribunale. Esso deve essere rispettato sia nel diritto pubblico che in quello privato" (2). La stessa opinione è stata sostenuta con veemenza davanti alle Camere dal portavoce del governo, il consigliere federale Kurt Furgler (3). Tale parere veniva condiviso dai relatori delle commissioni del Consiglio nazionale e del Consiglio degli Stati (4), e dalla maggioranza dei parlamentari intervenuti nel dibattito. Il Consiglio nazionale

ha respinto, con 114 voti contro 45, la proposta Linder che prevedeva l'intervento del legislatore per concretare la parità salariale e, dal canto suo, il Consiglio degli Stati ha respinto, con 22 voti contro 10, la proposta Steiner dello stesso tenore. Infine, nei chiarimenti distribuiti agli elettori prima della votazione, il Consiglio federale scriveva che il disposto "è sì chiaro che il giudice potrà applicarlo direttamente nel singolo caso". D'altronde non risulta che questo punto sia stato contestato durante la campagna per la votazione.

Indubbiamente, la volontà espressa dal costituente (come è desumibile dai lavori preliminari) non sarebbe sufficiente se, in virtù della natura speciale della Costituzione, il disposto accettato dal popolo non bastasse per ottenere l'effetto giuridico auspicato. Ma la soluzione del problema è semplice. Difatti, la Costituzione non definisce mediante alcuna disposizione la natura delle regole che vi possono figurare. Nulla impedisce dunque al costituente di introdurre nel testo delle disposizioni che si ripercuotano sul diritto civile. Come è già stato ricordato dal Consiglio federale nel suo messaggio, si tratta solo di determinare se una regola è tanto importante da meritare di apparire nella Costituzione: decisione che compete al costituente, dunque al popolo e ai cantoni (6). Tale problema si è risolto con il voto del 14 giugno 1981. D'altronde non si potrebbe ovviamente dire che il diritto alla parità salariale - cioè il divieto di discriminare tra i sessi in materia di retribuzione - non sia sufficientemente importante da essere iscritto nella Costituzione. Il diritto allo stesso salario per un lavoro di pari valore, senza alcuna discriminazione, figura all'art. 23 della Dichiarazione universale dei diritti umani. Il Patto internazionale concernente i diritti economici, sociali e culturali (che il governo svizzero intende firmare e per cui proporrà prossimamente la ratifica) (7), riprende lo stesso principio precisando che le donne devono avere la garanzia che le condizioni di lavoro a loro riservate non siano inferiori a quelle di cui beneficiano gli uomini, e che esse devono ricevere la stessa retribuzione per uno stesso lavoro (art. 7). Il diritto alla parità salariale viene inoltre affermato dalla Carta sociale europea (art. 4 par. 3), già firmata (ma non ancora ratificata) dalla Svizzera.

Infine, la Svizzera è legata dalle convenzioni no. 100 sulla parità di remunerazione e no. 111 concernente la discriminazione (impiego e professione) dell'Organizzazione internazionale del lavoro, la cui costituzione sancisce il principio "a lavoro uguale, salario uguale".

In questo contesto va notato che, esaminando gli effetti giuridici dell'art. 4 cpv. 2 3° periodo CF, non si tratta di prendere partito sulla questione dell'effetto dei disposti costituzionali verso terzi ("Drittwirkung"): effetto, il cui principio, pur essendo stato approvato da vari autori, non è mai stato ammesso in quanto tale dalla giurisprudenza federale. Il dibattito sul "Drittwirkung" verte sulla questione se un disposto costituzionale, che tende essenzialmente a regolare le relazioni tra Stato e individuo, può altresì ripercuotersi sugli individui nei loro reciproci rapporti. Ma il terzo periodo dell'art. 4 cpv. 2 CF è destinato a reggere direttamente, e non solo indirettamente, i rapporti tra gli individui (o "rapporti orizzontali"). Riferito al salario, tale disposto interviene così direttamente nelle condizioni di lavoro, sia sul piano individuale che su quello collettivo, senza che si tratti della ripercussione riflessa di una regola destinata a reggere i rapporti di diritto pubblico.

L'ultima domanda che ci si può porre è se il giudice civile, al quale una lavoratrice si rivolge per una causa mirante all'aumento salariale, può, sulla scorta dell'art. 4 cpv. 2, deliberare in materia e modificare il contratto di lavoro concluso tra la lavoratrice e il suo datore di lavoro.

Il giudice, a tutti i livelli giurisdizionali, non solo è tenuto a applicare le leggi, i decreti, le ordinanze o magari i trattati internazionali, ma anche, ovviamente, le regole costituzionali federali (8). Egli deve rispettare i diritti individuali riconosciuti dalla Costituzione o addirittura dai principi costituzionali non codificati. Il suo potere, in questo contesto, è limitato solo dall'interpretazione che le Camere federali hanno dato della Costituzione adottando una legge o un decreto federale di portata generale (art. 113 CF).

Ora, per l'esattezza, nel campo che ci interessa in modo particolare, le Camere federali non hanno varato alcun testo legislativo.

Occorre ricordare che il disposto costituzionale oggetto delle considerazioni finora esposte non è, nel diritto federale, l'unico disposto che tanga la parità salariale. Nella legge sul lavoro a domicilio (LLD) del 20 marzo 1981 (non ancora entrata in vigore), il legislatore federale ha previsto che il salario versato per il lavoro a domicilio deve essere conforme alle tariffe praticate nella retribuzione di attività  
 lio deve essere conforme alle tariffe praticate nella retribuzione di attività equivalenti svolte in un'azienda; in mancanza di un salario comparabile nell'azienda, va praticata la tariffa salariale vigente di regola per lavori analoghi nel ramo economico e nella regione, tenendo in debito conto le differenze nelle condizioni di lavoro (art. 4 LLD). Tale disposto è una regola di diritto pubblico, ma la sua applicazione può essere oggetto di una causa mossa davanti al giudice civile contro il datore di lavoro (art. 342 cpv. 2 del Codice delle obbligazioni CO). Pur ammettendo che vi possano essere difficoltà nell'applicare l'art. 4 cpv. 2 per quanto concerne la determinazione di un lavoro "di pari valore", le stesse difficoltà possono sorgere dovendo applicare l'art. 4 LLD per quanto concerne la determinazione delle "attività equivalenti". Ciò non toglie che il giudice - o, nell'ambito del lavoro a domicilio, l'amministrazione - venga chiamato a risolvere simili difficoltà e che non possa sottrarsi al compito asserendo che è troppo difficile. Quando le premesse per applicare l'una o l'altra di queste disposizioni sono date, tocca a lui modificare le regole contrattuali, come d'altronde può capitargli di dover fare in tanti altri casi dove il legislatore ha previsto disposizioni di carattere imperativo (art. 361 e 362 CO), oppure dove le parti sono legate da una convenzione collettiva che prevede una tariffa salariale (art. 357 CO).

Pur ammettendo che non sempre è compito facile determinare l'uguale valore di lavori diversi, bisogna anche riconoscere che in questo campo la Svizzera non si avventura affatto su un terreno sconosciuto. Il principio della parità salariale

tra uomo e donna è invalso in tutti gli Stati industrializzati; la modifica costituzionale non fa altro che permettere al nostro paese di recuperare il ritardo accumulato in questo campo. Nei paesi membri delle Comunità europee, secondo l'art. 119 del Trattato di Roma, nell'interpretazione datagli a più riprese dalla Corte di giustizia comunitaria, i tribunali sono tenuti a applicare direttamente detto principio; la direttiva del 10 febbraio 1975 (no. 75/117) del Consiglio delle Comunità europee è dello stesso tenore. Negli Stati Uniti, lo stesso principio venne introdotto nel 1963 da una legge sulla parità di remunerazione che ha in seguito generato un'abbondante giurisprudenza da parte della Corte suprema. A tutto vantaggio, i tribunali svizzeri potrebbero ispirarsi alla legislazione e alla giurisprudenza degli altri paesi, e ciò nell'ambito dell'art. 1 del Codice civile che, mancando una specifica norma legale, attribuisce al giudice il compito di pronunciarsi secondo le regole che lui stesso stabilirebbe dovendo legiferare.

La norma del terzo periodo dell'art. 4 cpv. 2 CF può e deve essere applicata direttamente dal giudice quando le premesse sono date. Tale conclusione si impone non solo in base ai lavori preparatori che hanno preceduto il nuovo disposto costituzionale, bensì anche in virtù dell'analisi del testo accettato e dell'opinione quasi unanime della dottrina (9).

Nota:

Per le referenze bibliografiche cf. il testo originale in francese a p. 19.

## Lohngleichheit - ein täglicher, ein politischer Kampf

von Christiane Brunner

### Die Profis des Kampfes

Der Kampf um die Lohngleichheit wird vor allem im beruflichen Alltag geführt. Es ist der Kampf aller Arbeitnehmerinnen, aber auch der Gewerkschaften: auch sie befassen sich mit den Details des Arbeitslebens - wer den Kaffee kocht, wer putzt, wer aufräumt. Einzelheiten, die für den Standort in der Hierarchie von Bedeutung sind, der wiederum für die Entlohnung wichtig ist.

Neben dem Alltag in der Fabrik und den kollektiven Lohnverhandlungen wird der Kampf um die Lohngleichheit jedoch auch auf dem politischen Parkett geführt. Der Widerstand gegen den Grundsatz "Gleiche Rechte für gleiche Arbeit" wurde mit dem positiven Ausgang der Volksabstimmung nicht aus der Welt geräumt - und noch immer sind alle Mittel recht, den deutlichen Volkswillen als frommen Wunsch mit unsicherer Realisierbarkeit erscheinen zu lassen.

Der Kampf ruft die Profis auf den Plan: die Juristen, die Politiker - oder beide zusammen. Zum Zeitpunkt der Abstimmung hatten viele Politiker die Einführung des Verfassungszusatzes befürwortet - nach der Abstimmung war die Begeisterung geringer. Nun, da das Prinzip der Lohngleichheit in der Verfassung steht, sollte sich die Wirklichkeit von selbst ändern - ohne jede weitere Anstrengung.

Was die Juristen (und Juristinnen) angeht: sie haben den neuen Verfassungsartikel analysiert. Sie haben damit die Munition bereitgestellt, denn das Recht

## L'égalité des salaires: un combat quotidien et un combat politique

par Christiane Brunner

### Les professionnels du combat

Le combat pour l'égalité des salaires entre les hommes et les femmes se situe d'abord au niveau quotidien de la vie professionnelle. C'est celui de toutes les travailleuses et aussi des syndicalistes, attentifs à tous les détails de l'organisation du travail. Qui fait le café? Qui exécute les travaux de nettoyage et de rangement? Des détails... qui marquent le niveau dans la hiérarchie, dont la concrétisation se traduit bien souvent dans la rémunération.

Du quotidien de l'usine, en passant par les négociations collectives, le combat pour l'égalité des salaires se déplace aussi sur la scène politique la plus large. L'opposition à ce principe n'a pas été balayée par le vote favorable du peuple suisse et tous les moyens sont bons pour faire d'une décision populaire un vœu pie à la réalisation certaine.

Le combat suppose également l'intervention de professionnels de la bataille: les juristes ou les politiciens, ou encore les deux réunis. Au moment de la votation du 14 juin 1981 beaucoup de politiciens ont soutenu l'introduction de la nouvelle disposition constitutionnelle, alors que post-votation le navire fut rapidement déserté. L'égalité des salaires a trouvé place dans la Constitution: que le miracle soit et que l'égalité se réalise d'elle-même sans le moindre effort.

Quant aux juristes, ils (et elles bien sûr) ont analysé déjà ce nouvel article constitutionnel sous des lumières diverses dans des articles de revues juridiques. C'est là un moyen de fourbir des armes bien utiles, car le droit en tant que

als Teil der Wissenschaft wird gern in den Dienst politischer Überlegungen - vor allem derjenigen wirtschaftlicher Kreise - genommen, die keineswegs bereit sind, sich bei der Realisierung einer Verfassungsnorm die Zügel aus der Hand zu nehmen.

Der in der Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins vom April 1982 erschienene Artikel des emeritierten Verfassungsrechtlers Hans Huber ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Er hat es zustande gebracht, Monate nach der Abstimmung vom Juni 1981 die Zugeständnisse zugunsten der Arbeitnehmerinnen in Frage zu stellen.

#### Artikel 4 Absatz 2 als Weg zur Verwirklichung der Lohngleichheit

Unter der Prämisse, dass Gleichberechtigung nicht Gleichmacherei bedeute, beschreibt Prof. Huber unter verschiedenen Gesichtspunkten die relative Gleichberechtigung von Mann und Frau - besonders im Lichte ihrer verschiedenen sozialen Funktionen. Der Autor verkennt dabei, dass heute das Geschlecht allein keinen wesentlichen Grund zur unterschiedlichen Behandlung von Mann und Frau mehr darstellt. Zu Recht weist er jedoch auf gewisse Widersprüchlichkeit zwischen der Verfassungswirklichkeit und der sozialen Wirklichkeit hin, wie sie sich heute zeigt und wie sie dem Recht entgeht.

Es trifft tatsächlich zu, dass ein Unternehmer nach seinem Belieben einen Mann oder eine Frau einstellen kann und nicht verpflichtet ist, eine gewisse Quote Frauen zu beschäftigen. Nach schweizerischem Recht kann auch heute noch ein Unternehmer - wenn er es schlau anstellt - ungestraft einer Arbeitnehmerin kündigen, die auf der selben Entlohnung wie ihre männlichen Kollegen beharrt. Aus diesem Grunde versuchen die Arbeitgeber glaubhaft zu machen, die Lohnhöhe sei vertraulich und dürfe nicht bekannt gemacht werden. Dies ist unrichtig: solche Weisungen würden die Grenzen dessen übersteigen, woran ein Arbeitgeber im Rahmen des Persönlichkeitsschutzes des Arbeitnehmers gebunden ist. Meistens ist es jedoch so, dass die Arbeitnehmer

science rejoint souvent la politique, notamment par l'utilisation que peuvent en faire des milieux économiques, bien décidés à ne pas lâcher si facilement du lest pour la mise en pratique d'un principe constitutionnel. C'est ainsi que l'article d'un professeur chevronné, Hans Huber de Berne, paru dans la Revue de la société des juristes bernois d'avril 1982; a pu remettre en question, des mois après la votation de juin 1981, les récentes acquisitions des travailleuses en Suisse.

#### L'article 4 al. 2 CF est un instrument de réalisation de l'égalité des salaires

Partant de la prémisse qu'égalité ne signifie point égalitarisme, le professeur Huber décrit sous divers aspects l'égalité toute relative des hommes et des femmes, en tenant compte des différences dues aux fonctions sociales attribuées aux deux sexes. Cet auteur méconnaît ainsi qu'actuellement le critère du sexe ne constitue plus un fait important qui justifie par son existence même des distinctions entre hommes et femmes. Il met toutefois le doigt avec raison sur certaines contradictions qui peuvent surgir entre le droit tel qu'exprimé maintenant par la Constitution fédérale, et les réalités sociales sur lesquelles le droit est inopérant.

Ainsi il est vrai qu'un employeur peut engager des hommes ou des femmes, comme il l'entend, sans être tenu de respecter une parité dans la main-d'oeuvre. Un employeur peut aussi en droit suisse licencier par représailles une travailleuse qui aurait revendiqué la même rémunération que ses collègues masculins en toute impunité; s'il le fait intelligemment. De même les entreprises tendent à faire croire que le montant du salaire revêt un caractère confidentiel et ne doit pas être divulgué, ce qui est totalement inexact, car des directives à cet égard outrepasseraient les limites que l'employeur doit respecter dans le cadre de la protection de la personnalité du travailleur. Toujours est-il que les travailleurs ont souvent le sentiment erroné qu'ils doivent taire le montant de leur salaire, ce qui ne facilite pas les comparaisons.

fälschlicherweise annehmen, dass sie über ihren Lohn niemandem etwas sagen dürfen, was wiederum einen Vergleich der Lohnsätze sehr schwierig macht.

Eine Diskrepanz zwischen dem Recht und der Realität besteht zweifelsohne, doch schliessen wir daraus nicht wie Prof. Huber, die Rechtsnorm sei schlecht, schwer zu realisieren und ausserdem im Widerspruch zum Prinzip der Privatautonomie. Sicher darf man nun nicht glauben, mit dem neuen Verfassungsartikel seien sämtliche Probleme der Gleichberechtigung gelöst. Er ist jedoch ein taugliches Instrument, mit welchem zu spielen jedoch gelernt und geübt werden muss - ähnlich einem Musikinstrument. Bis zum letzten Jahr hatten die Arbeitnehmerinnen keine Möglichkeit, sich gegen Lohndiskriminierungen zur Wehr zu setzen - besser ist deshalb, ein noch nicht vollkommenes Mittel zu haben als gar keines.

#### Was sind Lohndiskriminierungen?

Prof. Huber stösst sich daran, dass durch den Verfassungsartikel lediglich die Lohndiskriminierungen zwischen Frau und Mann gerügt werden können. Sicher gibt es auch Lohnunterschiede bei Männern und Frauen je unter sich, die das Persönlichkeitsrecht des Arbeitnehmers verletzen. Bei einem einigermaßen ausgeglichenen Arbeitsmarkt kann jedoch ein Mann, der speziell schlecht entlohnt wird, eine Stelle bei einer anderen Unternehmung suchen, während die Frau ihre Arbeitskraft überall anbieten kann, ohne mit einer wesentlichen Verbesserung ihres Lohnes rechnen zu dürfen. Diese Diskriminierung ist weit anstössiger, denn sie trifft die Frauen als Gruppe. Die einzelne Arbeitnehmerin hat keine Möglichkeit, ihr zu entgehen.

Bei den Lohndiskriminierungen lassen sich die offensichtlichen und die versteckten unterscheiden. Während man die ersteren bekämpfen kann, ist es viel schwieriger, den letzteren beizukommen.

#### Offensichtlich sind Lohndiskriminierungen:

- wenn die Minimalansätze für Mann und Frau verschieden sind oder eine Lohnstufe ausschliesslich Frauen vorbehalten ist;

Ces hiatus entre le droit et la réalité existent donc, mais nous n'en tirerons pas la conclusion qu'en tire Monsieur Huber que de telles dispositions sont mauvaises, car elles sont difficilement réalisables et de surcroît en contradiction avec le principe de l'autonomie privée. Au contraire, il faut considérer le nouvel article constitutionnel, non pas comme la solution toute faite aux problèmes d'égalité de salaires, mais comme un instrument juridique adéquat, dont il faut encore apprendre à jouer, comme un musicien d'un instrument de musique. Jusqu'à l'année dernière les travailleuses ne disposaient d'aucun moyen juridique pour se défendre contre des discriminations salariales, il nous semble qu'il vaut mieux avoir un moyen imparfait que rien du tout.

#### Quelles sont les inégalités de salaire?

Le professeur Huber trouve également choquant que seules les inégalités de salaire entre hommes et femmes soient visées par la Constitution fédérale. Il est certain que d'autres inégalités dans la rémunération peuvent exister entre hommes ou entre femmes et constituer éventuellement des atteintes aux droits de la personnalité du travailleur. Toutefois, en situation équilibrée du marché du travail, un homme particulièrement mal payé peut aller travailler dans une autre entreprise, tandis que les femmes peuvent offrir leur force de travail n'importe où, sans voir augmenter leur salaire moyen. Cette discrimination est donc bien plus choquante, car elle est généralisée et la femme en tant qu'individu ne disposait d'aucun moyen pour la modifier.

En ce qui concerne les formes de discrimination dans la rémunération, on doit surtout distinguer entre les discriminations apparentes et celles qui sont cachées, car on peut combattre les premières, alors qu'il est beaucoup plus difficile de faire cesser les secondes.

#### Il y a discriminations apparentes:

- Lorsque les salaires minimaux ou effectifs sont différents pour les hommes et pour les femmes, qui constituent une catégorie de salaire à part.

- wenn bei einem Arbeitsplatzbewertungssystem mit Punkten ein Punkt für die Frauenarbeit weniger gilt als ein Punkt für Männerarbeit;
- wenn Mann und Frau aufgrund ihrer unterschiedlichen Familienpflichten nicht den selben Lohn erhalten.
- Lorsque la valeur du point est différente pour les hommes et pour les femmes dans un système d'évaluation du travail exprimant des valeurs en points.
- Lorsque le salaire est différent pour les hommes et pour les femmes en raison de leurs charges familiales.

Versteckt sind Lohndiskriminierungen:

- wenn in Betrieben für gewisse Arbeiten, die in unterschiedlichen Lohnklassen eingeteilt sind, ausschliesslich Frauen oder ausschliesslich Männer beschäftigt werden (Feminisierung, bzw. Maskulinisierung der Werkstätten, der Tätigkeiten und der Berufe);
- wenn gewisse Kriterien bei der Bewertung der Arbeit (z.B. Muskelkraft) über- oder unterbewertet werden, weil sie vorwiegend bei Männern oder Frauen zutreffen (schwere und leichtere Arbeit).

Im Moment, in dem man mittels kollektiver Verhandlungen die Lohngleichheit zu verwirklichen sucht, fangen die Unternehmer an, die offensichtlichen Lohndiskriminierungen in versteckte umzuwandeln, um vor allfälligen Klagen sicher zu sein. Dieser Entwicklung muss man unter allen Umständen zuvorkommen, denn die Aufdeckung versteckter Diskriminierung ist ungleich viel schwerer und mühevoller.

Es ist einfach, die Dinge kompliziert zu machen

Die umstrittene Frage, welche die Skepsis der Juristen und den Widerstand der Arbeitgeber geweckt hat, ist jene nach der Gleichwertigkeit der von einem Mann bzw. von einer Frau geleisteten Arbeit. Auch Prof. Huber wirft dieses Problem auf und ist der Meinung, Gleichwertigkeit könne lediglich bei analogen Arbeiten bejaht werden. So wäre es z.B. unmöglich, die Arbeit einer Sekretärin mit derjenigen eines im selben Betrieb angestellten Chauffeurs des Lieferwagens zu vergleichen.

Dieses Problem ist jedoch einfacher als im allgemeinen behauptet wird. Man kann unterscheiden:

Il y a discriminations cachées:

- Lorsque les entreprises occupent exclusivement des hommes ou des femmes à certaines activités, qui sont classées différemment dans l'échelle de rémunération (féminisation ou masculinisation d'ateliers, d'activités ou de professions).
- Lorsque certains critères d'évaluation du travail (tel que la force musculaire) sont surévalués ou sous-évalués, parce qu'ils se retrouvent plus couramment chez les hommes ou chez les femmes (travaux lourds et travaux légers par exemple).

Au moment où l'on tend par tous les moyens, notamment par les négociations collectives, à réaliser l'égalité des salaires, les employeurs entreprennent de transformer les discriminations apparentes en discriminations cachées, afin d'être à l'abri de toute action judiciaire. C'est un processus qu'il faut éviter à tout prix, car il sera beaucoup plus long et malaisé de combattre les discriminations cachées.

Il est simple de rendre les choses compliquées...

La question la plus controversée qui suscite le scepticisme des juristes et l'opposition patronale est évidemment celle de l'égalité de valeur du travail exécuté par des hommes ou par des femmes. Le professeur Huber engage lui aussi cette controverse, en admettant que la comparaison de valeur de différents travaux ne peut se faire que pour des travaux analogues. Ainsi il serait par exemple impossible de comparer le travail exécuté par une secrétaire avec celui effectué par le chauffeur-livreur de la même entreprise.

Le problème est pourtant bien plus simple que ce qu'on prétend en général. On peut distinguer:



- identische Arbeiten: Tätigkeiten, die sich weder in ihrer Art noch in ihrem Ablauf oder im Arbeitsplatz unterscheiden (z.B. gleiche Buchhaltungsarbeiten);
- entsprechende Arbeiten: Tätigkeiten, die - im Gesamten gesehen - keine wesentlichen Unterschiede in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Ausbildung, Erfahrung und Leistung aufweisen (z.B. verschiedene Abrechnungsstellen bei einer Grossbank);
- zwar unterschiedliche, aber ihrer Natur nach gleiche Tätigkeiten: Arbeiten, wofür die subjektiven und die objektiven Anforderungen in Bezug auf die Person, die diese Arbeiten ausführt, die selben sind (z.B. Sekretärin und Fahrer des Lieferwagens).
- les travaux identiques: ceux qui ne présentent pas de différence dans la nature et le déroulement de l'activité, ni quant à l'aménagement de la place de travail (par ex.: travaux de comptabilité identiques);
- les travaux analogues: ceux qui vu dans leur ensemble ne présentent pas de différence notable quant aux conditions de travail, d'exigences de formation, d'expérience et d'effort (par ex.: comptes différents dans une grande banque);
- les travaux extérieurement différents, mais de même nature: peuvent être considérés comme tels de travaux où les exigences subjectives et objectives sont les mêmes à l'égard de la personne qui exécute le travail (par ex.: secrétaire et chauffeur-livreur).

Nur die letzte Kategorie stellt bei der effektiven Arbeitsplatzbewertung Probleme. Aber selbst wenn man sich auf die beiden ersten Kategorien beschränkt, muss man feststellen, dass nicht einmal hier die Lohngleichheit verwirklicht ist. Die Verhandlungen in diesen Kategorien, die einfach zu bezeichnen sind, werden unter Hinweis auf die Schwierigkeit der letzten Kategorie verschleppt, die Diskussionen stagnieren. Mit einigem guten Willen wäre es jedoch möglich, bei den einfachen Konstellationen die Lohngleichheit sofort zu verwirklichen, sich aber doch unverzüglich an die Lösung der schwierigeren Probleme zu machen.

Wir überlassen es anderen, die Kontroverse auf juristischen Gebiet weiter zu führen - auch die Beantwortung der Frage, wieso Prof. Huber weder den Debatten des Gesetzgebers oder wie hier, dem Willen des Verfassungsgebers, traut. Anstatt uns in unfruchtbare juristische Diskussionen einzulassen, sollten wir uns an die Arbeit machen und das Machbare anpacken

Seule la dernière catégorie pose le problème de l'évaluation effective du travail. Il s'agit déjà d'appliquer l'égalité des salaires pour les deux premières catégories, ce qui est loin d'être réalisé. Les négociations sur ce point facile à résoudre sont toujours déviées vers la dernière catégorie, où les discussions stagnent. La bonne volonté permettrait pourtant d'appliquer l'égalité des salaires, lorsque c'est simple et de prendre le temps de la réalisation progressive dans les autres cas.

Nous laissons à d'autres le soin d'amener la controverse plus loin sur le terrain juridique et d'expliquer pourquoi le professeur Huber n'accorde, entre autre, aucun crédit aux débats du législateur et même dans ce cas du constituant; réalisons ce qui est réalisable au lieu de nous enliser dans de stériles discussions juridiques.

## Parità salariale: Lotta quotidiana e lotta politica

di Christiane Brunner

La lotta per la parità salariale tra gli uomini e le donne è avantutto una lotta quotidiana nella vita professionale. È la lotta di tutte le lavoratrici e anche dei sindacalisti sensibili a tutti i dettagli dell'organizzazione del lavoro. Chi prepara il caffè? Chi esegue i lavori di pulizia e riorcina? Dettagli... che segnano il livello gerarchico e si concretizzano nella retribuzione.

Dalla quotidianità della fabbrica, passando per le negoziazioni collettive, la lotta per la parità salariale si sposta sulla scena politica più vasta. L'opposizione a questo principio non è per niente stato rimosso con il voto favorevole del popolo svizzero, e tutti i mezzi sono buoni per ridurre una decisione popolare a una pia speranza di incerta realizzazione.

La lotta presuppone anche l'intervento dei professionisti di questo genere di battaglie: i giuristi o i politici, o magari ambedue insieme. Al momento del voto del 14 giugno 1981 molti politici si sono fatti paladini del nuovo disposto costituzionale; dopo la votazione, abbandonarono però rapidamente la barca. Anche se la parità salariale è stata iscritta nella Costituzione, solo chi crede ai miracoli può pensare che l'eguaglianza si realizzi da sé, senza il ben che minimo sforzo.

I giuristi (e le giuriste, ovviamente) hanno già analizzato sotto vari aspetti il nuovo articolo costituzionale nelle riviste giuridiche. In tal modo, essi preparano delle armi utilissime - visto che il diritto, in quanto scienza, raggiunge spesso la politica - soprattutto

nell'ottica dell'uso che ne possono fare gli ambienti economici, decisi a tutto, pur di non lasciarsi sfuggire quella zavorra che impedisce di tradurre in pratica un principio costituzionale. Così, l'articolo di un costituzionalista competente, Hans Huber di Berna, apparso nella Rivista della Società dei giuristi bernesi nell'aprile 1982, ha rimesso in questione, mesi dopo la votazione del 14 giugno 1981, le recenti acquisizioni delle lavoratrici svizzere.

L'articolo 4 capoverso 2 CF è uno strumento per realizzare la parità salariale

Partendo dalla premessa che eguaglianza non è sinonimo di egualitarismo, il professor Huber descrive i vari aspetti dell'eguaglianza relativa degli uomini e delle donne, tenendo conto delle differenze dovute alle funzioni sociali attribuite ai due sessi. Questo autore dimostra di non capire che oggi il criterio del sesso non costituisce più quel fatto importante che giustifica di per sé le distinzioni tra uomo e donna. Egli ha però ragione di rilevare certe contraddizioni che possono manifestarsi tra il diritto, come viene enunciato ora dalla Costituzione federale, e le realtà sociali sulle quali il diritto è inoperante.

In questo senso è vero che il datore di lavoro è libero di assumere uomini o donne senza dover rispettare alcuna parità in seno alla manodopera. Secondo il diritto svizzero, il datore il lavoro può anche licenziare impunemente, per rappresaglia - pur che sia abile - una lavoratrice che abbia rivendicato la stessa retribuzione dei suoi colleghi maschi. Le ditte tendono anche a far credere che il montante del salario ha un carattere confidenziale e non deve essere divulgato: ciò non è affatto vero poiché delle direttive in tal senso sorpasserebbero i limiti imposti al datore di lavoro nell'ambito della protezione

della personalità del lavoratore. Comunque, sta il fatto che i lavoratori credono spesso erratamente di dover celare l'entità del loro salario, e questo non facilita certo i confronti.

Una discrepanza tra diritto e realtà senza dubbio, ma non se ne può di certo tirare la conclusione alla quale è portato il professor Huber, che sostiene che simili disposizioni sono controproducenti, essendo di difficile realizzazione, e in contraddizione con il principio dell'autonomia privata. Al contrario, il nuovo articolo costituzionale deve essere considerato non come una soluzione bell' e pronta ai problemi sollevati dalla parità salariale, bensì come uno strumento giuridico che bisogna ancora imparare a usare. Fino all'anno scorso le lavoratrici non potevano ricorrere a nessun mezzo giuridico per difendersi contro le discriminazioni salariali: è sicuramente meglio disporre di un mezzo imperfetto che di niente.

#### Quali sono le disparità salariali?

Il professor Huber si scandalizza per il fatto che la Costituzione federale si riferisca solo alle disparità salariali tra uomo e donna. Ovviamente sussistono ulteriori disparità di retribuzione tra gli stessi uomini o le stesse donne, e anch'esse possono essere pregiudizievoli ai diritti della personalità del lavoratore. Comunque, quando il mercato del lavoro è equilibrato, un uomo davvero mal pagato può sempre cambiare il posto, mentre le donne, ovunque vadano a offrire la loro capacità produttiva, non si vedranno mai aumentare il loro salario medio questa discriminazione, essendo generalizzata, era dunque ben più rivolta, e la donna non disponeva di nessun mezzo per modificare la sua posizione.

Riguardo alle disparità salariali, occorre distinguere tra le discriminazioni manifeste e quelle occulte: le prime si possono combattere, sulle seconde è molto difficile metter mano.

#### Le discriminazioni sono apparenti

- quando i salari minimi o effettivi sono diversi per gli uomini e le donne, per le quali esiste un tariffario separato;

- quando in un sistema di valutazione del lavoro a punti, il valore del punteggio è diverso per gli uomini e le donne;
- quando il salario è diverso per gli uomini e le donne a causa dei rispettivi oneri familiari.

#### Le discriminazioni sono occulte

- quando le ditte occupano esclusivamente uomini o donne in certe attività classificate diversamente nel tariffario (femminizzazione o mascolinizzazione delle officine o laboratori, delle attività o delle professioni);
- quando determinati criteri di valutazione del lavoro (p.es. la forza muscolare) vengono sopravvalutati o sottovalutati in virtù del fatto che si trovano più facilmente presso gli appartenenti all'uno o all'altro sesso (lavori pesanti e lavori leggeri p.es.).

Al momento in cui si cerca di realizzare con tutti i mezzi la parità salariale (così nelle negoziazioni per i contratti collettivi), i datori di lavoro si danno da fare per trasformare le discriminazioni manifeste in discriminazioni occulte pur di mettersi al riparo dalle cause giudiziarie. Tale processo deve essere prevenuto a ogni costo, perché sarà infinitamente più disagiata affrontare le discriminazioni occulte.

#### Quant'è semplice complicare le cose...

La questione più controversa, che ha suscitato lo scetticismo dei giuristi e l'opposizione padronale, è ovviamente quella della parità del valore del lavoro eseguito dagli uomini o dalle donne. Anche il professor Huber entra nel dibattito ammettendo che la comparazione del valore di vari lavori non può avvenire che in riferimento a lavori analoghi. In questo modo sarebbe insomma impossibile comparare il lavoro fornito dalla segretaria con quello prestato dall'autista-fattorino nella stessa ditta.

Ma il problema è più semplice di quanto non lo si creda in generale. Si possono distinguere:

- i lavori identici: lavori che non presentano differenze di genere, o nel modo in cui si svolgono, o rispetto alla dotazione del posto di lavoro (es.: lavori di contabilità identici);
- i lavori analoghi: attività che nel loro insieme non presentano differenze notevoli riguardo alle condizioni di lavoro, le esigenze di formazione, esperienza e sforzo (es.: posti contabili diversi in una grande banca);
- lavoro apparentemente diversi ma dello stesso genere: si possono considerare tali i lavori per i quali le esigenze soggettive e oggettive verso la persona che li esegue sono le stesse (es.: segretaria e autista-fattorino).

Il problema della valutazione effettiva del lavoro si pone solo per l'ultima categoria. Ma già per le due prime categorie, in fatto di applicazione della parità salariale, si è lungi dall'aver raggiunto l'obiettivo. Le negoziazioni sui punti facili da risolvere vengono sempre dirottate sull'ultima categoria, dove poi si giunge al punto morto. Con un po' di buona volontà si potrebbe praticare la parità salariale nei casi semplici e realizzarla progressivamente nei settori dove pone problemi.

Rimettiamo a altri il compito di approfondire la controversia in campo giuridico e di spiegare tra l'altro, perché il professor Huber non dà alcun peso ai dibattiti del legislatore e, in questo caso, perfino alla volontà del costituente. Realizziamo quanto ci è dato di realizzare e non perdiamoci in sterili discussioni giuridiche.



#### flattersätze

ich wäre gesichtslos aber beweglich -  
sehend aus allen poren - die flüsse im meer  
die hände im berg - und einer wäre im baum,  
den möchte ich finden - ich lege aus  
fliegenden fäden ein netz und helfe mir  
sommers mit stichen der sonne - wege schmel-  
zen mit jedem atem dehnen sich felder - ich  
werde gerne - umschreibe den baum von  
blatt zu blatt damit ich ihn langsam sehe -  
ich bin du bist wir sind durchkreuzt von  
allen seiten hüpfst von stamm zu stamm  
und ich von ast zu ästchen - endlosen  
faden ziehe ich aus - ein vorbehalt ein  
fangenspiel beim anflug von festland --  
genaueres wissen macht mich unbeweglich.

\*

heut nacht kam ein vogel hat mir geronnene  
wellen gezeigt und wie man diesem boden  
naht - wasserland - ein fest für fliegen-  
de füsse - berge geben mir form - ich  
rege mich blind entgegen - rede aus allen  
seiten - du schlägst eine auf ich immer  
wieder durcheinander - zehn finger fächern  
am schnitt - hörst du den buchstabenberg  
sich drehn im schlaf lebendig erwachter  
springbrunnen wirft die wellenschrift über  
stein und eiche hinaus - ein wort und  
ein blatt fliegen zusammen.

\*

Internationaler Kongress über frauenbe-  
zogene Forschung und Lehre  
26.7.-4.8.1982 in Montreal, Kanada

Bericht von Ursula Streckeisen

An der UNO-Frauenkonferenz in Kopenhagen 1980 entstand der Gedanke, einen internationalen Kongress über Frauenstudien einzuberufen. Das Simone de Beauvoir Institut der Concordia University Montreal, dessen Lehrangebot unter anderem auch Women's Studies-Kurse enthält, ergriff daraufhin die Initiative und organisierte eine breit-angelegte internationale Tagung zum Thema "La recherche et l'enseignement relatifs aux femmes".

325 Personen (darunter einige wenige Männer) aus allen Kontinenten und aus über 70 Ländern nahmen an der Tagung teil. Der sozio-kulturelle Hintergrund der Teilnehmer/innen war also sehr unterschiedlich. Auch das Verständnis von frauenbezogener Forschung und Lehre sowie die Einschätzung der Frauen-Männer-Frage variierten stark. Die Mehrzahl der Teilnehmer/innen ist im humanwissenschaftlichen Forschungs- und/oder Lehrbetrieb oder auch in der staatlichen Verwaltung tätig. Aus der Schweiz waren neben mir selber zwei Vertreterinnen der Faculté de Psychologie et des Sciences de l'Education der Universität Genf anwesend.

Thematisch standen drei Problemkreise im Vordergrund:

- Frauenbezogene Forschung
- Frauenbezogene Lehre
- Frauenbezogene Forschung und soziale Aktion

Darüber hinaus stellten Vertreterinnen internationaler Organisationen (UNESCO, OECD) und Vertreterinnen von Forschungs- und Dokumentationszentren die frauenbezogenen Aktivitäten ihrer Organisationen dar; in regionsspezifischen Workshops wurden Kontakte geknüpft; an einem Nachmittag informierten Kanadierinnen über ver-

Colloque international sur la recherche et l'enseignement relatifs aux femmes  
26.7.-4.8.1982 à Montréal, Canada

Rapport de Ursula Streckeisen

### Résumé

L'idée d'organiser un congrès international sur les études féminines remonte à la conférence de l'ONU sur la femme à Copenhague (1980). Mis sur pied par l'Institut Simone de Beauvoir de la Concordia University de Montréal, ce congrès a réuni 325 personnes (dont quelques hommes) représentant plus de 70 pays des cinq continents. Du point de vue socioculturel et des conceptions sur la recherche et la question féminines, les congressistes composaient une assistance très hétérogène.

Cette hétérogénéité s'est manifestée dans les questions les plus diverses. Ainsi, j'ai pu constater à plusieurs reprises que les Africaines et d'autres représentantes de l'Europe occidentale et de l'Amérique du nord critiquent avant tout la science des hommes, tout en ayant des opinions divergentes sur ce que la recherche féminine est ou devrait être: Quel est le "sujet" de cette recherche; les hommes peuvent ou doivent-ils en faire et dans quelle mesure? Quel est son "objet"; les femmes seulement ou la réalité dans son ensemble (c'est-à-dire y compris les hommes)? Les adeptes de la recherche portant sur toute la réalité voient l'élément constitutif de la recherche féminine non pas dans un "objet" spécifique, mais dans une optique spécifiquement féminine.

Les travaux consacrés à la formation de la femme ont abouti à la conclusion unanime que cette formation ne doit pas servir uniquement à satisfaire les besoins de rattrapage par rapport

schiedenste Bestrebungen zur Verbesserung der Situation der Frauen in Kanada; des weitern kamen feministische Künstlerinnen und Kunstspezialistinnen zu Wort. Den Abschluss bildete eine Plenarveranstaltung, an der der Kongress evaluiert und über Perspektiven diskutiert wurde.

Am Rande der Tagung stand ein breites Angebot an Empfängen, Veranstaltungen u.ä. zur Verfügung, das der Aufnahme informeller Kontakte sehr förderlich war.

Zu den drei Hauptproblemkreisen seien im folgenden einige Bemerkungen gemacht. Sie basieren auf meinen eigenen Erfahrungen und Eindrücken. Angesichts der Vielfalt der zeitlich parallelen Veranstaltungen war es für eine Einzelperson nicht möglich, einen Gesamtüberblick über die Tagung zu entwickeln.

#### 1. Frauenbezogene Forschung

In den Gesprächen und Veranstaltungen, an denen ich teilnahm, wurden häufig die bisherige Entwicklung und der aktuelle Stand frauenbezogener Forschung angesprochen, nicht aber einzelne Forschungsprojekte vorgestellt. Vertreterinnen überentwickelter Länder (Nordamerika, Westeuropa) stellten als gesellschaftspolitischen Bezugs- und Ausgangspunkt frauenbezogener Forschung stets die Neue Frauenbewegung ins Zentrum. Vertreterinnen der "Dritten Welt" dagegen, wo eine solche Bewegung kaum existiert, betonten den historisch-politischen Zusammenhang zwischen frauenbezogener Forschung und dem Internationalen Jahr der Frau (1975) sowie den Anliegen ihrer Regierungen, Frauen vermehrt in die nationale Entwicklung einzubeziehen.

Entsprechend den grossen sozio-kulturellen Unterschieden differierten auch die Äusserungen über Ansprüche an und Einschätzung von frauenbezogener Forschung. Viele afrikanische Wissenschaftlerinnen streben primär nach einer verstärkten Berücksichtigung der Frauen in wissenschaftlichen Bemühungen. Vielfach erwähnt wurden die mangelhafte Datenlage zur Stellung der Frauen in den verschiedenen Ländern und die Notwendigkeit aufwendiger Untersuchungen als

à l'homme, mais qu'il le doit avoir un caractère émancipateur et novateur, des représentantes du tiers monde soulignant de plus la nécessité pour leurs pays de conserver leur patrimoine culturel en dépit des influences occidentales. Selon des participantes d'Amérique du nord et d'Europe occidentale, qui enseignent elles-mêmes des femmes, beaucoup de femmes ont beaucoup de peine à passer du plan personnel au plan scientifico-intersubjectif. L'une des raisons en est que le savoir "en soi" est pour elles un savoir patriarcal, une chose étrangère, une affaire d'hommes. Les méthodes pédagogiques permettant d'éviter le même phénomène à l'égard des connaissances importantes pour la femme n'existent encore qu'à l'état embryonnaire.

La nécessité de continuer à développer la recherche et la doctrine concernant la femme n'a été mise en doute par personne. Le modèle américain de "women's studies" ne saurait cependant être appliqué tel quel dans d'autres pays. Il faut tenir compte de la particularité des systèmes d'enseignement et de recherche et des conditions sociopolitiques.

Par rapport à des pays comparables, la Suisse se trouve nettement en retard dans le domaine des "women's studies". Des efforts ont cependant été entrepris pour améliorer la situation. C'est à cela que servira notamment la quatrième conférence nationale sur les femmes et la science, qui aura lieu les 27 et 28 novembre à Berne. Et la Commission fédérale pour les questions féminines a souligné plus d'une fois la nécessité de renforcer l'encouragement à la recherche féminine.

Grundlage für politische Massnahmen, welche die Partizipation der Frauen an der Gestaltung der Gesellschaft fördern. Teilweise wird nach neuen wissenschaftlichen Instrumenten gesucht, die unmittelbar auf die "Dritte Welt" zugeschnitten und nicht der Wissenschaft der "Ersten Welt" entliehen sind. Desweiteren zeigen Afrikanerinnen eine gewisse Skepsis gegenüber der Erforschung der "Dritten" durch Angehörige der "Ersten Welt". Aehnliches vertraten asiatische und z.T. südamerikanische Wissenschaftlerinnen.

Die wenigen Teilnehmerinnen aus osteuropäischen sozialistischen Ländern machten auffällig oft kontroverse Aussagen, sowohl in Bezug auf die Stellung der Frauen in Osteuropa als auch in Bezug auf die dortige frauenbezogene Forschung. Der eher positiven stand eine eher negative Gesamteinschätzung gegenüber.

Auch Westeuropäerinnen und Nordamerikanerinnen machten - wie die Vertreterinnen der "Dritten Welt" - immer wieder die Forderung geltend, dass Frauen in Forschungsvorhaben mehr Berücksichtigung finden. Darüber hinaus jedoch standen wissenschaftstheoretische und methodologische Probleme an zentraler Stelle. Die unterschiedlichen Positionen zeigten sich deutlich in der Diskussion der Frage, was frauenbezogene Forschung überhaupt ist bzw. sein sollte. Auf der einen Seite wurde nach den Eigenschaften des 'Subjekts' dieses Forschungsprozesses und insbesondere danach gefragt, ob und inwieweit auch Männer frauenbezogene Forschung betreiben können bzw. sollen. Auf der anderen Seite ging es um das 'Objekt' der Forschung; es stellte sich die Frage, ob nur Frauen oder ob die Realität in ihrer Gesamtheit (also auch Männer) Gegenstand frauenbezogener Forschung sein sollen. Diejenigen, welche für die letzte Möglichkeit plädierten, sehen das konstitutive Merkmal frauenbezogener Forschung nicht in einem spezifischen 'Objekt', sondern in einem spezifischen Blickwinkel, von dem aus geforscht wird ("Frauenperspektive", "feministischer Blick"). - Ueber Differenzen hinweg wurde wiederholt hervorgehoben, dass frauenbezogene Forschung neue Theorien und teilweise neue forschungspraktische Methoden schaffen muss, wie sie v.a. in den Sozialwissenschaften in Ansätzen bereits entwickelt werden. Die

Congresso internazionale sull'insegnamento e la ricerca relativi alle donne  
26.7.-4.8.1982 a Montreal, Canada

di Ursula Streckeisen

### Sommario

L'idea di riunire un congresso internazionale che si occupasse delle ricerche sulla donna è da ricondursi alla Conferenza mondiale sulla donna organizzata dall'ONU a Copenhagen nel 1980. La realizzazione fu opera dell'Istituto Simone de Beauvoir dell'Università Concordia di Montreal. Al convegno parteciparono 325 persone (fra le quali si notava qualche raro uomo) di tutti i continenti, in rappresentanza di 70 nazioni. La composizione delle/dei partecipanti era estremamente eterogenea, sia per la loro estrazione socio-culturale che per la loro concezione della ricerca e dell'insegnamento e la loro valutazione della "questione femminile".

Tale eterogeneità risaltava nella discussione dei problemi più disparati. Così, parlando di ricerca, dovetti constatare più volte che le Africane e altre rappresentanti del Terzo mondo contestano in genere la scienza del Primo mondo, mentre, a loro volta, le Europee e Nordamericane criticano soprattutto la scienza degli uomini. Ma anche tra queste rappresentanti del Primo mondo regna tutt'altro che un consenso su ciò che è da ritenersi ricerca nell'ottica della donna. Da un lato sorge la questione relativa al 'soggetto' del processo di ricerca: la domanda è se oggetto della ricerca debbano essere solo le donne oppure la realtà nel suo insieme (e comprendente anche gli uomini). Chi propende per quest'ultima interpretazione ritiene che la caratteristica qualificante delle ricerche sulla donna non si riduca a un 'oggetto' specifico, ma costituisca un'ottica specifica: la "prospettiva delle donne" o la "visione femminista" della realtà.

Nelle riunioni dove veniva dibattuto l'argomento di un'educazione e formazione centrate sulla donna si era concordi nel sostenere l'esigenza che l'educazione e la formazione delle don-

Skepsis, welche Afrikanerinnen gegenüber der Wissenschaft der "Ersten Welt" anmeldeten, wurde von Frauen der "Ersten Welt" der Wissenschaft der Männer gegenüber formuliert. In diesem Zusammenhang tauchte immer wieder die These auf, dass frauenbezogene Forschung (in der "Ersten Welt") einen grundlegenden Umschwung in der Wissenschaft einzuleiten begonnen habe.

## 2. Frauenbezogene Lehre

Dass das Bildungs- und Ausbildungsdefizit einen wesentlichen Bestimmungsfaktor für die Benachteiligung der Frauen darstellt, wurde in allen Gesprächen und Veranstaltungen, an denen ich teilnahm, betont. Uebereinstimmend wurde der Anspruch formuliert, dass Bildung und Ausbildung von Frauen nicht mit dem Aufholen eines Defizites gleichzusetzen ist, sondern emanzipatorischen und innovatorischen Charakter haben soll, sowohl bezüglich Lehr- und Lernformen als auch bezüglich Lerninhalten und Auswirkungen des Lernens. Frauen der "Ersten Welt" kritisierten in diesem Zusammenhang das ausschliessliche Streben nach bürgerlichen Idealen formaler Gleichheit, wie es sich niederschlägt in der isolierten Forderung nach Oeffnung aller Ausbildungsgänge und Berufe für Frauen, und wiesen darauf hin, dass die Neue Frauenbewegung mit ihren Anliegen z.T. bereits über diese Ideale hinausgegangen sei (Demokratisierung der Ausbildungsstätten etc.). Frauen der "Dritten Welt" sprachen des öfters das Problem an, in Bildungsprozessen trotz okzidentaler Einflüsse das eigene kulturelle Erbe zu bewahren.

Angesichts des kritischen Bildungs- und Ausbildungsverständnisses der Teilnehmerinnen erstaunt es nicht, dass a) Erwachsenenbildung und b) informelle Lernprozesse in den Diskussionen mindestens soviel Gewicht hatten wie formelle Erstausbildung. Aus Costa Rica wurde beispielsweise ein Aktionsprogramm vorgestellt, das sich an Frauen in ländlichen Gebieten richtet und zum Ziel hat, deren sozio-ökonomische, kulturelle und familiäre Situation zu verbessern. Eine Vertreterin aus Mali schilderte Erfahrungen mit Alphabetisierungskampagnen, die sich an Frauen richten. Solche und vergleichbare informelle Erwachsenenbildung

ne debbano andare ben oltre la semplice compensazione di un deficit e avere un carattere emancipatorio e innovativo. Le donne del Terzo mondo sottolineavano inoltre la necessità di mantenere il proprio patrimonio culturale difendolo dalle influenze occidentali. Le partecipanti nordamericane e le Europee occidentali (loro stesse docenti di classi composte da donne), parlando della loro esperienza, sostenevano che per molte donne in formazione il passo dalla sfera personale alla sfera scientifica intersoggettiva si presenta irto di difficoltà; le riflessioni auto-centrate, incluse nei corsi e seminari, tendono a volte a diventare uno scopo a sé. Uno dei motivi è che le donne equiparando il sapere come valore in sé con il sapere patriarcale, vivendolo poi come un fatto estraneo, una "roba da uomini". I metodi pedagogici atti a prevenire la perpetuazione di tale distanziamento anche di fronte a conoscenze per loro rilevanti si stanno attualmente solo abbozzando.

Nessuno mette in dubbio la necessità di un'ulteriore sviluppo dell'insegnamento e delle ricerche sulle donne o condotte da donne. Ma c'è chi mette in guardia contro una semplice trasposizione del modello statunitense degli "Women's Studies" in altri paesi. Occorre in ogni caso tener conto delle strutture specifiche del sistema educativo e di ricerca e delle particolari condizioni sociali delle nazioni in questione.

Nel confronto internazionale, la Svizzera si trova indubbiamente in ritardo, rispetto ai paesi comparabili nel campo degli studi sulle donne. Ci si sta però sforzando di colmare le lacune. In tal senso si terrà a Berna il 27/28 novembre il 4° Convegno nazionale "Donne e scienza"; la Commissione federale per i problemi della donna ha, dal canto suo, sottolineato a più riprese la necessità di promuovere maggiormente questo tipo di ricerca in Svizzera.



für Frauen bedarf besonderer Methoden, die den Bedürfnissen und der Situation der Adressatinnen Rechnung tragen.

Women's Studies im Sinne formeller Lernangebote für Frauen existieren bisher vor allem in Ländern der "Ersten Welt" (v.a. im angelsächsischen Raum). Während viele USA-Amerikanerinnen mit Stolz auf die hohe Zahl der Women's Studies-Kurse in ihrem Land hinweisen, wurde diese Einrichtung von anderer Seite als weibliches Ghetto und als (unbeabsichtigter) Versuch der Neuen Frauenbewegung gewertet, sich der Gesellschaft gegenüber versöhnlicher zu zeigen. Abgesehen von solchen bildungspolitisch-strategischen Fragen liegt ein besonderes Problem der Women's Studies und ähnlicher Lernangebote im Verhältnis von persönlicher Selbstreflexion und Wissenserarbeitung der Frauen. Entsprechend dem emanzipatorischen Bildungsanspruch wird in Lernprozessen die persönliche Lebensgeschichte und -erfahrung der Frauen nicht ausgeklammert, sondern einbezogen und offen thematisiert. Teilnehmerinnen der Tagung, die Frauen unterrichten, berichteten von ihrer Erfahrung, dass der Schritt von der persönlichen auf die wissenschaftlich-inter-subjektive Ebene vielen lernenden Frauen schwerfällt und Selbstreflexion manchmal dazu tendiert, Selbstzweck zu werden. Die Gründe für diese Distanz der Frauen gegenüber Wissen und Wissenschaft sind vielfältig. Erwähnt wurde unter anderem, dass Frauen aufgrund ihrer Erfahrungen Wissen 'an sich' mit patriarchalem Wissen gleichsetzen und es als etwas Fremdes, als "Männersache" erleben. Pädagogische Methoden, die es verhindern, dass diese Distanz auch frauenrelevantem Wissen gegenüber aufrechterhalten bleibt, sind erst in Ansätzen entwickelt.

### 3. Frauenbezogene Forschung und soziale Aktion

Die Diskussion der Frage des Verhältnisses zwischen frauenbezogener Forschung und sozialer Aktion ging von einem instrumentellen Forschungsverständnis aus: Forschung soll unmittelbar und direkt zur Verbesserung der Lage der Frauen beitragen. Als Träger/in frauenemanzipatorischer sozialer Aktion wurden in den

Gesprächen und Veranstaltungen entweder mächtige Organisationen (politische Instanzen, Unternehmungen etc.) oder die soziale 'Basis' (Frauenbewegung, einzelne Frauen) betrachtet.

Forscherinnen, die sich mit ihrer Arbeit in erster Linie an Politiker/innen wenden, problematisierten häufig den Prozess der praktischen Umsetzung von Massnahmen, die aufgrund von Forschungsergebnissen vorgeschlagen werden. Allgemein betont wurden die Notwendigkeit des permanenten - auch informellen - Kontaktes und Informationsaustausches zwischen forschenden Personen und Vertretern/innen politischer Instanzen und die Wichtigkeit der genauen Planung der Diffusion von Resultaten. Verschiedene Wissenschaftlerinnen versuchten, Faktoren im politischen System ihrer Länder zu identifizieren, welche die Umsetzungsprozesse erschweren. Dabei wurde auf die personelle und finanzielle Unterdotierung und die Marginalisierung politischer Gremien hingewiesen, die sich mit 'Frauenfragen' beschäftigen. Eine Vertreterin aus Barbados sah ein Hauptproblem der Umsetzung in den unterschiedlichen Sichtweisen von Forschungspersonen und Politikern/innen. Daran anknüpfend berichteten USA-Amerikanerinnen aus Massachusetts von ihrer Strategie, an die Interessen von Organisationen (z.B. Produktivitätserhöhung einer Unternehmung) zu appellieren, um Untersuchungen durchführen und praktische Resultate erreichen zu können.

Solchen Strategien standen andere gegenüber, welche die soziale Aktion an der gesellschaftlichen Basis in den Vordergrund stellen. Dieses Anliegen hat für die meisten Vertreterinnen dieser Richtung unmittelbare Implikationen für den Forschungsprozess selber: In der basisorientierten Forschung verwischen sich die Grenzen zwischen forschenden und untersuchten Frauen; Wissenserarbeitung und soziale Aktion gehen ineinander über; nicht die Perspektive politischer Instanzen, sondern die 'Frauenperspektive' bestimmt Inhalt und Form des ganzen Prozesses von Forschung und Praxis. Prototyp dieser Richtung ist z.B. ein Frauenforschungszentrum in Vancouver. Mit einer bestimmten

Fragestellung gelangen Frauengruppen jeweils an dieses Zentrum. Die interessierte Frauengruppe plant gemeinsam mit den Forscherinnen des Zentrums ein Projekt und bezieht in diese Vorbereitungsphase gegebenenfalls auch Frauen ein, die untersucht werden sollen. Die Durchführung der Forschungsarbeit geschieht ebenfalls gemeinsam, sie ist für alle Beteiligten ein Lernprozess und verknüpft sich mit politisch-feministischer Tätigkeit im weitesten Sinne.

So sehr sich das Praxisverständnis von traditioneller und basisbezogener Forschung unterscheidet, so sehr betonten Vertreterinnen der ersten Richtung, v.a. USA-Amerikanerinnen, dass die beiden Ansätze einander gut ergänzen und bereichern. Vertreterinnen der zweiten Richtung dagegen zeigten sich weniger konzilient. Sie traten grundsätzlich für die Aufhebung der Trennung von Forschung und sozialer Aktion ein, wie sie sie in ihrer Arbeit zu realisieren versuchen.

#### 4. Ausblick

Dass die Weiterentwicklung frauenbezogener Forschung und Lehre notwendig und wünschbar ist, bezweifelt niemand. Allerdings wurde davor gewarnt, das Modell, das sich in den USA entwickelt hat, einfach auf andere Länder zu übertragen. Nicht nur die je besonderen Strukturen des Bildungs- und Forschungssystems, auch die allgemein gesellschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern müssen Berücksichtigung finden.

Neben dem Ausbau frauenbezogener Forschung und Lehre ist aber auch der Bewahrung des Erreichten Aufmerksamkeit zu schenken (in Kalifornien z.B. sind die Women's Studies deutlichen politischen Angriffen ausgesetzt). Besonders in Zeiten ökonomischer Krisenerscheinungen besteht die Gefahr, dass feministische Anliegen noch zweitrangiger werden als sie es schon sind. Die Ausübung gesellschaftlichen Drucks durch die Frauen selber wird solchen Gefahren am ehesten entgegen treten können.

Zum Schluss sei die Frage gewagt, was es denn in der Schweiz an frauenbezogener Forschung und Lehre zu bewahren gibt: äusserst wenig. Gemessen an der Situation in vergleichbaren Ländern befindet sich

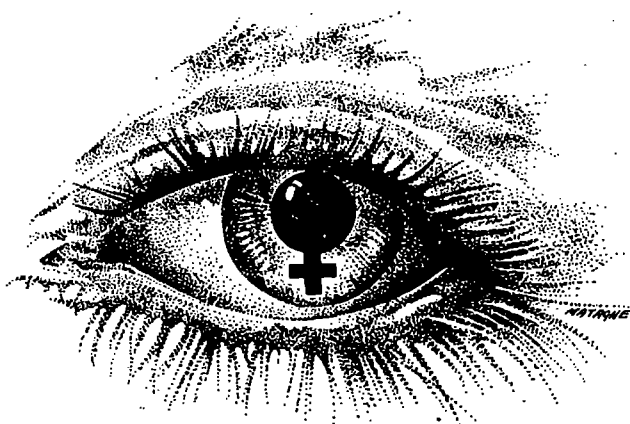
die Schweiz eindeutig im Hintertreffen. Da seit über einem Jahr ein Gleichberechtigungsartikel in der Verfassung steht, ist aber Frauenforschung auch in der Schweiz unverzichtbar geworden. Massnahmen zur Verbesserung der Stellung der Frauen setzen voraus, dass Informationen über die Ungleichstellung der Geschlechter und über die Bedürfnisse der Frauen systematisch erarbeitet werden. Aber auch zur Evaluation ergriffener Massnahmen und zur Ueberprüfung der Frage, ob die Realität mit Verfassung und Gesetz übereinstimmt, wird Forschung immer wichtiger. Die Forderung der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen nach vermehrter Förderung frauenbezogener Forschung trifft daher einen zentralen Punkt der aktuellen frauenpolitischen Problematik. Einen ersten Schritt in diese Richtung bildet die am 27./28. November 1982 zum 3. Mal stattfindende nationale Arbeitstagung "Frauen und Wissenschaft" in Bern. Programm und Anmeldeformular sind über Tel. 031/61.92.79 zu bestellen.

(Unterlagen zum Kongress können bei der Dokumentationsstelle für Frauenfragen eingesehen werden)..

### **Stärke weiblicher Schwächen**

oder

### **Schwäche weiblicher Stärken ?**



## Chronik der laufenden Ereignisse

März bis August 1982

von Elisabeth Kästli

### Petition für die Liberalisierung der Abtreibung

(3.3.) Aus Protest gegen die Verschleppung einer fortschrittlicheren Lösung in der Abtreibungsfrage hat eine nationale Arbeitsgruppe bei der Bundeskanzlei in Bern eine Petition für eine sofortige Liberalisierung der Abtreibung eingereicht. Das von 4'240 Personen unterzeichnete "Manifest für das Recht auf Abtreibung" verlangt die ersatzlose Streichung der Art. 118, 119 und 120 des Strafgesetzbuches, d.h. die Legalisierung der Abtreibung. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Vertreterinnen verschiedener Frauenorganisationen und Linksparteien zusammen.

### Internationaler Tag der Frau

(7.3.) Aus Anlass des Internationalen Frauentages (8. März) haben in Freiburg und Lausanne Hunderte von Frauen demonstriert. Hauptthemen waren in diesem Jahr der Protest gegen die Gewaltausübung von Männern gegenüber Frauen, gegen einen Einbezug der Frau in die Gesamtverteidigung, die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit und nach straflosem Schwangerschaftsabbruch. Die radikaleren Feministinnen, die gegen eine Beteiligung von Männern an der Demonstration waren, versammelten sich in Freiburg. In Lausanne marschierten einige Männer mit.

### Bundesgericht: kein Beistand

(13.3.) Für das Kind einer unverheirateten Mutter ist auch laut neuem Eherecht kein Beistand zu ernennen, wenn es vom Vater anerkannt ist. Dies hat das Bundesgericht in einem Fall aus dem Kanton Neuenburg entschieden. Dieses Grundsatzurteil zwingt einige Kantone zu einer Aenderung der bisherigen Praxis.

### Altersunterschied und Scheidung

(17.3.) Am seltensten werden Ehen geschieden, wenn der Mann fünf bis zehn Jahre älter ist als die Frau. Zu diesem Ergebnis kommt das Bundesamt für Statistik bei der Auswertung der Volkszählung 1980. Danach sollen Ehen, bei denen der Mann mehr als zehn Jahre älter ist, häufiger geschieden werden. Noch höher sei die Scheidungsrate, wenn der Mann jünger ist als die Frau. Soziologen erklären dieses Phänomen u.a. mit der früheren emotionalen Reife von Frauen und mit der ökonomischen Sicherheit, die etwas ältere Männer eher bieten können. - Geldschwierigkeiten sind bei Scheidungen immer noch der am häufigsten genannte Grund.

### Frauenstimmrechtszwang im Bündnerland?

(22.3.) Im Kanton Graubünden haben immer noch 22 Gemeinden das Frauenstimm- und Wahlrecht nicht eingeführt. Die Kantonsregierung will nun dieses über eine Aenderung der Kantonsverfassung und des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte erzwingen. Im heutigen Gesetz sind ausschliesslich die Gemeinden für das Wahl- und Stimmrecht auf Gemeindeebene zuständig.

### Wird Zürcher "Husi"-Obligatorium abgeschafft?

(26.3.) Die Ungleichbehandlung von Mädchen und Knaben während der Schulzeit soll im Kanton Zürich aufgehoben werden. Die Erziehungsdirektion hat ein Konzept in die Vernehmlassung geschickt, wonach Mädchen und Knaben ab der 1. Primarklasse im Fach "Handarbeit" unterrichtet werden sollen, welches sowohl Elemente des Mädchenhandarbeitens wie des Knabenwerkens enthalten wird. In der Oberstufe soll neu Haushaltskunde für beide Geschlechter eingeführt werden. Das Obligatorium für die hauswirtschaftliche Fortbildung der Mädchen würde fallengelassen. Im besten Falle kommen diese Aenderungen allerdings

1985 zur Volksabstimmung - und bis da soll der Hauswirtschaftskurs für Mädchen obligatorisch bleiben!

#### Kein Stimmrecht für Appenzellerinnen

(25.4.) Die Frauen von Appenzell-Inner- rhoden haben weiterhin kein Stimmrecht auf kantonaler und kommunaler Ebene. Mit einer Mehrheit von zwei Dritteln haben ihre Männer die Verfassungsänderung zur Einführung des Frauenstimmrechts an der Landsgemeinde in Appenzell verworfen. Der Entscheid von 1973 wurde damit deutlich bestätigt.

#### Mutterschaftsbeihilfe in Zug

(27.5.) Als erster Kanton wird Zug auf Anfang 1983 Mutterschaftsbeiträge ausrichten. Die vom Kantonsrat beschlossene Beihilfe wird in der Regel während sechs Monaten nach einer Niederkunft bezahlt und soll normalerweise höchstens Fr. 1'200 pro Monat betragen. Anspruchsberechtigt sind Familien mit Jahreseinkommen unter Fr. 14'000. Diese Sozialhilfe ist als Versuch auf fünf Jahre gedacht und soll zur Linderung von Härtefällen dienen.

#### Katholischer Frauenbund mit neuer Präsidentin

(12.5.) Margrit Camenzind-Wüest, Frauenfeld, ist als Nachfolgerin von Anne-Marie Höchli-Zen Ruffinen, Baden, zur neuen Zentralpräsidentin des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes gewählt worden. An der Delegiertenversammlung in Einsiedeln konnte der 250'000 Mitglieder zählende Verband gleichzeitig sein 70jähriges Bestehen feiern.

#### Petition für Stipendien

(17.5.) In Genf haben verschiedene Frauengruppen eine Petition lanciert, mit der sie die Aufhebung der Altersgrenze für den Bezug von Stipendien bezwecken. Die Altersgrenze von 25 Jahren für Berufsschulen und 30 für die Universität benachteiligt insbesondere Frauen, die wieder in den Beruf einsteigen wollen.

#### Beiträge für St. Galler Frauenhaus

(9.6.) Der Gemeinderat der Stadt St. Gallen hat für das Frauenhaus für die Jahre 1982 und 1983 einen jährlichen Betriebsbeitrag von Fr. 35'000 bewilligt. Ab 1984 soll die Beitragsleistung neu geregelt werden. Im Mai hatte das Kantonsparlament der Frauenhausstiftung einen Startbeitrag von Fr. 50'000 gewährt.

#### Beschwerde gegen "Husi"-Regelung

(9.6.) Gegen die Regelung für den Hauswirtschaftskurs im Kanton Bern haben die Organisation für die Sache der Frau (Ofra), Sektion Biel und Bern, sowie vier Einzelpersonen beim Bundesgericht staatsrechtliche Beschwerde eingereicht. Sie wehren sich dagegen, dass der bisher obligatorische Kurs zwar vom Grossen Rat (Kantonsparlament) als fakultativ erklärt wurde, gleichzeitig aber die Gemeinden befugt sind, diesen wieder obligatorisch zu erklären.

#### Lohngleichheit nicht verwirklicht

(11.6.) Ein Jahr nach der Annahme des Verfassungsartikels über gleiche Rechte für Mann und Frau ist der Grundsatz "gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" bei weitem nicht überall verwirklicht. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) konnte an einer Pressekonferenz zu diesem Thema nur von mässigen Erfolgen berichten. Wirtschaftliche Schwierigkeiten würden von Arbeitgeberseite immer wieder als Hindernis für die zügige Verwirklichung der Lohngleichheit genannt, hiess es. Besonders schlimm sei die Situation im Textilsektor, wo zum Teil Lohndifferenzen von 30-40% bestünden.

#### Schweizerbürgerrecht für Kinder ausländischer Väter

(15.6.) Der Ständerat befürwortet eine Neuregelung des Bürgerrechts, wonach künftig Kinder von Schweizer Müttern und ausländischen Vätern das Schweizer Bürgerrecht erhalten können, auch wenn sie nicht in der Schweiz geboren wurden. Ausserdem sollen ausländische Ehepartner, ob männlich oder weiblich, mit einem erleichterten Verfahren eingebürgert werden. (Heute werden Frauen automatisch, Männer

dagegen mit dem normalen Verfahren eingebürgert.) Die Verfassungsvorlage muss noch vom Nationalrat behandelt werden.

#### Neue SGF-Zentralpräsidentin

(15.6.) Liselotte Anker-Weber ist zur neuen Zentralpräsidentin des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins (SGF) gewählt worden. Die Wahl erfolgte anlässlich der Delegiertenversammlung in Herzogenbuchsee.

#### Krankenkassen müssen bezahlen

(21.6.) Jeder Schwangerschaftsabbruch, der durch zwei Aerzte als legal anerkannt wurde, muss von den Krankenkassen bezahlt werden. Mit dieser Entscheidung hebt das Eidgenössische Versicherungsgericht ein letztjähriges Urteil auf, wonach die Kassen befugt sein sollten, nachträglich die Legalität des Abbruchs zu verneinen und den Eingriff nicht zu bezahlen.

#### 50 Jahre Saffa

(11.6.) Die Bürgschaftsgenossenschaft Saffa, die als Selbsthilfswerk Frauen in ihrem beruflich-wirtschaftlichen Fortkommen fördert, hat in Bern ihr 50jähriges Bestehen gefeiert. Während die Saffa früher vor allem Unternehmerinnen mit Atelier oder Kleinhandelsgeschäften Kredithilfe vermittelte, gilt heute ihre Unterstützung vermehrt Inhaberinnen von Dienstleistungsbetrieben, sowie Frauen, die sich weiterbilden oder umschulen wollen.

#### Walliserin im Berliner Philharmoniker-Orchester

(28.6.) Die 26jährige Walliser Violonistin Madeleine Carruzzo zieht als erste Frau ins Orchester der Berliner Philharmoniker ein. Bisher waren Frauen nur als Ersatz oder Teilzeitbeschäftigte für das renommierte Orchester engagiert worden.

#### Neue VPOD-Präsidentin

(28.6.) Die 35jährige Genfer Anwältin Christiane Brunner ist von der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes Öffentlicher Dienste (VPOD) in Basel zur neuen Verbandspräsidentin gewählt worden. Sie löst Ria Schärer in diesem Amt ab. Die Delegierten verabschiedeten ausserdem ein Zehn-Punkte-Programm, bei dem die Forderung nach der 40-Stunden-Woche im Vordergrund steht.

#### Bald SBB-Kondukteusen

(1.7.) Versuchsweise sollen bei der SBB künftig auch Frauen für den Kondukteurberuf zugelassen werden. Voraussichtlich im Frühjahr 1983 werden die ersten Frauen ihre 18-bis 24monatige Lehrzeit bei der SBB antreten.

#### Krankenschwestern gehen vor Gericht

(7.7.) Sechs Krankenschwestern der Zürcher Stadtspitäler haben beim kantonalen Verwaltungsgericht Klage eingereicht wegen Nicht-Einhaltung des verfassungsmässig garantierten Grundsatzes "gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit". Eine diplomierte Krankenschwester verdient beispielsweise im Jahr Fr. 300.- weniger als ein ungelernter Verkehrsbeamter bei der Stadtpolizei. Bei dieser Klage handelt es sich um die erste Lohngleichheitsklage seit Annahme des neuen Verfassungsartikels.

#### Alte Frauen am stärksten benachteiligt

(30.7.) Frauen sind im Alter die am stärksten benachteiligte Gruppe der Gesellschaft. Zu dieser Feststellung kamen Experten an der Konferenz der Vereinten Nationen über Probleme des Alterns. Frauen werden im Durchschnitt fünf bis zehn Jahre älter als Männer. Sie sind im Alter viel stärker als Männer von wirtschaftlicher und sozialer Diskriminierung betroffen.

### Familienzulagen auch für Frauen

(19.8.) Der Anspruch auf Familienzulagen fällt künftig bei den städtischen Arbeitnehmer(inne)n in der Stadt Bern nicht mehr automatisch dem Ehemann zu. Aufgrund des Gleichheitsartikels hat der Gemeinderat die Sozialzulage-Verordnung revidiert. Familienzulagen erhält nun derjenige Ehepartner, der zum überwiegenden Teil für die Familie aufkommt. Sofern beide eine Teilzeitstelle bekleiden; können sie ihren Anspruch anteilmässig geltend machen.

### Freispruch im Bieler "Husi"-Prozess

(21.8.) Vier junge Frauen, die in Biel den obligatorischen Hauswirtschaftskurs boykottiert hatten, sind vor Gericht freigesprochen worden. In einem ersten Prozess vor zwei Jahren waren die Frauen zu Bussen verurteilt worden. Der Einzelrichter hielt nun den Frauen zugute, dass das kantonale Gesetz inzwischen in ihrem Sinn (Freiwilligkeit anstatt Obligatorium) geändert wurde.



### KORRIGENDA:

In F-Frauenfragen 1/82 steht geschrieben, dass Hedi Lang zur Nationalratspräsidentin gewählt wurde, dies genau zehn Jahre nach dem Einzug der ersten Frauen ins Eidg. Parlament. - Das stimmt natürlich nicht, denn Elisabeth Blunschy (cvp, Schwyz) präsierte bereits 1977 während eines halben Jahres den Nationalrat.

als die steinschrift von der zusammenhängenden abgelöst wurde rutschten wir eine klasse höher - tanzend trat in der pause aus allen seiten die klassenlose körperschrift - ich einer du eine und andere zweieilig zwischenzeilen zu wort weiss was ein wellenwurf nur nicht wohin - ein auge für form ein auge für uniform - machen das ufer weit und die wellen gut zum druck - flattersatz - ein netz zu fangen eher das wasser als fisch noch vogel - linkisch gelingt beim haar ein gleitendes stehen mit dir mit mir millefeuilles - der lehrer schüttelt das haar mir fallen die sterne ein augenmeer - ein stamm dazwischen fächer das licht - ich farbenkreis - vergessen das bild der brennpunkt erloschen zerbrochen der scheidel war eine notbrücke zwischen den inseln jetzt gehen wir ausser rand völlig den wellen entlang

\*

Übersicht über frauenrelevante Vorstösse  
in den kantonalen Parlamenten

BERN

In seiner Sitzung vom 31. März 1982 bestellt der Regierungsrat (E) die Kommission zur Ueberprüfung der kantonalen Gesetzgebung hinsichtlich gleicher Rechte für Frau und Mann. Die Kommission besteht aus 19 Mitgliedern, 14 Frauen und 5 Männer, und wird von Grossrätin Marie Boehlen präsiert.

BASELSTADT

Am 20. April 1982 beantwortet der Regierungsrat (E) eine schriftliche Anfrage von Landrätin Fankhauser, die gefragt hatte, ob nach der Schliessung eines Produktionsbetriebes der Hanro noch genug Lehrstellen für Damen- und Konfektionsschneiderinnen zur Verfügung stehen und ob der Kanton nicht mit einem zweiten Lehratelier die Situation auf dem Lehrstellenmarkt verbessern sollte. Der Regierungsrat beurteilt das vorhandene Angebot (trotz Verlust von 20 Lehrstellen) als genügend, da er insbesondere die Nachfrage nach Damenschneiderinnen in Zukunft als rückläufig einschätzt und ausserdem in den umliegenden Kantonen noch genügend Lehrateliers zu Verfügung stehen würden.

In ihrer am 7. Juni 1982 eingereichten Motion verlangt Landrätin Fankhauser von der Regierung, einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten für die Ausrichtung von Erwerbsersatzleistungen an Elternteile, die ein Kleinkind betreuen (nach Schaffhauser-Modell). Die Bezugsberechtigung soll sich nach dem Einkommen richten und auch Wohnkosten berücksichtigen, zur Finanzierung soll ein Spezialfond geschaffen werden.

(L) = Legislative, (E) = Exekutive

Liste d'interventions parlementaires  
cantonales sur les questions féminines

GENÈVE

Dans sa question écrite du 18 mars 1982, Mme Calmy-Rey demande au Conseil d'Etat (E) pourquoi la campagne de recrutement des agentes et agents de police laissait apparaître des différences de traitement entre personnel féminin et masculin quant au contenu du travail, aux horaires, aux possibilités d'avancement, aux salaires et indemnités versés. Le Conseil d'Etat répond le 19 mai 1982 que les différences de traitement sont dues au fait que les agentes ne sont pas intégrées dans les services de nuit et/ou ne sont pas armées. Leur fonction n'est pas identique à celle des hommes.

Dans sa réponse à une interpellation sur l'application de la loi sur les naturalisations le Conseil d'Etat constate que, lors de la procédure de naturalisation, les femmes mariées se trouvent maintenant placées sur un pied d'égalité totale avec leurs maris.

Le 3 juin 1982 une motion a été déposée au Grand Conseil (L) qui demande que, lors de la naturalisation d'un couple, les deux époux soient convoqués pour la prestation de serment.

Dans son rapport sur une motion concernant la compétence de délivrer l'avis conforme pour une interruption de grossesse, le Conseil d'Etat arrive à la conclusion que le nombre de médecins autorisés à délivrer cet avis devrait être élargi. Le Conseil d'Etat veut doubler le nombre de spécialistes en médecine interne, augmenter l'effectif de certains autres spécialistes et créer une catégorie de médecins en médecine générale qui seraient également autorisés à délivrer l'avis conforme.

Mme Calmy-Rey demande au Conseil d'Etat, dans une question écrite, si l'appellation de "Mademoiselle" ne devrait pas être supprimée dans les registres électoraux, le Grand Conseil ayant décidé en 1980 d'utiliser le terme de "Madame" dans toutes ses communications s'adressant à des personnes de sexe féminin.

D'après la réponse du Conseil d'Etat du 23 juin 1982, le contrôle de l'habitant a pris toutes les dispositions nécessaires de manière à ce que l'appellation de "Mademoiselle" puisse être remplacée par "Madame" pour toute personne qui en fera expressément la demande par écrit. De plus, la date de naissance a été supprimée sur les enveloppes adressées aux électeurs et aux électrices. Par ailleurs, il sera possible à chaque femme, à partir de l'été 1983, de demander que son nom de fille soit mentionné en sus de son nom de femme mariée.

Dans leur motion du 24 juin 1982 Mme Brunner et M. Jörmann demandent au Conseil d'Etat d'étudier la possibilité de créer, à l'intérieur du corps de police, un service composé de collaboratrices et de collaborateurs spécialement formés et qualifiés pour accueillir et conseiller les femmes victimes d'agression sexuelles.

#### JURA

En juin 1982 le groupe socialiste demande dans une motion que le Gouvernement soumette au Parlement

- une modification de la Loi sur les allocations pour enfants aux salariés, permettant d'octroyer une allocation de naissance de 500 francs;
- une modification de la Loi sur les allocations familiales dans l'agriculture, permettant aux ayants droit de bénéficier des mêmes prestations que les enfants de salariés, dont les employeurs sont soumis à la loi cantonale.

L'Union syndicale jurassienne a décidé le 9 juin 1982 de lancer une initiative cantonale visant à abolir dans le Jura l'inégalité qui existe entre les cotisations des hommes et des femmes à l'assurance-maladie.

M. Stucki demande dans une question écrite, s'il existe au niveau cantonal des moyens de prolonger pour toutes les femmes enceintes le congé maternité de 16 semaines.

Le Gouvernement répond qu'il n'est pas possible de prolonger l'interdiction de travail ni d'exiger le paiement d'un salaire pendant un laps de temps plus long que le prévoit le Code des obligations. Le Gouvernement peut seulement, par l'institution de l'assurance-maternité, proposer des prestations durant 16 semaines.

#### LUZERN

Im März 1982 wurde von der VPOD-Lehrergruppe eine Volksinitiative für die "gleiche Grundausbildung für Mädchen und Knaben" eingereicht.

#### NEUCHÂTEL

Mme Philippin demande au Conseil d'Etat, par une question écrite, ce qu'il envisage de faire pour supprimer tout élément de discrimination dans l'éducation et comment il entend concilier les activités complémentaires à option (de type féminin et de type masculin) avec les égalités des chances. Le Conseil d'Etat répond qu'il se tient aux décisions prises concernant les activités complémentaires, que les cours ménagers sont obligatoires et qu'il faut changer les mentalités dans l'ensemble de la population afin que l'égalité soit réelle.

#### SCHAFFHAUSEN

Im Grossen Rät (L) haben die 7 Frauen gemeinsam eine Motion eingereicht, die den Regierungsrat (E) beauftragt, einen Bericht über Bestimmungen in Gesetzen, Dekreten und Verordnungen zu verfassen, die nach Wortlaut und Wirkung dem Prinzip der gleichen Rechte von Mann und Frau widersprechen. Ausserdem verlangen sie konkrete Anträge über notwendige Abänderungen.



VAUD

Dans sa réponse à la motion Mischler, le Conseil d'Etat (E) propose d'établir un poste à mi-temps de secrétaire-juriste à la condition féminine, au lieu de créer un bureau à la condition féminine, comme le demandait Mme Mischler. Toutefois, le 8 septembre 1982, le Grand Conseil (L) a même refusé cette proposition minimale.

WALLIS

Der Grosse Rat hat im Juni 1982 eine Motion von Frau Vannay überwiesen, die die Schaffung einer Kommission für Frauenfragen fordert. Diese soll ein Inventar diskriminierender Gesetzestexte erstellen, notwendige Gesetzesänderungen vorschlagen und Vorstellungen für eine bessere Integration der Frauen ins Berufsleben entwickeln.

im innern raum ist da einer oder ist da  
zwei ich und du oder ich und der faden den  
ich spinne bis die türen springen und die  
fäden nach aussen dringen - oder will ich den  
innern raum teilen - eine doppelkammer ist  
doch das herz eine doppelkammer die nuss -  
doch bilder sind anders ich weiss - ich wollte  
den innern raum teilen - ich bin einzwei ein  
knäuel zwischen zweimal zwei händen unter-  
wegs und zweimal zwei augen folgen der  
bahn - oder ich und der faden von stroh zu  
gold der zerzt am vergessen -- blind war  
das wissen ungeteilt ein weisser ton aus  
der doppelkammer bringt sie zum klingen

die haut macht den innenraum entzwei - wir  
wollen uns finden bis hinein und bestellen  
einander am schalter - der schönsten, heisst  
es, und dem, der mich am besten errät -  
du weisst das ziel - ich missverstehe dich  
so triffst du das richtige - ich spinne die  
schönsten fragen zur antwort selber ins  
stroh - wir liegen vereint im graben der uns  
trennt - schmetterlinge rascheln sie  
spinnen am faden und führen mich fort hängt  
ein wechselbalg in der doppelkammer kopfüber

**Zeichenerklärung:**

Erste Zahl = Ordnungsnummern  
für die Session

Zweite Zahl = fortlaufende Kontroll-  
nummern der Geschäfte

N	behandelt vom Nationalrat
S	behandelt vom Ständerat
n	Erstbehandlung beim Nationalrat
s	Erstbehandlung beim Ständerat
D	Dringlich
SV	Schriftliches Verfahren
*	neue Geschäfte
x	erledigt

# Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung

## Sommersession 1982

(12. Tagung der 41. Legislaturperiode)

vom Montag, 7. bis Freitag, 25. Juni 1982

*Sitzungen des Nationalrates:* 7., 8., 9., 10., 14., 15., 16., 17., 21., 22., 23. (II),  
24. (II) und 25. Juni (15 Sitzungen)

*Sitzungen des Ständerates:* 7., 8., 9., 10., 14., 15., 16., 17., 21., 22., 23., 24. und  
25. Juni (13 Sitzungen)

*Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung:* 16. Juni

### Standesinitiativen

#### 25/81.202 n Initiative Genf. Schutz der Mutterschaft, vom 1. Juli 1981

Der Kanton Genf beantragt, die gesetzlichen Bestim-  
mungen für einen wirksamen Mutterschaftsschutz zu ver-  
bessern.

N *Eggli*, Allenspach, Augsburg, Basler, Borel, Brat-  
schi, Dirren, Dupont, Eisenring, Forel, Frey-Neuen-  
burg, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hösl, Jelmini,  
Landolt, Massy, Meier Kaspar, Müller-Balsthal,  
Müller-Bern, Ogi, Pini, Reimann, Rib, Segmüller,  
Spiess, Tochon, Vannay, Zehnder (31)

#### 25/81.202 n Initiative du canton de Genève. Protection efficace de la maternité, du 1<sup>er</sup> juillet 1981

Le canton de Genève propose d'améliorer les disposi-  
tions légales visant à protéger efficacement la maternité.

N *Eggli*, Allenspach, Augsburg, Basler, Borel, Brat-  
schi, Dirren, Dupont, Eisenring, Forel, Frey-Neuchâ-  
tel, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hösl, Jelmini,  
Landolt, Massy, Meier Kaspar, Müller-Balsthal,  
Müller-Berne, Ogi, Pini, Reimann, Rib, Segmüller,  
Spiess, Tochon, Vannay, Zehnder (31)

### Parlamentarische Initiativen

#### 32/77.231 n Familienpolitik (Nanchen), vom 13. Dezember 1977

Gemäss Artikel 21<sup>sexies</sup> des Geschäftsverkehrsgesetzes  
und Artikel 27 des Geschäftsreglements des Nationalrats  
reiche ich folgende Initiative in der Form der allgemeinen  
Anregung ein:

In Anwendung von Artikel 34<sup>quater</sup> und gestützt auf  
Artikel 34<sup>ter</sup> Absatz 1 Buchstaben a und g, Artikel  
34<sup>novies</sup> Absatz 3 und Artikel 64 der Bundesverfassung  
erlässt der Bund gesetzliche Bestimmungen zur Schaffung  
eines wirklichen Familienschutzes.

Diese Bestimmungen sollen insbesondere die folgenden  
Massnahmen vorsehen:

1. Die Einrichtung einer obligatorischen Mutterschafts-  
versicherung, die nach dem Modell der AHV finan-  
ziert wird.
  - 1.1 Diese Versicherung deckt die durch Schwanger-  
schaft und Niederkunft entstandenen Kosten für  
die Pflege durch den Arzt und medizinische Hilfs-  
personen sowie für Arzneimittel und Spitalaufent-  
halt.
  - 1.2 Sie gewährt während eines 16wöchigen Mutter-  
schaftsurlaubs, von dem 10 Wochen auf die Zeit  
nach der Niederkunft entfallen, ein Taggeld.  
Dieses beträgt für Arbeitnehmerinnen mindestens  
80 Prozent des entgangenen Lohns und für nicht-  
erwerbstätige Frauen gleich viel wie der Erwerbs-  
ersatz für Nichterwerbstätige im Militärdienst.
  - 1.3 Ein solches Taggeld erhält auch die erwerbstätige  
Mutter oder der erwerbstätige Vater, wenn sie  
oder er zur Pflege eines kranken Kindes zu Hause  
bleiben muss.
  - 1.4 Ist der Mutterschaftsurlaub abgelaufen oder wird  
ein Kleinkind zur späteren Adoption in Pflege  
genommen, so kann, wenn beide Eltern erwerbs-  
tätig sind, der Mutter oder dem Vater ein Eltern-  
urlaub gewährt werden. Dieser Urlaub dauert  
höchstens neun Monate und gibt Anspruch auf  
eine Entschädigung, die grundsätzlich 80 Prozent  
des entgangenen Lohns ausmacht.
2. Den Schutz der schwangeren Frau vor Kündigung  
des Arbeitsvertrags. Der Kündigungsschutz wird auch  
Frauen und Männern in den Fällen der Ziffern 1.2,  
1.3 und 1.4 gewährt, und die aufgrund des Arbeits-  
vertrags erworbenen Rechte bleiben in diesen Fällen  
gewahrt.
3. Die Förderung der beruflichen Wiedereingliederung  
und der Umschulung der Frauen, die aus familiären  
Gründen ihre Erwerbstätigkeit für mehrere Jahre  
unterbrochen haben.
4. Die Einrichtung einer eidgenössischen Familien-  
zulageordnung für die Erwerbstätigen, die insbeson-  
dere einen interkantonalen Ausgleich vorsieht.

N Egli, Allenspach, Ammann-St. Gallen, Blunschy, Cotti, Dupont, Dürr, Fischer-Hägglingen, Füg, Lang, Meier Josi, Morf, Nauer, Nef, Ogi, Risi-Schwyz, Roth, Schnyder-Bern, Spreng, Vannay, Vetsch, Zbinden, Zwiggart (23)

1978 18. April: Die Kommission setzt ihre Beratungen aus bis zum Erscheinen der Botschaft über die Volksinitiative.

**32/77.231 n Politique familiale (Nanchen), du 13 décembre 1977**

Conformément à l'article 21 <sup>sexies</sup> de la loi sur les rapports entre les conseils et à l'article 27 du règlement du Conseil national, je dépose l'initiative parlementaire suivante sous la forme d'une proposition conçue en termes généraux.

En application de l'article 34 <sup>quinquies</sup> et sur la base des articles 34<sup>ter</sup>, 1<sup>er</sup> alinéa, lettres a et g, 34<sup>novies</sup>, 3<sup>e</sup> alinéa, et 64 de la constitution fédérale, des dispositions légales seront édictées en vue de la mise en œuvre d'une protection réelle de la famille.

Ces dispositions comprendront notamment les mesures suivantes:

1. La création d'une assurance-maternité obligatoire, qui sera financée selon le modèle de l'AVS.
  - 1.1 Cette assurance couvrira les frais médicaux, paramédicaux, pharmaceutiques et hospitaliers occasionnés par la grossesse et l'accouchement.
  - 1.2 Durant un congé de maternité de 16 semaines dont 10 après l'accouchement, elle garantira le versement d'une indemnité journalière qui correspondra, pour les travailleuses, au moins à 80% du salaire perdu, et, pour les femmes n'exerçant pas d'activité lucrative, qui sera égale au montant de l'allocation pour perte de gain revenant aux personnes non actives qui effectuent un service militaire.
  - 1.3 Une même indemnité sera également versée à l'un des parents salariés lorsque la présence de la mère ou du père est requise auprès d'un enfant malade.
  - 1.4 A l'échéance du congé de maternité ou lors de la prise en charge d'un enfant en bas âge en vue d'adoption, un congé parental pourra être accordé à la mère ou au père lorsque chacun d'eux est salarié. Ce congé pourra s'étendre au plus sur une durée de 9 mois et donnera droit à une indemnité correspondant en principe à 80% du salaire perdu.
2. La protection des femmes enceintes contre la résiliation du contrat de travail, la même protection étant accordée aux femmes et aux hommes dans les cas mentionnés sous chiffre 1.2, 1.3 et 1.4, ainsi que le maintien dans les mêmes cas des droits acquis découlant du contrat de travail.
3. L'encouragement de la réinsertion professionnelle et du recyclage des femmes ayant interrompu leur activité lucrative pendant plusieurs années pour des raisons familiales.
4. L'institution d'un régime fédéral d'allocations familiales aux salariés prévoyant notamment une compensation intercantonale.

N Egli, Allenspach, Ammann-Saint-Gall, Blunschy, Cotti, Dupont, Dürr, Fischer-Hägglingen, Füg, Lang, Meier Josi, Morf, Nauer, Nef, Ogi, Risi-Schwyz, Roth, Schnyder-Berne, Spreng, Vannay, Vetsch, Zbinden, Zwiggart (23)

1978 18 avril: La commission suspend ses travaux jusqu'au dépôt du message sur l'initiative populaire.

**39/79.230 n Bürgerrecht der Kinder mit Schweizer Mutter und ausländischem Vater (Christinat), vom 1. Oktober 1979**

Gestützt auf Artikel 21<sup>bis</sup> des Geschäftsverkehrsgesetzes beantrage ich, die Artikel 5 und 57 des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizerbürgerrechts vom 29. September 1952 wie folgt zu ändern:

Art. 5 Abs. 1a

a. wenn die Mutter Schweizer Bürgerin ist.

Art. 57 Abs. 6

<sup>6</sup> Hat das Kind eines ausländischen Vaters und einer schweizerischen Mutter im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1976 über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches das 23. Altersjahr noch nicht zurückgelegt, so kann es vom 1. Januar 1980 an innert eines Jahres bei der zuständigen Behörde des Heimatkantons der Mutter die Anerkennung als Schweizer Bürger beantragen. Artikel 34 ist sinngemäss anzuwenden.

N Zbinden, Akeret, Aubry, Blunschy, Christinat, Deneys, Duboule, Kaufmann, Kopp, Lang, Lüchinger, Morf, Müller-Aargau, Roth, Schüle, Segmüller, Weber-Arbon (17)

1980 18. September: Die Kommission setzt ihre Beratungen aus, bis die Botschaft des Bundesrates zur Revision von Artikel 44 Absatz 3 BV vorliegt.

**39/79.230 n Nationalité des enfants de mère suisse et de père étranger (Christinat), du 1<sup>er</sup> octobre 1979**

En vertu de l'article 21<sup>bis</sup> de la loi sur les rapports entre les conseils, je propose que les articles 5 et 57 de la loi fédérale sur l'acquisition et la perte de la nationalité suisse, du 29 septembre 1952, soient modifiés comme suit:

Art. 5, 1<sup>er</sup> al., let. a

a. lorsque la mère est citoyenne suisse

Art. 57, 6<sup>e</sup> al.

<sup>a</sup> Si l'enfant d'un père étranger et d'une mère suisse n'a pas encore atteint l'âge de 23 ans révolus lors de l'entrée en vigueur de la loi fédérale du 25 juin 1976, modifiant le Code civil suisse, il peut, à partir du 1<sup>er</sup> janvier 1980 et dans le délai d'une année, demander à l'autorité compétente du canton d'origine de sa mère, de reconnaître sa citoyenneté suisse.

L'article 34 est applicable par analogie.

N Zbinden, Akeret, Aubry, Blunschy, Christinat, Deneys, Duboule, Kaufmann, Kopp, Lang, Lüchinger, Morf, Müller-Argovie, Roth, Schüle, Segmüller, Weber-Arbon (17)

1980 18 septembre: La commission suspend ses délibérations jusqu'à la parution du message du Conseil fédéral concernant la révision de l'article 44, 3<sup>e</sup> alinéa, de la constitution fédérale.

47/81.222 n Schwangerschaftsabbruch (Nationalrat), vom 10. März 1981 (siehe Geschäft Nr. 78.222).

Bericht und Anträge der Kommission des Nationalrates vom 27. August 1979 (BBl II, 1037) zu den parlamentarischen Initiativen und Standesinitiativen zum Schwangerschaftsabbruch.

Stellungnahme und Gesetzesentwurf des Bundesrates vom 29. September 1980 (BBl III, 1047).

N Grobet, Barras, Blocher, Blunschy, Christinat, Deneys, Frey-Neuenburg, Füeg, Gautier, Hösli, Jaggi, Jung, Kaufmann, Lang, Meier Kaspar, Nef, Ribl, Roth, Schär, Segmüller, Spreng, Wagner, Ziegler-Solothurn (23)

S Bühler, Andermatt, Bauer, Dobler, Donzé, Gadiant, Generali, Genoud, Lieberherr, Matossi, Munz, Schmid, Schönenberger, Ulrich, Zumbühl (15)

#### A. Schweizerisches Strafgesetzbuch

##### Anderung vom

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

gestützt auf Artikel 64<sup>bis</sup> der Bundesverfassung, nach Prüfung verschiedener parlamentarischer Initiativen und Standesinitiativen, nach Einsicht in den Bericht der Kommission des Nationalrates vom 27. August 1979<sup>1)</sup>

und die Stellungnahme des Bundesrates vom 29. September 1980<sup>2)</sup>,

beschliesst:

#### I

Das Schweizerische Strafgesetzbuch<sup>3)</sup> wird wie folgt geändert:

Art. 121<sup>bis</sup> Abbruch der Schwangerschaft innert der ersten zwölf Wochen

<sup>1</sup> Die Kantone können durch ein Gesetz bestimmen, dass der Abbruch der Schwangerschaft nicht strafbar ist, wenn er innerhalb der ersten zwölf Wochen nach der letzten Periode ausgeführt wird.

<sup>2</sup> Ausserdem müssen folgende Voraussetzungen gegeben sein:

- Der Eingriff muss durch einen diplomierten, in der Schweiz zur Ausübung seines Berufes zugelassenen Arzt ausgeführt werden;
- Die Schwangere muss dem Eingriff schriftlich zustimmen; ist sie nicht urteilsfähig, so ist die schriftliche Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters erforderlich;
- Die Schwangere hat sich mindestens eine Woche vor einem allfälligen Eingriff durch einen diplomierten, in der Schweiz zur Ausübung seines Berufes zugelassenen Arzt oder durch eine kantonal anerkannte Beratungsstelle beraten zu lassen.

<sup>3</sup> Der nach den Absätzen 1 und 2 straflose Schwangerschaftsabbruch bleibt auf dem ganzen Gebiet der Schweiz straflos.

Art. 121<sup>ter</sup> Nichtbeachtung des Artikels 121<sup>bis</sup>

- Der Arzt, der aus einem der gesetzlich anerkannten Gründe die Schwangerschaft abbricht, ohne dass die Zustimmung der Schwangeren oder ihres gesetzlichen Vertreters schriftlich vorliegt, ohne diplomiert und in der Schweiz zur Ausübung des Berufes zugelassen zu sein, ohne die gesetzlichen Bestimmungen des Artikels 121<sup>bis</sup> Absatz 2 Buchstabe c zu beachten, wird, wenn er vorsätzlich handelt, mit Haft oder Busse bestraft. Bei Rückfall kann er mit Gefängnis bestraft werden.

<sup>1)</sup> BBl 1979 II 1037

<sup>2)</sup> BBl 1980 III 1047

<sup>3)</sup> SR 311.0

- Der Arzt, der grob fahrlässig annimmt, es liege ein gesetzlich anerkannter Grund vor, und die Schwangerschaft zu Unrecht abbricht, wird mit Gefängnis oder Busse bestraft.

Art. 121<sup>quater</sup> Meldung der Eingriffe

Der Bundesrat erlässt nach Anhören der Kantone Bestimmungen über die Meldung der Eingriffe an das Bundesamt für Statistik.

Art. 121<sup>quinqüies</sup> Weigerung aus Gewissensgründen

Niemand ist verpflichtet, bei der Durchführung eines Schwangerschaftsabbruches mitzuwirken, wenn er dies aus Gewissensgründen nicht verantworten kann. Die Weigerung ist ohne Verzug bekanntzugeben.

Art. 211

Streichen

#### II

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

1981 23. September: Der Ständerat beschliesst, auf dieses Bundesgesetz nicht einzutreten.

B. Bundesgesetz über die Schwangerschaftsberatungsstellen

Bundesblatt III, 242; Ablauf der Referendumsfrist: 18. Januar 1982

C. Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung

Bundesblatt III, 240; Ablauf der Referendumsfrist: 18. Januar 1982

47/81.222 n Interruption de la grossesse (Conseil national), du 10 mars 1981 (voir objet n° 78.222).

Rapport et propositions de la commission du Conseil national du 27 août 1979 (FF II, 1021) concernant les initiatives parlementaires et initiatives des cantons sur l'interruption de la grossesse.

Avis du Conseil fédéral et projet de loi du 29 septembre 1980 (FF III, 1050).

N Grobet, Barras, Blocher, Blunschy, Christinat, Deneys, Frey-Neuchâtel, Füeg, Gautier, Hösli, Jaggi, Jung, Kaufmann, Lang, Meier Kaspar, Nef, Ribl, Roth, Schär, Segmüller, Spreng, Wagner, Ziegler-Soleure (23)

E Bühler, Andermatt, Bauer, Dobler, Donzé, Gadiant, Generali, Genoud, Lieberherr, Matossi, Munz, Schmid, Schönenberger, Ulrich, Zumbühl (15)

#### A. Code pénal suisse

##### Modification du

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'article 64<sup>bis</sup> de la constitution; après examen de diverses initiatives parlementaires et cantonales;

vu le rapport du 27 août 1979 d'une commission du Conseil national<sup>1)</sup>;

vu l'avis du Conseil fédéral du 29 septembre 1980<sup>2)</sup>,

arrête:

#### I

Le code pénal suisse<sup>3)</sup> est modifié comme il suit:

<sup>1)</sup> FF 1979 II 1021

<sup>2)</sup> FF 1980 III 1050

<sup>3)</sup> RS 311.0

Art. 121<sup>bis</sup> Interruption de la grossesse pendant les douze premières semaines

<sup>1</sup> Les cantons peuvent prévoir par une loi que l'interruption de la grossesse n'est pas punissable lorsqu'elle est pratiquée dans les douze semaines après le début des dernières règles.

<sup>2</sup> En outre, les conditions suivantes doivent être remplies:

- a. L'interruption doit être pratiquée par un médecin diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse;
- b. La personne enceinte doit consentir par écrit à l'intervention; si elle est incapable de discernement, le consentement écrit de son représentant légal est requis;
- c. La personne enceinte doit consulter, au moins une semaine avant l'éventuelle intervention, un médecin diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse ou un centre de consultation reconnu par un canton.

<sup>3</sup> Une interruption de grossesse qui n'est pas punissable selon les alinéas 1 et 2 ne peut faire l'objet de poursuite en Suisse.

*Art. 121<sup>ter</sup>* Inobservation de l'article 121<sup>bis</sup>

<sup>1</sup> Le médecin qui, dans l'un des cas prévus par la loi, aura interrompu une grossesse,

sans que le consentement de la personne enceinte ou de son représentant légal n'ait été donné par écrit, sans être diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse,

sans respecter les conditions prévues à l'article 121<sup>bis</sup> alinéa 2 lettre c,

sera puni, s'il a agi intentionnellement, des arrêts ou de l'amende. En cas de récidive, il pourra être puni de l'emprisonnement.

<sup>2</sup> Le médecin qui aura admis, par une négligence grave, qu'il existe un motif reconnu par la loi et aura indûment interrompu la grossesse sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

*Art. 121<sup>quater</sup>* Communication des interventions

Après consultation des cantons, le Conseil fédéral édicte des dispositions concernant la communication des interventions à l'Office fédéral de la statistique.

*Art. 121<sup>quinqutes</sup>* Refus pour des raisons de conscience

Nul n'a l'obligation de collaborer à l'exécution d'une interruption de grossesse lorsqu'il ne peut en prendre la responsabilité pour des raisons de conscience. Le refus doit être annoncé sans délai.

*Art. 211*

*Biffer*

II

<sup>1</sup> La présente loi est soumise au référendum facultatif.

<sup>2</sup> Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

**1981 23 septembre:** Le Conseil des Etats décide de ne pas entrer en matière sur cette loi.

*B. Loi fédérale sur les centres de consultation en matière de grossesse*

Feuille fédérale III, 218; délai d'opposition: 18 janvier 1982

*C. Loi fédérale sur l'assurance en cas de maladie et d'accidents*

Feuille fédérale III, 216; délai d'opposition 18 janvier 1982

## Vorlagen des Bundesrates

### Justiz- und Polizeidepartement

#### **83/79.043 s ZGB. Ehwirkungen und Güterrecht**

Botschaft und Gesetzesentwurf vom 11. Juli 1979 (BBl II, 1191) über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Wirkungen der Ehe im allgemeinen, Ehegüterrecht und Erbrecht).

N *Gerwig, Alder, Barchi, Blunschy, de Chastonay, Christinat, Deneys, Dürr, Egli, Eppenberger-Nesslau, Feigenwinter, Fischer-Hägglingsen, Füeg, Gehler, Girard, Kopp, Linder, Lüchinger, Mascarin, Meier Josi, Meier Kaspar, Merz, Muheim, Petitpierre, Reichling, Schalcher, Segmüller, Uchtenhagen, Weber-Arbon, Zbinden (erweiterte Kommission)* (30)

S *Cavelty, Arnold, Bauer, Baumberger, Dobler, Genoud, Guntern, Hänsenberger, Hefti, Lieberherr, Meylan, Munz, Steiner* (13)

**1981 19. März. Beschluss des Ständerates abweichend vom Entwurf des Bundesrates.**

#### **83/79.043 é Code civil. Effets du mariage et régime matrimonial**

Message et projet de loi du 11 juillet 1979 (FF II, 1179) concernant la révision du code civil suisse (Effets généraux du mariage, régimes matrimoniaux et successions).

N *Gerwig, Alder, Barchi, Blunschy, de Chastonay, Christinat, Deneys, Dürr, Egli, Eppenberger-Nesslau, Feigenwinter, Fischer-Hägglingsen, Füeg, Gehler, Girard, Kopp, Linder, Lüchinger, Mascarin, Meier Josi, Meier Kaspar, Merz, Muheim, Petitpierre, Reichling, Schalcher, Segmüller, Uchtenhagen, Weber-Arbon, Zbinden (commission élargie)* (30)

E *Cavelty, Arnold, Bauer, Baumberger, Dobler, Genoud, Guntern, Hänsenberger, Hefti, Lieberherr, Meylan, Munz, Steiner* (13)

**1981 19 mars. Décision du Conseil des Etats modifiant le projet du Conseil fédéral.**

## Persönliche Vorstösse

### Nationalrat

× 205/82.317 P Bundi – Kleinbauern. Familien- und Kinderzulagen (27. Januar 1982)

Im Hinblick auf eine demnächst fällig werdende Revision des Bundesgesetzes über die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG) vom 20. Juni 1952 wird der Bundesrat eingeladen, die Artikel 5 und 7 in folgendem Sinne zu ändern: die Einkommensgrenzen von 22 000 Franken, die zum Bezug einer Familienzulage für Kleinbauern berechtigten, sowie die Ansätze der Kinderzulagen sind zu erhöhen.

*Mitunterzeichner:* Affolter, Akeret, Ammann-St. Gallen, Bäumlin, Bircher, Bühler-Tschappina, Cantieni, Deneys, Dürr, Eggenberg-Thoune, Gloor, Höfli, Jaggi, Kühne, Loetscher, Morel, Muheim, Nef, Neukomm, Oehen, Oester, Ott, Pini, Reimann, Riesen-Freiburg, Robbiani, Rothen, Rubi, Schnider-Luzern, Stich, Vannay, Wagner, Zehnder, Ziegler-Genf, Zwygart (35)

1982 25. Juni. Beschluss des Nationalrates: Das Postulat wird angenommen.

× 205/82.317 P Bundi – Petits paysans. Allocations familiales et pour enfants (27 janvier 1982)

Etant donné que la loi fédérale du 20 juin 1952 sur les allocations familiales dans l'agriculture (LFA) doit être révisée très prochainement, le Conseil fédéral est invité à modifier les articles 5 et 7 de la loi. Il convient en effet d'augmenter les allocations pour enfants et de relever la limite, actuellement fixée à 22 000 francs, du revenu qui permet aux petits paysans de bénéficier d'allocations familiales.

*Cosignataires:* Affolter, Akeret, Ammann-Saint-Gall, Bäumlin, Bircher, Bühler-Tschappina, Cantieni, Deneys, Dürr, Eggenberg-Thoune, Gloor, Höfli, Jaggi, Kühne, Loetscher, Morel, Muheim, Nef, Neukomm, Oehen, Oester, Ott, Pini, Reimann, Riesen-Fribourg, Robbiani, Rothen, Rubi, Schnider-Lucerne, Stich, Vannay, Wagner, Zehnder, Ziegler-Genève, Zwygart (35)

1982 25 juin. Décision du Conseil national: Le postulat est adopté.

225/82.460 M Christinat – Aussereheliche Kinder. Bürgerrecht (24. Juni 1982)

Bei der Revision des Kindesrechts wurde der Artikel 2 BÜG aufgehoben. Nach dieser Bestimmung erwarb das ausserehelich geborene Kind einer Ausländerin das Schweizer Bürgerrecht seines Vaters, wenn das Kindesverhältnis durch Anerkennung oder Urteil mit Standesfolge begründet wurde.

Der Bundesrat wird ersucht, die notwendigen Massnahmen zu treffen, damit der Artikel 2 BÜG wieder in Kraft gesetzt werden kann.

*Mitunterzeichner:* Aubry, Bacciarini, Baechtold, Barchi, Bäumlin, Bonnard, Borel, Braunschweig, Brélaz, de Capitani, Carobbio, Cotti, Coutau, Crevoisier, Deneys, Frey-Neuenburg, Ganz, Gautier, Girard, Gloor, Houmard, Jeanneret, Junod, Loetscher, Massy, Mauch, Merz, Morel, Morf, Muheim, Petitpierre, Pini, Ruffy, Schmid, Soldini, Spreng, Stich, Tochon, Uchtenhagen, Vannay, Weber-Arbon (41)

225/82.460 M Christinat – Enfants nés hors mariage. Droit de cité (24 juin 1982)

Lors de la revision du droit de filiation, l'article 2 LN disposant que l'enfant né hors mariage de mère étrangère acquiert la nationalité suisse de son père lorsque s'établit un lien paternel de filiation, par reconnaissance ou jugement d'état, fut supprimé.

Le Conseil fédéral est prié de prendre les mesures nécessaires pour rétablir la validité juridique de l'article 2 LN.

*Cosignataires:* Aubry, Bacciarini, Baechtold, Barchi, Bäumlin, Bonnard, Borel, Braunschweig, Brélaz, de Capitani, Carobbio, Cotti, Coutau, Crevoisier, Deneys, Frey-Neuchâtel, Ganz, Gautier, Girard, Gloor, Houmard, Jeanneret, Junod, Loetscher, Massy, Mauch, Merz, Morel, Morf, Muheim, Petitpierre, Pini, Ruffy, Schmid, Soldini, Spreng, Stich, Tochon, Uchtenhagen, Vannay, Weber-Arbon (41)

246/82.426 P Crevoisier – Umschulung und berufliche Weiterbildung für Erwachsene (17. Juni 1982)

Der Bundesrat wird eingeladen, eine Studie über die Umschulung und die berufliche Weiterbildung für Erwachsene, namentlich über die berufliche Wiedereingliederung der Frauen, in Auftrag zu geben: Die Untersuchung sollte es insbesondere erlauben, ein Gesamtkonzept festzulegen sowie die erforderlichen Massnahmen und vor allem die finanziellen Mittel für die ständige Fortbildung der Erwachsenen abzuschätzen.

Ferner sollte die Studie die Bedeutung der Allgemeinbildung für die berufliche Mobilität abklären.

*Mitunterzeichner:* Baechtold, Carobbio, Christinat, Dafflon, Darbellay, Deneys, Forel, Gloor, Grobet, Herczog, Magnin, Mascarin, Meizoz, Robbiani, Ruffy, Vannay, Wilhelm (17)

246/82.426 P Crevoisier – Recyclage et perfectionnement professionnels des adultes (17 juin 1982)

Le Conseil fédéral est invité à commander une étude portant sur le recyclage et le perfectionnement professionnels des adultes en général et notamment sur la réinsertion professionnelle des femmes. L'étude devra permettre en particulier de définir une conception d'ensemble, d'inventorier les mesures à prendre et surtout les moyens de financer la formation continue des adultes.

L'étude aura également pour but de préciser le rôle de la formation générale dans la mobilité professionnelle des personnes.

*Cosignataires:* Baechtold, Carobbio, Christinat, Dafflon, Darbellay, Deneys, Forel, Gloor, Grobet, Herczog, Magnin, Mascarin, Meizoz, Robbiani, Ruffy, Vannay, Wilhelm (17)

248/80.543 P Dafflon – 10. AHV-Revision (8. Oktober 1980)

Vor wenig mehr als einem Jahr wurden Teilergebnisse einer Untersuchung über die Verhältnisse der AHV- und IV-Rentner veröffentlicht. «Enthüllungen» im Anschluss an diese Veröffentlichung liessen glauben, das jährliche Durchschnittseinkommen der Rentner erreiche 30 000 und ihr Durchschnittsvermögen 200 000 Franken.

Vor kurzem veröffentlichte nun die Universität Bern die gesamten Ergebnisse ihrer Untersuchung. Diese zeigen nicht nur, dass 80 Prozent der Rentner die Rente brauchen, sondern auch, dass 20 Prozent aller Rentner für ihren Lebensunterhalt auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind oder wären.

Auch wenn heute viele Leute im AHV-Alter wohlhabend sind, so erhalten doch nicht weniger als 50 Prozent der Rentner bescheidene AHV/IV-Renten. In Anbetracht der Umstände fordern wir den Bundesrat auf, bei der 10. AHV-Revision:

- Eine spürbare Erhöhung der niedrigsten AHV/IV-Renten vorzusehen; die Erhöhung soll nach oben abnehmen und nur soweit gehen, bis zwei Drittel der Höchstreute der betreffenden Kategorie erreicht sind.
- Die Renten, deren Betrag nicht mehr als zwei Drittel der Höchstreute der betreffenden Kategorie ausmacht, von der Besteuerung auszunehmen.
- Zu bestimmen, dass das AHV-Alter alle drei Jahre um ein Jahr gesenkt wird. Mit dieser Massnahme soll das AHV-Alter für alle Versicherten auf 60 Jahre herabgesetzt werden.
- Diese Verbesserungen auch ins Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen einzuführen.

*Mitunterzeichner:* Carobbio, Crevoisier, Forel, Herczog, Mascarin, (Vincent) (6)

**248/80.543 P Dafflon - 10<sup>e</sup> révision de l'AVS**  
(8 octobre 1980)

Il y a un peu plus d'une année, des «révélations» faites à la suite de la publication des résultats partiels d'une enquête sur les conditions des rentiers AVS/AI, faisaient croire que le revenu annuel moyen du rentier atteignait 30 000 francs et sa fortune 200 000 francs.

L'Université de Berne vient de publier les résultats complets de son enquête. Ces derniers démontrent que non seulement le 80 pour cent des rentiers ont besoin de la rente pour vivre, mais que plus de 20 pour cent de tous les rentiers doivent ou devraient avoir recours aux prestations complémentaires pour subsister.

S'il est vrai qu'un grand nombre de contribuables riches sont arrivés à l'âge de l'AVS, il n'en reste pas moins que plus du 50 pour cent des rentiers reçoivent des rentes AVS/AI modestes. Compte tenu de cette situation, le Conseil fédéral, à l'occasion de la 10<sup>e</sup> Révision de l'AVS/AI, est invité:

- A prévoir l'augmentation sensible des rentes AVS/AI les plus basses. L'amélioration sera dégressive et s'arrêtera lorsqu'on atteindra les deux tiers du montant de la rente maximum de la catégorie concernée.
- A décréter l'exonération fiscale des rentes AVS/AI dont le montant ne dépasse pas les deux tiers de la rente maximum de la catégorie concernée.
- A décider d'abaisser d'une année tous les trois ans, l'âge ouvrant le droit à la rente. Cette mesure ayant pour but de ramener à 60 ans l'âge donnant droit à la rente AVS pour tous les assurés.
- De reprendre ses améliorations dans la loi sur les prestations complémentaires.

*Cosignataires:* Carobbio, Crevoisier, Forel, Herczog, Mascarin, (Vincent) (6)

**284/81.542 M Grobet - Krankenversicherung. Prämiengleichheit für Männer und Frauen** (30. November 1981)

Aufgrund der Volksabstimmung über die Gleichberechtigung von Mann und Frau wird der Bundesrat ersucht, mit entsprechenden Massnahmen dafür zu sorgen, dass Frauen und Männer gleich hohe Krankenkassenprämien bezahlen.

*Mitunterzeichner:* Affolter, Ammann-St. Gallen, Bäumlin, Borel, Braunschweig, Deneys, Eggenberg-Thun, Eggli, Ganz, Gloor, Hubacher, Loetscher, Meizoz, Morel, Morf, Muheim, Müller-Bern, Nauer, Neukomm, Ott, Robbiani, Stich, Vannay, Weber-Arbon, Ziegler-Genf (25)

**284/81.542 M Grobet - Assurance-maladie. Egalité entre les hommes et les femmes** (30 novembre 1981)

Pour faire suite au vote populaire sur l'égalité des droits entre les hommes et les femmes, le Conseil fédéral est invité à prendre les mesures nécessaires pour assurer une égalité du montant des cotisations aux caisses-maladie entre les hommes et les femmes.

*Cosignataires:* Affolter, Ammann-Saint-Gall, Bäumlin, Borel, Braunschweig, Deneys, Eggenberg-Thoune, Eggli, Ganz, Gloor, Hubacher, Loetscher, Meizoz, Morel, Morf, Muheim, Müller-Berne, Nauer, Neukomm, Ott, Robbiani, Stich, Vannay, Weber-Arbon, Ziegler-Genève (25)

**× 312/81.910 P Hubacher - Frauenpolitik. Stabsstelle**  
(17. Dezember 1981)

Der Bundesrat wird ersucht, zu prüfen, ob die neu geschaffene «Stabsstelle für Frauenfragen in der Bundesverwaltung» nicht zu einer eigentlichen Stabsstelle für Frauenpolitik ausgebaut werden kann?

*Mitunterzeichner:* Affolter, Christinat, Deneys, Gerwig, Jaggi, Leuenberger, Meier Werner, Morel, Neukomm, Reimann, Robbiani, Uchtenhagen, Vannay (13)

**1982 25. Juni. Beschluss des Nationalrates:** Das Postulat wird angenommen.

**× 312/81.910 P Hubacher - Politique de la condition féminine.**  
**Organe fédéral** (17 décembre 1981)

Le Conseil fédéral est invité à examiner si le Bureau de la condition féminine de l'administration fédérale, qui a été récemment créé, ne pourrait pas être transformé en un organe véritablement responsable de la politique de la condition féminine.

*Cosignataires:* Affolter, Christinat, Deneys, Gerwig, Jaggi, Leuenberger, Meier Werner, Morel, Neukomm, Reimann, Robbiani, Uchtenhagen, Vannay (13)

**1982 25 juin. Décision du Conseil national:** Le postulat est adopté.

**347/80.565 P Mascarin - 10. AHV-Revision**  
(1. Dezember 1980)

Der Bundesrat wird ersucht dafür zu sorgen, dass im Zuge der 10. AHV-Revision keinerlei Verschlechterungen gegenüber dem Status quo vorgenommen werden, d.h. die Einführung des flexiblen Rentenalters darf nicht auf Kosten der Erhöhung des Rentenalters und die formale Gleichstellung der Frau nicht auf Kosten der Rentenhöhe oder Rentenansprüche erfolgen.

*Mitunterzeichner:* Carobbio, Crevoisier, Herczog, (Vincent) (4)

**347/80.565 P Mascarin - 10<sup>e</sup> révision de l'AVS**  
(1<sup>er</sup> décembre 1980)

Le Conseil fédéral est invité à veiller à ce que la 10<sup>e</sup> révision de l'AVS ne provoque aucune altération des prestations par rapport à la situation actuelle. En d'autres termes, l'adoption d'une réglementation plus souple concernant l'âge donnant droit aux rentes AVS ne doit pas provoquer un relèvement de cet âge; de même, l'égalité assurée à la femme sur le plan formel ne doit pas entraîner une réduction du montant des rentes ou une détérioration du droit à la rente.

*Cosignataires:* Carobbio, Crevoisier, Herczog, (Vincent) (4)

**× 355/81.522 P Meier Josi - Finanzreform und Familienbesteuerung** (8. Oktober 1981)

Das noch geltende Wehrsteuerrecht benachteiligt - und daran ändert die Annahme der Finanzvorlage im November 1981 nichts - die Ehepaare gegenüber unverheirateten Paaren mit gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Der Bundesrat wird eingeladen, im Hinblick auf kommende Revisionsvorlagen und das zukünftige Steuerharmonisierungsgesetz den Räten Bericht und Antrag für eine Familienbesteuerung vorzulegen, welche die bestehende Diskriminierung aufhebt und für Verheiratete mit Kindern anstelle geringfügiger Abzüge einen den Familienlasten angemessenen Spezialtarif einführt.

*Mitunterzeichner:* Blunschy, Columberg, Dürr, Feigenwinter, Frei-Romanshorn, Huggenberger, Jelmini, Kühne, Müller-Luzern, Nussbaumer, Oehler, Scherer, Schnider-Luzern, Segmüller, Ziegler-Solothurn (15)

**1982 24. Juni. Beschluss des Nationalrates:** Das Postulat wird angenommen.

**× 355/81.522 P Meier Josi - Réforme des finances et imposition de la famille** (8 octobre 1981)

L'actuel régime de l'impôt fédéral direct défavorise les couples mariés par rapport aux personnes ayant la même capacité financière qui vivent en concubinage. Le nouveau régime financier, s'il est accepté en novembre 1981, ne changera rien à cette situation.

Eu égard aux projets de réforme qui nous seront soumis prochainement et à la future loi sur l'harmonisation fiscale, le Conseil fédéral est invité à présenter aux Chambres un rapport assorti de propositions tendant à instaurer un régime d'imposition de la famille qui supprime la discrimination sus-mentionnée et remplace les défalcatons minimales consenties aux couples ayant des enfants par un tarif spécial qui tienne compte des charges familiales.

*Cosignataires:* Blunschy, Columberg, Dürr, Feigenwinter, Frei-Romanshorn, Huggenberger, Jelmini, Kühne, Müller-Lucerne, Nussbaumer, Oehler, Scherer, Schnider-Lucerne, Segmüller, Ziegler-Soleure (15)

**1982 24 juin. Décision du Conseil national:** Le postulat est adopté.

× 415/82.345 I Schüle – Schweizer im Ausland. Versicherung der Ehefrau (9. März 1982)

Mit Kreisschreiben vom 13. März 1981 und 14. August 1981 hat das EDA erstmals zum Problem der unvollständigen Versicherung der Ehefrau des EDA-Bediensteten im Ausland klar Stellung genommen und eine Empfehlung zum Beitritt zur freiwilligen Versicherung abgegeben. Mit dieser Auffassung steht die bisherige Praxis mindestens zum Teil in Widerspruch. Verschiedentlich sind in früheren Jahren von Bundesstellen aus Mitteilungen ergangen, wonach Ehefrauen von obligatorisch versicherten Schweizerbürgern im Ausland, die der Sozialversicherung des Wohnsitzstaates nicht angehören, den in der Schweiz wohnhaften Ehefrauen von Schweizerbürgern gleichgestellt seien. Durch fehlerhafte Auskünfte oder mangelhafte Information haben es viele Ehefrauen unterlassen, wenigstens der freiwilligen Versicherung (FV) beizutreten.

Es stellen sich in dieser Situation kurz- und längerfristige Fragen:

1. Stimmt der Bundesrat dem Prinzip der Gleichstellung der Ehefrau eines obligatorisch im Ausland AHV-versicherten Schweizerbürgers mit der in der Schweiz wohnhaften Ehefrau grundsätzlich zu? Lässt sich diese Gleichstellung, unabhängig von der Schaffung eines eigenständigen Rentenanspruchs der Ehefrau im Rahmen der 10. AHV-Revision, mittels einer Praxisänderung erreichen, und ist der Bundesrat zum Erlass eines entsprechenden Beschlusses bereit?
2. Haben der Bundesrat bzw. das EDA Massnahmen getroffen, damit die noch nicht versicherten Ehefrauen der freiwilligen Versicherung rasch beitreten und dass künftig bei der Versetzung eines EDA-Beamten ins Ausland eine lückenlose Unterstellung seiner Ehefrau unter die freiwillige Versicherung garantiert ist?
3. Können bereits eingetretene Versicherungsfälle so behandelt werden, wie wenn die Ehefrauen bereits und dauernd AHV/IV-versichert gewesen wären? Wie lässt sich andernfalls der auf Nicht-Information oder Falsch-Information durch Verwaltungsstellen zurückzuführende Schaden decken?

*Mitunterzeichner:* Ammann-Bern, de Capitani, Früh, Hunziker, Jost, Kunz, Ribl, Vetsch (8)

1982 25. Juni: Die Interpellation ist erledigt durch die schriftliche Antwort des Bundesrates.

× 415/82.345 I Schüle – Suisses à l'étranger. AVS de l'épouse (9 mars 1982)

Par circulaires des 13 mars et 14 août 1981, le Département des affaires étrangères s'est prononcé pour la première fois sur le problème résultant du fait que les épouses des employés de ce département en fonction à l'étranger ne sont pas entièrement assurées; il a recommandé que ces personnes s'assurent volontairement. Cette opinion s'oppose en partie du moins à la pratique suivie jusqu'à présent. A plusieurs reprises, des services de la Confédération ont autrefois déclaré que les épouses de citoyens suisses résidant à l'étranger et soumis à l'assurance obligatoire, ont, si elles ne sont pas assurées par les institutions sociales du pays de résidence, le même statut que les épouses de citoyens suisses domiciliées dans notre pays. De nombreuses épouses, se fondant sur ces renseignements inexacts ou incomplets, ont omis de s'assurer volontairement.

Dans ces conditions les questions suivantes se posent à court ou à long terme:

1. Le Conseil fédéral accepte-t-il le principe selon lequel l'épouse d'un citoyen suisse vivant à l'étranger et soumis à l'assurance-vieillesse obligatoire a le même statut qu'une épouse domiciliée en Suisse? Cette égalité de traitement peut-elle être obtenue – indépendamment de l'institution, dans le cadre de la dixième révision de l'AVS, d'un droit propre de l'épouse à toucher une rente – par une modification de la jurisprudence? Le Conseil fédéral est-il prêt à prendre une décision dans ce sens?
2. Le Conseil fédéral ou le Département des affaires étrangères ont-ils pris des mesures pour permettre aux épouses qui ne se sont pas assurées volontairement, de pallier rapidement à cette omission, et pour garantir dorénavant le passage à l'assurance facultative de l'épouse d'un fonctionnaire du Département des affaires étrangères transféré à l'étranger, sans qu'une interruption de l'assurance ne se produise?
3. Est-il possible de traiter les cas d'assurance en suspens comme si les épouses intéressées avaient été toujours affiliées à l'AVS/AI? Comment pourrait-on, le cas échéant, couvrir le dommage découlant des renseignements faux ou incomplets fournis par les services de l'administration?

*Cosignataires:* Ammann-Berne, de Capitani, Früh, Hunziker, Jost, Kunz, Ribl, Vetsch (8)

1982 25 juin: L'interpellation est liquidée par la réponse écrite du Conseil fédéral.

× 427/82.353 I Uchtenhagen – «Gen-Biologie» (15. März 1982)

Der Bundesrat wird ersucht, sich über Ausmass und Gefahr der in der Schweiz betriebenen Gen-Biologie, insbesondere der Gen-Manipulation, zu äussern und mitzuteilen, ob er – wie andere Industriestaaten – ein Gesetz zum Schutz vor Gefahren der Gen-Technologie vorbereitet.

1982 25. Juni: Die Interpellation ist erledigt durch die schriftliche Antwort des Bundesrates.

× 427/82.353 I Uchtenhagen – «Génétique» (15 mars 1982)

Le Conseil fédéral est invité à se prononcer sur l'importance et les dangers de la génétique qui est pratiquée en Suisse, notamment sur la manipulation de celle-ci, et à dire si, comme dans d'autres pays industrialisés, il entend élaborer une loi visant à nous préserver des dangers que comporte la technologie en la matière.

1982 25 juin: L'interpellation est liquidée par la réponse écrite du Conseil fédéral.

428/81.422 M Vannay – Stimm- und Wahlrecht der Schweizerinnen (17. Juni 1981)

Der Bundesrat wird ersucht, den eidgenössischen Räten sobald als möglich eine Änderung des Artikels 74 der Bundesverfassung zu unterbreiten, damit künftig alle Schweizerinnen und Schweizer bei Abstimmungen und Wahlen die gleichen Rechte haben, und zwar sowohl auf eidgenössischer als auch auf kantonal- und kommunaler Ebene.

*Mitunterzeichner:* Affolter, Ammann-St. Gallen, Bacciarini, Bäuml, Bircher, Borel, Bratschi, Braunschweig, Christinat, Deneys, (Duvoisin), Eggenberg-Thun, Gerwig, Gloor, Grobet, Hubacher, Leuenberger, Loetscher, Meier Werner, Meizoz, Morel, Morf, Neukomm, Ott, Reiniger, Riesen-Freiburg, Robbiani, Schmid, Uchtenhagen, Weber-Arbon (30)

428/81.422 M Vannay – Droit de vote et d'éligibilité des Suissesses (17 juin 1981)

Le Conseil fédéral est prié de présenter aux Chambres fédérales, le plus rapidement possible, une modification de l'article 74 de notre constitution, afin que toutes les Suissesses et tous les Suisses puissent jouir des mêmes droits en matière de votations et d'élections tant sur le plan fédéral, que cantonal et communal.

*Cosignataires:* Affolter, Ammann-Saint-Gall, Bacciarini, Bäuml, Bircher, Borel, Bratschi, Braunschweig, Christinat, Deneys, (Duvoisin), Eggenberg-Thoune, Gerwig, Gloor, Grobet, Hubacher, Leuenberger, Loetscher, Meier Werner, Meizoz, Morel, Morf, Neukomm, Ott, Reiniger, Riesen-Fribourg, Robbiani, Schmid, Uchtenhagen, Weber-Arbon (30)



## Ständerat

× 474/81.570 I Piller – Wirtschaftliche Lage der Familien und Rentner (8. Dezember 1981)

Nach neuesten Untersuchungen, lebt in der Schweiz ein beachtlicher Teil unserer Familien und Rentner knapp am Existenzminimum. Inflationsschübe, schwierige Situation auf dem Wohnungsmarkt und hohe Kosten im Gesundheitswesen führten dazu, dass für diesen Bevölkerungsteil die Ausgaben für das Lebensnotwendigste weit stärker angewachsen sind als die Einnahmen.

Ich bitte deshalb den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie stellt sich der Bundesrat zu einer minimalen Einkommensgarantie für Familien und zur Anhebung der AHV-Minimalrente auf ein Niveau, das einen angemessenen Lebensstandard erlaubt?
2. Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass eine eidgenössische Familienzulagenregelung mit verbindlichen Mindestbeträgen geschaffen werden sollte?
3. Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um das Angebot von geräumigen und preisgünstigen Wohnungen für unsere Familien und auch für unsere Rentner zu verbessern?
4. Welche Möglichkeiten sieht der Bundesrat, um die Familien und Rentner mit bescheidenem Einkommen von den hohen Kosten im Gesundheitswesen zu entlasten?

*Mitunterzeichner:* Belser, Bühler, Donzé, Gassmann, Lieberherr, Meylan, Weber (7)

1982 14. Juni: Die Interpellation ist erledigt durch die Auskünfte des Vertreters des Bundesrates (Hr. Hürlimann).

× 474/81.570 I Piller – Situation économique des familles et des rentiers (8 décembre 1981)

Selon des études toutes récentes, une partie non négligeable des familles et des rentiers de notre pays ont tout juste le minimum vital pour subsister. Les poussées inflationnistes, la situation difficile sur le marché du logement ainsi que les coûts élevés de la santé ont eu pour effet que cette tranche de la population a vu ses dépenses de première nécessité augmenter beaucoup plus fortement que ses revenus.

Je prie donc le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Quelle est l'opinion du gouvernement sur la garantie d'un revenu minimum pour les familles et sur le relèvement des rentes AVS minimums, de manière à permettre un niveau de vie convenable?
2. Le Conseil fédéral n'est-il pas de l'avis qu'il faudrait introduire une réglementation fédérale en matière d'allocations familiales prévoyant des montants minimums obligatoires?
3. Que pense-t-il faire afin d'améliorer l'offre de logements spacieux à loyer modéré pour les familles ainsi que pour les rentiers de notre pays?
4. Quels moyens le Conseil fédéral voit-il de décharger les familles et les rentiers à revenu modeste des coûts élevés de la santé?

*Cosignataires:* Belser, Bühler, Donzé, Gassmann, Lieberherr, Meylan, Weber (7)

1982 14 juin: L'interpellation est liquidée par la réponse du représentant du Conseil fédéral (M. Hürlimann).

---

Adressen der Autorinnen und Autoren:

Prof. Alexandre Berenstein, a.Bundesrichter  
Av. Krieg 36, 1208 Genève

Christiane Brunner, Rechtsanwältin, Präsidentin VPOD  
Bd Jacques-Dalcroze 7, 1205 Genève

Elisabeth Kästli  
Schribstube, Postfach 2280, 3001 Bern

Dr.iur. Werner Moser  
Bundesamt für Justiz, Bundeshaus West, 3003 Bern

Ursula Streckeisen, Soziologin  
Herzogstrasse 7, 3014 Bern

Dr.phil. Anna Stüssi  
Fischerweg 16, 3012 Bern